

# Dominanzkultur und Einwanderung: Das Verhältnis von türkischen ArbeitsmigrantInnen in Göttingen zu Neuen MigrantInnen

Diplomarbeit  
vorgelegt von

**Jens Berke**

aus  
Liebenau

Angefertigt im Geographischen Institut  
der Georg-August-Universität zu Göttingen

1998

# Dominanzkultur und Einwanderung: Das Verhältnis von türkischen ArbeitsmigrantInnen in Göttingen zu Neuen MigrantInnen.

---

<b>1 VORBEMERKUNG</b>	<b>1</b>
<b>2 PROBLEMSTELLUNG</b>	<b>2</b>
<b>3 FESTLEGUNG DER UNTERSUCHTEN GRUPPEN</b>	<b>6</b>
3.1 TürkInnen in Göttingen	6
3.2 Neue MigrantInnen	9
<b>4 EINFÜHRUNG IN DAS DOMINANZKULTUR-KONZEPT</b>	<b>12</b>
4.1 Der Hintergrund der Entstehung des Konzeptes	12
4.2 Zentrale Aspekte der Dominanzkultur	13
4.2.1 Der Kulturbegriff	14
4.2.2 Dominanz	19
4.2.3 Der Figurationsbegriff zum Verständnis der zentralen Aspekte der Dominanzkultur	20
4.2.4 Engagement und Distanzierung	22
4.2.5 Rassismus	26
4.2.6 Hierarchisierung und Fremdheit	28
4.2.7 Zum zentralen Begriff der Macht	30
4.3 Universalismus und Konkurrenz	34
4.4 ModernisierungsgewinnerInnen und ModernisierungsverliererInnen in der Dominanzkultur	36
4.5 Einordnung der Dominanzkultur in die Diskussion über die Ursachen von Rassismus	37
4.6 Bewertung des Dominanzkultur-Konzepts	39
<b>5 EINGEWANDERTE UND DOMINANZKULTUR</b>	<b>42</b>
5.1 Eingewanderte als „Mächtige“ in der Dominanzkultur	42
5.1.1 Zum Lebensmittelpunkt der Eingewanderten	42
5.1.2 Nachweis gesellschaftlicher ‘Integration’ durch Organisationen und Organisierung	43
5.1.3 Unterstützung restriktiver Einwanderungspolitik	44
5.1.4 Sozialisierung in der Dominanzkultur	45
5.1.5 Räumliche Segregation und Koloniebildung	45
5.1.6 Eingewanderte als gleichzeitige Subjekte und Objekte von Rassismus	46
5.1.7 Die Erklärungskraft ethnischer, religiöser oder kultureller Unterschiede	47
5.2 Eingewanderte als „Machtlose“ in der Dominanzkultur	48
5.2.1 Rassismus	48
5.2.2 Arbeitsmarkt	50
5.2.3 Beschäftigungspolitik	52
5.2.4 Rechtliche Hierarchisierung	52
<b>6 ZENTRALE FRAGEN UND THESENFORMULIERUNG</b>	<b>57</b>
6.1 Zentrale Fragen	57
6.2 These	58

<b>7 METHODISCHES VORGEHEN</b>	<b>59</b>
7.1 Methodenprobleme in der ArbeitsmigrantInnenforschung	59
7.2 Expertengespräche im Vorfeld der Befragung	61
7.3 Der standardisierte Fragebogen	61
7.3.1 Sprachliche Probleme bei der Verwendung eines standardisierten Fragebogens	61
7.3.2 Auswahl von Aspekten der Dominanzkultur für die Befragung	63
7.3.3 Durchführung der Befragung und Stichprobenauswahl	64
<b>8 ERGEBNISSE DER BEFRAGUNG</b>	<b>66</b>
8.1 Statistische Merkmale der befragten Personen	66
8.2 Informationsstand der TürkInnen über die Neuen MigrantInnen und Kontakte zu ihnen	69
8.3 Bleibegründe und Rückkehrorientierung	70
8.4 Einschätzung der Veränderung der eigenen Lebenssituation in Vergangenheit und Zukunft	73
8.5 Vergleich der eigenen Lebenssituation mit der der Neuen MigrantInnen	79
8.6 Erkenntnis von Zusammenhängen der eigenen Situation mit der der Neuen MigrantInnen	81
8.7 Einordnung der Befragten in das parteipolitische Spektrum	84
8.8 Privilegierung von Neuen MigrantInnen und die Einstellungen der Befragten dazu	85
8.9 Abbau oder Verweigerung von Privilegien für Neuen MigrantInnen und die Einstellungen der Befragten dazu	87
8.10 Ängste und Befürchtungen gegenüber den Neuen MigrantInnen	89
8.11 Zur Konsistenz der Einstellungen der Befragten	91
<b>9 ZUSAMMENFASSUNG UND BEWERTUNG</b>	<b>94</b>
<b>10 LITERATUR</b>	<b>99</b>

---

**ANHANG:** Fragebogen in türkischer und deutscher Sprache

## Tabellen

Tabelle 1:	Eingewanderte und ihr Anteil an der gesamten ausländischen Bevölkerung in Deutschland (Stand: 31.12.1995)	8
Tabelle 2:	Altersstruktur der TürkInnen in Niedersachsen am 31.12.1994	8
Tabelle 3:	Aufenthaltsdauer von TürkInnen in Niedersachsen am 31.12.1994	8
Tabelle 4:	„Ausländische“ Bevölkerung in der Stadt Göttingen 1992 bis 1996	9
Tabelle 5:	Haushaltsgröße	67
Tabelle 6:	Altersstruktur	67
Tabelle 7:	Aufenthaltsdauer	67
Tabelle 8:	Einkommen der befragten Haushalte	68
Tabelle 9:	Status im Jahre 1989 und im Jahre 1997	68
Tabelle 10:	Informationsstand über Neue MigrantInnen	69
Tabelle 11:	Kontakt zu Neuen MigrantInnen	69
Tabelle 12:	Rückkehrorientierung	71
Tabelle 13:	Bleibegründe	72
Tabelle 14:	Korrelationen zwischen dem Bleibegrund „Geld“ und Einstellungen gegenüber Neuen MigrantInnen	73
Tabelle 15:	Veränderung des Einkommens seit 1989	73
Tabelle 16:	Veränderung der beruflichen Situation seit 1989	73
Tabelle 17:	Veränderung der familiären Situation seit 1989	73
Tabelle 18:	Veränderung der Lebenssituation insgesamt seit 1989	74
Tabelle 19:	Einschätzung der Veränderung der beruflichen Situation in Zukunft	74
Tabelle 20:	Einschätzung der Veränderung der gesamten Lebenssituation in Zukunft	74
Tabelle 21:	Eignung einer Einbürgerung zur Verbesserung der Lebenssituation	75
Tabelle 22:	Befürchtung, bisher Erreichtes in Zukunft wieder zu verlieren	76
Tabelle 23:	Erwartete Veränderung für TürkInnen auf dem Arbeitsmarkt durch zukünftige Einwanderung	76
Tabelle 24:	Erwartete Veränderung für TürkInnen auf dem Wohnungsmarkt durch zukünftige Einwanderung	77
Tabelle 25:	Vergleich der eigenen Situation mit der der Neuen MigrantInnen in Deutschland	79
Tabelle 26:	Eigene Situation im Vergleich zu der in den osteuropäischen Staaten	80
Tabelle 27:	Fremdenfeindliche Gewalttaten und Maßnahmen dagegen	81
Tabelle 28:	Einschätzung der Vergleichbarkeit der Ursachen von Fremdenfeindlichkeit gegenüber TürkInnen und Neuen MigrantInnen	82
Tabelle 29:	Illegalisierte und das Verständnis der TürkInnen für deren Verhalten	82
Tabelle 30:	Erkenntnis einer vergleichbaren Situation zwischen ‘Gastarbeitern’ damals und Werkvertragsarbeitern heute	83
Tabelle 31:	Vertretung von Interessen der TürkInnen	84
Tabelle 32:	Gewählte Partei, wenn die Befragten das Wahlrecht hätten	84
Tabelle 33:	Privilegierung: Einstellungen gegenüber illegalisierten MigrantInnen	85

Tabelle 34: Privilegierung: Einstellungen gegenüber WerkvertragsarbeiterInnen aus Osteuropa als 'billige' Arbeitskräfte	86
Tabelle 35: Privilegierung: Umstände, unter denen ArbeitsmigrantInnen aus Osteuropa nach Deutschland kommen dürften	86
Tabelle 36: Privilegierung: Einstellungen zur weiteren Einwanderungspolitik	86
Tabelle 37: Privilegierung: Einstellung zu einem Einwanderungsgesetz, daß allen „Ausländern“ die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht	87
Tabelle 38: Verweigerung von Privilegien: Einstellungen gegenüber illegalisierten MigrantInnen	88
Tabelle 39: Abbau und Verweigerung von Privilegien: Umstände, unter denen ArbeitsmigrantInnen aus Osteuropa nach Deutschland kommen dürften	88
Tabelle 40: Abbau und Verweigerung von Privilegien: Einstellungen zur weiteren Einwanderungspolitik	88
Tabelle 41: Ängste und Befürchtungen wegen illegalisierter Menschen	90
Tabelle 42: Ängste und Befürchtungen wegen WerkvertragsarbeiterInnen	91
Tabelle 43: Korrelationen von Einstellungen der Befragten zu Neuen MigrantInnen (Auswahl)	93

### **Abbildungen**

Abbildung 1: „Ausländische“ Bevölkerung in der Stadt Göttingen 1992 bis 1996	9
--	---

## 1 Vorbemerkung

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit einer MigrantInnengruppe, die in den letzten Jahren vergleichsweise wenig von der Wissenschaft beachtet wurde: den TürkInnen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie führen vor allem seit dem Auftreten der Neuen MigrantInnen eher ein Schattendasein bei der Untersuchung von Minderheiten. Dem versucht diese Arbeit entgegenzuwirken.

Nach einer theoretischen Diskussion über die Erklärung von dominantem Verhalten, das 'eher mächtige' gegenüber 'eher machtlosen' Gruppen zeigen können, soll die Rolle untersucht werden, die die TürkInnen als 'etablierte AusländerInnen' gegenüber den Neuen MigrantInnen in Deutschland haben. Dabei wird allerdings auch die Rolle betont, die die TürkInnen als Minderheit und Opfer von Rassismus und Diskriminierung innehaben.

Auf empirischen Wege wurden einzelne Aspekte einer 'Dominanzkultur' bei den TürkInnen mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens untersucht. In diesem Zusammenhang werden die Besonderheiten der ArbeitsmigrantInnenforschung besprochen.

Die in dieser Arbeit gewonnenen Erkenntnisse sind aufgrund der bei der Befragung erhaltenen kleinen Stichprobe *nicht repräsentativ* und daher nicht auf die TürkInnen insgesamt übertragbar. Sie geben höchstens *Tendenzen* wieder und bedürfen einer weiteren, intensiveren Erforschung.

Da es sich für diese Arbeit als nicht sinnvoll erwies, wurde sowohl auf Karten als auch auf Grafiken überwiegend verzichtet. Einige Zitate sind besonders hervorgehoben, um die Lesbarkeit zu erhöhen, aber auch, um die Bedeutung dieser Zitate für diese Arbeit deutlich zu machen. Eigene Ergänzungen zu den Zitaten stehen in eckigen Klammern. Im Anhang befindet sich zudem der komplette Fragebogen, wie er in der Befragung verwendet wurde.

Außer in den Zitaten, dem Fragebogen und den Tabellen, die sich auf den Fragebogen beziehen, wurde in dieser Arbeit bei der Bezeichnung von Personengruppen die Schreibweise mit dem großen I verwendet (z.B. MigrantInnen), wodurch klar werden soll, daß zu diesen Personengruppen Männer und Frauen gehören.

## 2 Problemstellung

Im Laufe der letzten Jahre ist es im Zuge der staatlichen Deregulierungsmaßnahmen und der dazugehörigen Sozial- und Wirtschaftspolitik zu einer zunehmenden Ausdifferenzierung der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland gekommen. Dies drückt sich in einer fortschreitenden Polarisierung in untere und obere Schichten aus, in der die Mittelschicht zunehmend kleiner wird - eine Entwicklung, die in den USA schon länger zu beobachten ist. Der Arbeitsmarkt zum Beispiel, als einer der entscheidenden Bereiche für die Lebensgestaltung der Menschen, wird immer mehr ethnisch segmentiert. Es findet eine zunehmende Hierarchisierung der Lebensverhältnisse in allen gesellschaftlichen und sozialen Gruppen statt, und eine dieser Gruppen sind die MigrantInnen, die - überwiegend am unteren Ende der sozialen Pyramide stehend - besonders von diesen Erscheinungen betroffen sind (vgl. LUTZ 1995 und PARSDORFER 1995).

Nun wird an manchen Stellen der neueren Literatur, die sich mit dem Thema Migration beschäftigt, gelegentlich darauf hingewiesen, daß sich MigrantInnen untereinander distanzieren und ausgrenzen. Vor allem seit dem Wegfall des sozialistischen Systems am Ende der achtziger Jahre und den danach einsetzenden Wanderungen scheint sich auch die Einwanderer- und MigrantInnengesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland weiter auszudifferenzieren. BIELING verweist auf den anhaltenden gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozess im Postfordismus und vermutet, „daß sich der Kampf [der MigrantInnen] um die besseren Integrationsmöglichkeiten zuspitzt“. Es scheint im Rahmen dieser Umstrukturierung zu einer neuen hierarchischen Gliederung der Gesellschaft zu kommen, in der sich italienische gegen türkische Einwanderer, ehemalige Gastarbeiter gegen DDR-Flüchtlinge, Aussiedler gegen Spätaussiedler usw. ausgrenzen (vgl. BIELING 1993: 122; JUST 1989: 32; BADE 1994a: 62). Es herrschen wohl nicht nur unter den 'Deutschen' Bedrohungsängste:

„Wir wissen von der Angst vieler Menschen in der Bundesrepublik - Deutsche und *Ausländer* - um ihre Zukunft und ihrer Furcht vor einer weiteren Zuwanderung aus den Ländern des Südens und des Ostens“ (DGB 1996: 6, Hervorhebung von mir).

Die „meisten zugewanderten Gruppen und eine wachsende Mehrheit von Deutschen [zeigen] aggressives Mißtrauen“ gegenüber Asylsuchenden, Flüchtlingen und MigrantInnen aus Ost- und Südosteuropa (BADE 1994a: 62). Klaus Wiesehügel von der IG BAU spricht von einer „multinationalen Ablehnung“, die nicht unbedingt etwas mit Deutschen und Ausländern zu tun habe (GESTERKAMP/HEBAUF 1995: 41).

Es gibt jedoch kaum *empirische Belege* für diese Aussagen oder Verweise auf entsprechende Untersuchungen, und Recherchen in verschiedenen Bibliotheken lieferten nur eine Arbeit von HERGESELL aus dem Jahre 1994, der mit Hilfe qualitativer Interviews und teilnehmender Beobachtung in einem Betrieb die „interethnischen Beziehungen“ untersucht und dabei auch unter den ArbeitsmigrantInnen aus den klassischen Anwerbeländern diskriminierende Verhaltensweisen und Einstellungen feststellt. Es scheint also nur wenige Untersuchungen zu geben, die sich mit Abgrenzungsprozessen von Einwanderern beschäftigen.

Ein Teilaspekt der eben beschriebenen Erscheinungen ist, inwieweit sich die Gruppe der *klassischen ArbeitsmigrantInnen* von den MigrantInnen der neuen Generation abgrenzt „in der Hoffnung, durch eine Abgrenzung die Zugehörigkeit zur Mehrheitsgesellschaft zu demonstrieren“ (BIELING 1993: 122). ERDEM hat dazu den scheinbar einzigen Aufsatz verfaßt, der diese Problematik aufgreift, und faßt sie zugleich treffend zusammen:

„Die Gruppe der klassischen ArbeitsmigrantInnen nimmt in der gesellschaftlichen Hierarchie eine Zwischenstellung ein. Einerseits genießt sie in bezug auf ihre gesellschaftliche Verankerung und rechtliche Stellung gegenüber Flüchtlingen und den ArbeitsmigrantInnen der neuen Generation relative Privilegien. Andererseits ist sie selbst Opfer und Objekt rassistischer hierarchischer Gesellschaftsstrukturen. Eine gefährliche Konsequenz des Dilemmas bestünde in dem vermeintlichen Ausweg, sich vorwiegend mit der Gewinnerseite zu identifizieren und deren Ideologien und Praktiken zu übernehmen“ (ERDEM 1995: 119).

Ein Beispiel, wie sich dies äußern kann, ist einem Leserbrief zu entnehmen, der in der Frankfurter Rundschau erschien und sich mit dem Thema Einwanderung aus der Sicht eines Eingewanderten beschäftigt. Nach diesem Leserbrief sei es ein „Gebot der Humanität, daß die neue Welle der Einwanderung nur dann ins Auge gefaßt werden sollte, wenn für die Rechte und Bleibe der hier bereits lebenden ersten und zweiten Gastarbeitergeneration wirklich Konkretes getan worden ist“ (HUSSAIN 1996). Hier schlägt sich der Schreiber eindeutig auf die ‘Gewinnerseite’. Er merkt aber immerhin auch noch an, daß er die „Debatte über Einwanderung als eine neue Suche nach Arbeitssklaven, die wieder dem Herrenvolk, den Deutschen“ dient, sieht.

Eine solche Einstellung ist auch im politischen Bereich zu sehen. Dort stimmten zum Beispiel die Grünen gegen die Änderung des Asylparagraphen 16 und verloren dadurch eine Reihe von

‘ausländischen’ Mitgliedern, denn „in den Asylbewerbern sahen viele Alteingesessene instinktiv unliebsame Konkurrenz“ (ZAPTCIOGLU 1996b).

Warum ist es nur ein „vermeintlicher Ausweg“ aus dem Dilemma, wenn sich Einwanderer auf die Gewinnerseite schlagen? ERDEM geht es hier um die „Erkenntnis, daß politisch radikale Veränderungen nur gemeinsam mit anderen Opfern einer rassistisch strukturierten Gesellschaft zu erreichen sind“ (ERDEM 1995: 130). Und HECKMANN (1992: 142) sieht darin die Gefahr, daß die „politische Arbeiterklasse“ durch die damit zusammenhängende Ethnisierung geschwächt und damit ihre Handlungsmöglichkeiten reduziert würden.

Um nun der Frage, warum und inwieweit sich die Eingewanderten auf die Gewinnerseite schlagen, nachzugehen, wird als theoretischer Rahmen das Konzept der *Dominanzkultur* von Birgit ROMMELSPACHER (1992 und 1995) verwendet, das auf *machttheoretischer Basis* eine Erklärung abwehrender, ausgrenzender und rassistischer Tendenzen ermöglicht, ohne in eine ethnische Argumentationslinie zu geraten.

Zentral für dieses Konzept ist der *Machtbegriff*: Machtunterschiede sind demnach in vielen Lebensbereichen auszumachen. Dabei ist besonders die Auffassung zu betonen, daß Machtstrukturen nicht polarisiert (Unterdrückte - Herrschende) sondern vielschichtig sind und in den damit zusammenhängenden Hierarchien die Menschen sowohl ‘mächtig’ als auch ‘machtlos’ zugleich sein können, je nach betrachtetem Aspekt in der Dominanzkultur. Diese bedeutet jedoch nicht, daß alle Menschen in gleicher Weise mächtig und machtlos seien: sowohl die weitere Existenz von Repression wie auch die einer Hierarchisierung von Menschen mit unterschiedlich starken Machtpotentialen sind Bestandteil der Dominanzkultur. Die Ursachen für Machtunterschiede werden dabei nicht nur in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen gesehen, sondern auch in dem Prozeß, den diese gesellschaftlichen Verhältnisse durchgemacht haben.

ROMMELSPACHER nimmt in ihren Texten unter anderem bezug auf die Arbeiten von ELIAS’ *Etablierten-Außenseiter*-Untersuchung, der darin ebenfalls machttheoretisch gearbeitet hat (ELIAS/SCOTSON 1990). Das wird in dieser Arbeit aufgegriffen. Darüber hinaus werden in die Vorstellung und Diskussion von ROMMELSPACHERS Konzept der Dominanzkultur zusätzliche Aspekte von ELIAS einfließen, auf die ROMMELSPACHER sich selbst nicht bezieht. Insbesondere geht es dabei um dessen wissenssoziologischen Ansatz von *Engagement* und *Distanzierung* (Kapitel 4.2.3). Die Bedeutung dieser Aspekte für das Konzept der Dominanzkultur wird diskutiert.

*ArbeitsmigrantInnen* sind im ROMMELSPACHERS Texten nicht erwähnt. Sie gibt keine direkten Hinweise darauf, inwieweit diese Gruppe Teil der Dominanzkultur ist. Dies wird daher in Kapitel 5 versucht herzuleiten. Die zentrale Fragestellung dieser Arbeit ist aber nicht nur die der theoretischen 'Zugehörigkeit' von ArbeitsmigrantInnen zur Dominanzkultur, sondern vor allem, wie das Verhältnis der türkischen Einwanderer zu den Neuen MigrantInnen aussieht, welche Privilegien sie den Neuen MigrantInnen zugestehen und welche nicht, und ob dieses mit dem Konzept der Dominanzkultur plausibel erklärt werden kann.

### **3 Festlegung der untersuchten Gruppen**

In diesem Kapitel soll zunächst dargestellt werden, um welche Gruppen es in dieser Arbeit geht, da damit der folgende Theorieteil an einigen Stellen verständlicher wird.

Zunächst möchte ich aber festhalten daß ich mich, wenn ich im folgenden von ‘Deutschen’ spreche, ausdrücklich an den schwammigen Alltagssprachgebrauch halte und mir die Schwierigkeiten, die mit verschiedenen möglichen Definitionen von ‘Deutschsein’ einhergehen, bewußt sind. Es soll damit keine Hierarchisierung und auch keine Wertung zwischen ‘Deutschen’ und in der Bundesrepublik Deutschland lebenden ‘AusländerInnen’ vorgenommen werden, sondern dieser Begriff wird nur deshalb verwendet, weil in der bisherigen Diskussion um solche Begriffe kein geeigneterer aufgetaucht ist.

#### **3.1 TürkInnen in Göttingen**

Es gibt zwei Gruppen von Einwanderern, die aus der Türkei nach Deutschland kommen können bzw. gekommen sind: KurdInnen und TürkInnen. Da es zwischen diesen beiden Gruppen jedoch große Spannungen gibt und die Motive der Migration unterschiedlich sind, habe ich mich für diese Arbeit darauf beschränkt, mich mit den TürkInnen zu beschäftigen. Wenn ich also im Folgenden von TürkInnen und Einwanderern aus der Türkei spreche, so sind damit nur diejenigen gemeint, die sich als TürkInnen ansehen.

Die Einwanderer aus der Türkei gehören zu einer Gruppe von Einwanderern, die zunächst einmal die ImmigrantInnen aus den ‘klassischen’ Anwerbeländern, die in der Zeit von 1955 bis 1973 in die Bundesrepublik Deutschland kamen, umfaßt. Zu diesen Ländern gehören Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Türkei, das ehemalige Jugoslawien, sowie (zahlenmäßig recht unbedeutend) Tunesien und Marokko (vgl. BADE 1994b: 53). Dazu kommen dann die nach 1973 im Rahmen des Familiennachzugs eingewanderten Familienangehörigen der ArbeitsmigrantInnen sowie deren Kinder und Enkel, welche heute schon in der zweiten bzw. dritten Generation in der Bundesrepublik Deutschland leben, wobei die Verwendung dieser Begriffe in der Literatur nicht eindeutig ist (vgl. BÜRKNER 1997: 418).

Die gängigen Bezeichnungen für diese Gruppe wie „Gastarbeiter“ (umgangssprachlich) und „ausländische Arbeitnehmer“ (amtlich) (BADE 1994a: 37) verfestigen das Bild der MigrantInnen als etwas ‘Fremdes’, nicht ‘Dazugehörendes’, und werden der momentanen Situation

nicht gerecht.<sup>1</sup> Wesentlich brauchbarere Begriffe sind zum Beispiel *Eingewanderte* (vgl. BADE 1994a: 39) oder *Niedergelassene*.

Die Gruppe der TürkInnen stellt unter den klassischen ArbeitsmigrantInnen bundesweit die mit Abstand größte Gruppe (vgl. Tabelle 1). In Göttingen ist dies nicht ganz so deutlich, hier haben auch die MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien einen sehr großen Anteil (vgl. Tabelle 4 und Abbildung 1).

Bundesweit leben in jedem türkischen Haushalt durchschnittlich 4,1 Personen mit einem Nettoeinkommen von 3650 DM. Das Ersparnisvolumen dieser Haushalte beläuft sich jährlich auf insgesamt 2,577 Mrd. DM.

Es gibt derzeit 40500 Selbständige mit türkischer Herkunft, die einen Gesamtumsatz von 34 Mrd. DM im Jahre 1995 tätigten. Dort waren im gleichen Jahr 168000 Personen beschäftigt (ZENTRUM FÜR TÜRKEISTUDIEN 1997:17).

Für die Stadt Göttingen standen mir keine genaueren aktuellen Zahlen als die in den Tabellen angegebenen zur Verfügung.

Die TürkInnen haben, neben den MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien, einen rechtlich unsichereren Status als andere MigrantInnen aus den klassischen Anwerbeländern: sie gehören nicht zur EU und können damit nicht von der Freizügigkeit des EU-Binnenmarktes profitieren (vgl. Kapitel 5.2.4).

Es gibt jedoch auch ein Problem bei dieser Gruppenfestlegung: die TürkInnen sind natürlich keine homogene Gruppe, sondern es bestehen dort ebenso Interessenkonflikte und Interessengemeinsamkeiten wie unter Deutschen. Es gibt wohl so etwas wie eine 'Identität' als Minderheit, „doch weder der gemeinsame nationale Nenner noch die Minderheitenidentität taugen langfristig dazu, alle unter einem Dach zu vereinen“ (ZAPTCIOGLU 1996a). Das heißt: dadurch, daß ich die Gruppe der TürkInnen nicht weiter differenziere, übernehme ich möglicherweise schon ein gewisses 'ethnisch' aufgeladenes Bild einer vermeintlich einheitlichen Gruppe. Die einzige Gemeinsamkeit ist möglicherweise die Sprache und die Staatsangehörigkeit.

---

<sup>1</sup> in der Zeit vor und während des Nationalsozialismus wurde der Begriff „Fremdarbeiter“ verwendet.

**Tabelle 1: Eingewanderte und ihr Anteil an der gesamten ausländischen Bevölkerung in Deutschland (Stand: 31.12.1995)**

	Anzahl (in 1000)	Prozent
Türkei	2014,3	28,1
Rest-Jugoslawien*	797,8	11,1
Italien	586,1	8,2
Griechenland	359,6	5,0
Bosnien-Herzegowina*	316,0	4,4
Kroatien*	185,1	2,6
Spanien	132,3	1,8
Portugal	125,1	1,7
Marokko	81,9	1,1
Tunesien	34,0	0,5
Mazedonien*	26,4	0,4
Slowenien*	17,3	0,2
<i>Summe aus den klassischen Anwerbeländern</i>	<i>4675,9</i>	<i>65,2</i>
Sonstige	2498,0	34,8
<b>Insgesamt</b>	<b>7173,9</b>	<b>100</b>

\* = Staaten des ehemaligen Jugoslawiens

Quelle: Ausländer in Deutschland, H. 2/96, S. 8

**Tabelle 2: Altersstruktur<sup>2</sup> der TürkInnen in Niedersachsen am 31.12.1994**

	15 bis 29	30 bis 44	45 bis 64	65 und mehr
<i>Anzahl</i>	44000	22800	23300	2400
<i>Prozent</i>	47,6	24,7	25,2	2,6

Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT 1994, S. 45

**Tabelle 3: Aufenthaltsdauer<sup>3</sup> von TürkInnen in Niedersachsen am 31.12.1994**

	unter 4	4 bis 9	10 bis 14	15 bis 19	20 bis 24	25 bis 29	30 und mehr
<i>Anzahl</i>	25800	30200	16100	21500	29900	7500	1200
<i>Prozent</i>	19,5	22,8	12,2	16,3	22,6	5,7	0,9

Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT 1994, S. 70-71

<sup>2</sup> diejenigen unter 15 Jahren wurden hier herausgelassen, da sie in dieser Befragung nicht berücksichtigt wurden. Die Absolutzahl beträgt für diese Gruppe 39800 Personen.

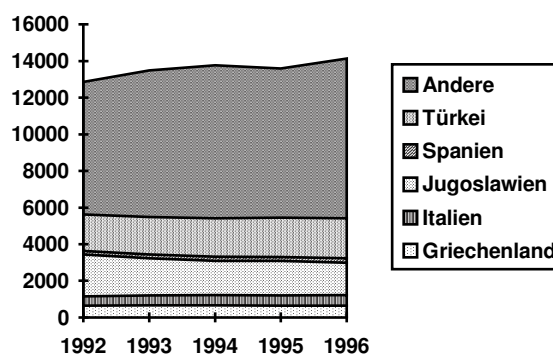
<sup>3</sup> Aufenthaltsdauer meint hier die Differenz zwischen erstem Einreisetag und Erhebungsstichtag. Aufenthaltsunterbehebungen sind also nicht berücksichtigt.

**Tabelle 4: „Ausländische“ Bevölkerung in der Stadt Göttingen 1992 bis 1996**

	1992	1993	1994	1995	1996
Griechenland	644	659	659	637	638
Italien	505	537	569	567	584
Rest-Jugoslawien	2299	2041	1873	1878	1771
Portugal	26	35	54	51	52
Spanien	184	209	226	219	241
Türkei	1984	2045	2091	2153	2172
Andere	7247	7996	8360	8149	8733
<i>insgesamt</i>	<i>12889</i>	<i>13522</i>	<i>13832</i>	<i>13654</i>	<i>14191</i>

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung Göttingen

**Abbildung 1: „Ausländische“ Bevölkerung in der Stadt Göttingen 1992 bis 1996**



Portugal ist in dieser Grafik aufgrund zu kleiner Werte nicht sichtbar

Quelle: Amt für Statistik und Stadtforschung Göttingen

### 3.2 Neue MigrantInnen

Unter Neuer Migration wird die Einwanderung aus den Staaten des ehemaligen Ostblocks verstanden, die unter verschiedenen Voraussetzungen und Umständen abläuft. Zahlenmäßig hat sie in den letzten Jahren, vor allem seit dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989, einen sehr großen Anteil an der Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland gehabt.

Dazu gehören zum einen die Aussiedler, die automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Sie sind damit rechtlich den einheimischen Deutschen gleichgestellt, trotzdem aber Opfer von Rassismus. Ihre Probleme werden jedoch, im Gegensatz zu denen der anderen MigrantInnengruppen, eher wahrgenommen und von der Politik teilweise aufgegriffen. In den Jahren von 1991 bis 1995 kamen jährlich ungefähr 220 000 Aussiedler nach Deutschland,

wobei der größte Teil davon (ungefähr 200 000) Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion waren.<sup>4</sup>

Desweiteren gibt es die Werkvertrags- und SaisonarbeiterInnen. Hiermit sind diejenigen Menschen gemeint, die im Rahmen staatlich festgelegter Kontingente vorübergehend in die Bundesrepublik Deutschland kommen, um hier zu arbeiten. Eine längerfristige Niederlassung ist staatlicherseits nicht vorgesehen. Sie kommen überwiegend aus ost- und südosteuropäischen Staaten wie Polen, Ungarn, Kroatien, um nur die zahlenmäßig Größten zu nennen (WEITKAMP 1995: 103f; ERDEM 1995: 130, Fußnote 2).

Im Arbeitsamtsbezirk Göttingen sind für die Jahre von 1994 bis 1997 insgesamt 224 Arbeitserlaubnisse für Werkverträge mit Laufzeiten von drei Monaten bis zu mehr als zwei Jahren erteilt worden. Darunter befanden sich 166 Werkverträge in der Baubranche. 183 Werkverträge wurden an Polen vergeben, der Rest an Arbeitnehmer aus Kroatien, Slowenien und Ungarn.<sup>5</sup>

Eine weitere Gruppe stellt die der sogenannten „Illegalen“ dar. Da Menschen an sich aber nicht illegal sein können, sondern dazu gemacht werden, werde ich hier von Illegalisierten sprechen.<sup>6</sup> Zu dieser Gruppe gehören sowohl ehemalige Werkvertrags- und SaisonarbeiterInnen, die nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren, wie auch Menschen, die unter verschiedensten Umständen die Grenze nach Deutschland 'illegal' überqueren.<sup>7</sup> Sie stellen eine recht große Gruppe dar. Allein für Berlin gibt es „ernstzunehmende Schätzungen“ von rund 100 000 Illegalisierten (GASEROW 1995: 21).

Diese Gruppen sind als Minderheiten in Deutschland Opfer verschiedenartigster Angriffe. Dazu gehören zum Beispiel die Debatte um die Renten und Aussiedler, die im Frühjahr 1996 der SPD-Vorsitzende Lafontaine aufbrachte. Dort wurden Aussiedler mit dem Argument angegriffen, sie würden als Rentenempfänger, die keine Rentenversicherung bezahlt haben, die Rentenkassen und damit das ganze Rentensystem belasten. Die Bedeutung der Aussiedler für die 'leeren Rentenkassen' wurde dabei maßlos übertrieben.

---

<sup>4</sup> Quelle: STATISTISCHES JAHRBUCH FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1996, Wiesbaden, S. 85.

<sup>5</sup> Quelle: Auskunft vom Arbeitsamt Göttingen

<sup>6</sup> ergänzend dazu aus dem Aufruf „kein Mensch ist illegal“ der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) von 1997: „Ihr sollt wissen, daß kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?“ (Ellie Wiesel).

<sup>7</sup> vgl. dazu GASEROW, V. (1995); CYRUS, N. (1995): In Deutschland arbeiten und in Polen leben. Was die neuen WanderarbeiterInnen aus Polen bewegt; beide Artikel in: BUKO-ARBEITSSCHWERPUNKT (Hrsg.): Zwischen Flucht und Arbeit. Hamburg.

Weiterhin sind vor allem die Illegalisierten Opfer einer ‘Scharfmacherei’, die sie als kriminell, organisiert und zum Teil mafia-ähnlich darstellt und damit Ängste in der einheimischen Bevölkerung schürt. Die WerkvertragsarbeiterInnen sind vor allem Opfer einer Arbeitsmarktpolitik, die es Firmen ermöglicht, diese MigrantInnen auszubeuten und weit unter Tarif zu bezahlen. Dadurch werden sie von den einheimischen Kollegen als Lohndrücker und Arbeitsplatzkonkurrenten wahrgenommen (vgl. WEITKAMP 1995).

Insgesamt gesehen verlief die Neue Migration der letzten Jahre parallel zu gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland und war mit diesen Veränderungen verknüpft. Trotz aller Schwierigkeiten, in denen der Staat scheinbar steckt oder zu stecken glaubt, wird Arbeitsmigration in die Bundesrepublik Deutschland nicht grundsätzlich abgelehnt. Doch wieder einmal, wie schon zur Zeit der Gastarbeiteranwerbung, sollen die Menschen nur zum Arbeiten kommen und ansonsten in ihrem Herkunftsland leben. Es zählt einzig und allein die Abschöpfung der Arbeitskraft. „Das Interesse des Nationalstaates bzw. der EU ist Steuerung und Kontrolle, nicht die prinzipielle Abschottung gegen Arbeitskräfte aus dem Süden und dem Osten. (...) Auch und gerade Illegalisierte haben nicht nur eine gesellschaftlich-ideologische, sondern auch eine materiell verwertbare Funktion für das Kapital (...). Nimmt man die Metapher von der „Festung Europa“ wörtlich, so ist diese wie jede Festung auf äußere Ressourcen angewiesen. Das gilt auch für die Ware Arbeitskraft“ (REDAKTIONSGRUPPE 1995: 8-9).

## 4 Einführung in das Dominanzkultur-Konzept

In diesem Kapitel wird mit dem Konzept der Dominanzkultur ein theoretischer Ansatz vorgestellt, mit dessen Hilfe das Verhältnis oder die Beziehungen von Gruppen zueinander bestimmt werden können. Zunächst wird das Konzept allgemein vorgestellt und bewertet, um im Anschluß daran in Kapitel 5 auf die konkrete Problemstellung dieser Arbeit angewendet zu werden, also auf das Verhältnis der TürkInnen zu den Neuen Eingewanderten. Dies bedeutet, daß eine Einordnung der TürkInnen in die Dominanzkultur vorgenommen und die Position, die sie darin einnehmen, eingeschätzt wird.

Bevor aber zentrale Begriffe wie Dominanz, Kultur, Macht und Fremdheit geklärt werden, will ich zunächst darstellen, vor welchem Hintergrund ROMMELSPACHER das Dominanzkultur-Konzept entwickelt hat.

### 4.1 Der Hintergrund der Entstehung des Konzeptes

ROMMELSPACHER hat ihr Konzept der *Dominanzkultur* zunächst in einem kurzen Aufsatz im Jahre 1992 veröffentlicht und es dann vor allem in einer Aufsatzsammlung von 1995 weiter ausgeführt. Anlaß für das Erstellen des Aufsatzes von 1992 war die damalige Debatte um Rechtsextremismus. ROMMELSPACHER kritisiert die Erklärungskraft einiger gängiger Ansätze, die sich mit den Ursachen von Rechtsextremismus befassen<sup>8</sup> und geht zunächst speziell auf die gewalttätigen rechtsextremen Jugendlichen ein, die scheinbar die Hauptgruppe in den wissenschaftlichen Analysen zum Thema Rechtsextremismus sind, wodurch ihrer Meinung nach verschleiert würde, daß „wir alle in einer rassistischen Gesellschaft leben“ (ROMMELSPACHER 1992: 81). Dabei kritisiert sie vor allem *zwei Punkte* in diesen Erklärungsversuchen:

- Die gängigen Erklärungen von Rechtsextremismus berufen sich auf „soziale Mißstände und politische Versäumnisse“, wodurch die *Täter* unversehends zu *Opfern* würden (ROMMELSPACHER 1992: 82). Deren Taten seien nach diesen Erklärungsmustern aufgrund ihrer schweren sozialen Lage wohl nicht zu rechtfertigen, aber doch zu verstehen.
- Diese gängigen Erklärungen von Rechtsextremismus betonen die immer stärkere Individualisierung der Gesellschaft als rein *negativen* Aspekt. Das „Zauberwort“ in diesem Zusammenhang sei das der „Risikogesellschaft“, das BECK (1986)<sup>9</sup> geprägt hat. In ihm sind Risikofaktoren wie zum Beispiel wirtschaftliche Not, schlechte Zukunftsaussichten oder

---

<sup>8</sup> sie bezieht sich dabei vor allem auf die Untersuchungen von HEITMEYER, FUNKE und LEGGEWIE, alle 1989.

<sup>9</sup> BECK, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main.

die sich anbahnende ökologische Katastrophe enthalten, durch die die Menschen, allen voran die ModernisierungsverliererInnen, anfälliger für rechtsextreme oder rassistische Einstellungen würden. ROMMELSPACHER kritisiert vor allem, daß diese Individualisierung nur negativ bewertet und die mit einer Individualisierung verbundenen positiven Aspekte nicht erkannt würden. Aus der rein negativen Bewertung der Individualisierung folge nach diesen Ansätzen dann die Forderung nach der „Wiederherstellung traditioneller Bindungen und Orientierungen“ (ROMMELSPACHER 1993b).

ROMMELSPACHER will nun deutlich machen, daß man Rechtsextremismus eben nicht auf diese Art und Weise erklären kann, sondern daß er in dieser Gesellschaft durch Strukturen einer Dominanzkultur angelegt und dieser dadurch immanent ist (vgl. ROMMELSPACHER 1992: 81ff). Das Ziel der Autorin ist es wohl, die Funktion zu zeigen, die die oben genannten Erklärungsansätze als *Täterentlastung* für die Gesellschaft haben.

In Aufsatz von 1992 verläßt ROMMELSPACHER diese spezielle Betrachtung des Rechtsextremismus und geht auf prinzipielle Zusammenhänge von ‘Fremdheit’ und einer damit verbundenen „Dominanz als Abwehr“ ein (ROMMELSPACHER 1992: 91). Ihr 1995 erschienenes Buch beschäftigt sich auch mit Rechtsextremismus und Rassismus, beinhaltet aber auch andere Kapitel zu verschiedensten Aspekten der Dominanz. Gerade diese Erweiterung auch auf ‘weiche-re’ Formen von Ausgrenzung, die sich ja nicht automatisch in rechtsextremer Gewalt äußern müssen, sondern die subtiler in vielen Bereichen des menschlichen Zusammenlebens wie auch in Institutionen und Organisationen wirken können, macht dieses Konzept so interessant. Darauf will ich im nun folgenden genauer eingehen. Zunächst: was sind eigentlich die zentralen Aspekte der Dominanzkultur?

#### **4.2 Zentrale Aspekte der Dominanzkultur**

Dominanzkultur ist ein *machttheoretischer* Ansatz, d.h. Machtunterschiede sind das zentrale Merkmal dieses Konzepts. Darauf wird in Kapitel 4.2.7 genauer eingegangen.

Der Begriff *Dominanzkultur* zielt darauf ab, daß

„(...) Rechte wie Linke, Konservative wie Liberale, Feministinnen wie Umweltschützer, Mächtige wie Machtlose rassistisch orientiert sind, wenn sie in dieser Gesellschaft aufgewachsen sind und nicht gelernt haben, sich bewußt davon zu distanzieren“ (ROMMELSPACHER 1992: 81).

Ich halte diese für eine der *zentralen Aussagen* ihres Aufsatzes, unter anderem auch, weil hiermit der von linken Gruppen gelegentlich vertretene Anspruch, sie seien nicht-rassistisch, nicht-chauvinistisch, nicht-patriarchal, nicht-sexistisch usw. eingestellt (also moralisch 'gut'), hinterfragt wird. Daher wird auf dieses Zitat in den folgenden Kapiteln wieder Bezug genommen, denn es sollen mit den im Zitat enthaltenen Begriffen die verschiedenen Aspekte der Dominanzkultur vorgestellt und diskutiert werden.

Die Kapitelgliederung ergibt sich aus den folgenden Fragen zum Begriff der Dominanzkultur und zu Begriffen aus dem obenstehenden Zitat:

- wer oder was ist „diese Gesellschaft“ bzw. was bedeutet 'Kultur' in der Dominanzkultur?  
(Kapitel 4.2.1: *Der Kulturbegriff*)
- wie wird der Begriff 'Dominanz' verwendet?  
(Kapitel 4.2.2: *Dominanz*)
- was bedeutet „sich bewußt davon zu distanzieren“ und wie kann man dies „lernen“?  
(Kapitel 4.2.4: *Engagement und Distanzierung*)
- was bedeutet „rassistisch orientiert“?  
(Kapitel 4.2.5: *Rassismus*)
- welche Bedeutung haben die mit den Begriffen 'Rassismus' und 'Macht' verbundenen Begriffe 'Fremdheit' und 'Hierarchisierung'?  
(Kapitel 4.2.6: *Hierarchisierung und Fremdheit*)
- was bedeutet „mächtig“ und „machtlos“?  
(Kapitel 4.2.7: *Zum zentralen Begriff der Macht*)

#### **4.2.1 Der Kulturbegriff**

Wenn ROMMELSPACHER von „dieser Gesellschaft“ (s.o.) spricht, so werden hier zunächst *alle* Menschen zur Dominanzkultur gerechnet, wodurch auch, wie schon gesagt, ein Blick auf die Verdrängungsleistungen der linken Gruppen möglich wird. Die Autorin beschreibt dies am Beispiel des „westlichen Feminismus“, dessen Verständnis zunächst so konzipiert war, daß „die Eingebundheit der weißen Frauen in die Dominanzkultur und ihr Anteil an der Privilegierung“ ausgeblendet wurden (ROMMELSPACHER 1995: 29).

Doch wer oder was ist diese „Gesellschaft“? Da die Autorin sich zunächst mit dem Rechtsextremismus in *Deutschland* beschäftigte, ist es möglich, daß es ihr dabei um die Gesellschaft der in *diesem* Staat Lebenden ging. Ob sie sich dabei speziell auf die „Deutschen“ bezieht und die Eingewanderten nicht berücksichtigt, wird von ihr nicht explizit angegeben. Im Laufe die-

ser Arbeit wird aber genau das ein noch zu klärender Punkt sein: wie 'passen' die TürkInnen in das Dominanzkultur-Konzept?

Daß ihr Konzept der Dominanzkultur tatsächlich nicht nur auf die Bundesrepublik Deutschland bezogen ist, sieht man, wenn man sich ihre Definition von „Kultur“ anschaut:

„Kultur [wird] hier in einem umfassenden Sinn verstanden (...), und zwar als das *Ensemble gesellschaftlicher Praxen und gemeinsam geteilter Bedeutungen*, in denen die *aktuelle Verfaßtheit der Gesellschaft*, insbesondere ihre *ökonomischen und politischen Strukturen*, und ihre *Geschichte* zum Ausdruck kommen. Sie bestimmt das Verhalten, die Einstellungen und Gefühle aller, die in dieser Gesellschaft leben, und vermittelt so zwischen den gesellschaftlichen und individuellen Strukturen“ (ROMMELSPACHER 1995: 22, Hervorhebungen von mir).

Diese Definition ist zunächst sehr allgemein formuliert. Direkt daran anschließend geht sie auf die Besonderheiten dieser Kultur in den „westlichen Gesellschaften“ ein:

„Diese Kultur ist in den *westlichen Gesellschaften* vor allem durch *die verschiedenen Traditionen von Herrschaft* geprägt, die zugleich auch sehr unterschiedliche Dimensionen umfassen. So prägt das *Wirtschaftssystem* in unserer Gesellschaft sehr unmittelbar die Menschen und ihre Beziehungen zueinander, wird hier der „Wert“ des Menschen doch zentral an seiner Verwertbarkeit gemessen. Ebenso prägt die *Vorherrschaft der westlichen Welt* gegenüber den Ländern im Süden und Osten das Selbstverständnis der hier lebenden Menschen“ (ROMMELSPACHER 1995: 22-23, Hervorhebungen von mir).

Trotz dieser umfassenden Definition ist und bleibt es schwierig, verschiedene Kulturen voneinander abzugrenzen.<sup>10</sup> Nach HANSEN ist Kultur vereinfacht gesagt „die Gesamtheit der Gewohnheiten eines Kollektivs“ (HANSEN 1995: 15), ein Aspekt, den auch ROMMELSPACHER anspricht. Hier stellt sich aber die Frage: wer oder was ist dieses Kollektiv? Der Staat, die Staatsangehörigen, die Jugendkultur, die Eßkultur, die Gesamtheit aller Gitarristen dieser Welt, die Masse aller Linkshänder? Es gibt offensichtliche und weniger offensichtliche Gemeinsamkeiten wie auch Unterschiede zwischen Menschen als Individuen und zwischen den EinwohnerInnen ganzer Gesellschaften. Die Frage ist jedoch, welche Funktion soll eine solche Einteilung in Kulturen haben; wem nützt sie; welche Interessen stecken dahinter?

Die Gefahr bei solchen Definitionen ist, daß die 'Gewohnheiten' oder die von ROMMELSPACHER angesprochenen „gemeinsam geteilten Bedeutungen“ (1995: 22) über *Mehrheiten* festgelegt werden, mit der Folge des möglichen Ausschlusses von Minoritäten mit anderen

Gewohnheiten. Hier wird suggeriert, daß es irgendetwas gäbe, das *allen* Menschen in einem Kollektiv, wie HANSEN es nennt, gemeinsam ist. Doch selbst die Sprache als eines der häufig hervorgezogenen Kriterien für ‘Kultur’ ist ja von anderen erlernbar. Wenn es also keine „gemeinsam geteilten Bedeutungen“ gibt, wo liegt dann das vermeintlich *Einheitliche* in einer ‘Kultur’? Man kommt der Sache vielleicht näher, wenn man sich eine Art *Katalog* von Einstellungen, Bedeutungen, Handlungsoptionen, Rahmenbedingungen etc. vorstellt, aus denen die Menschen (bewußt oder unbewußt) auswählen oder die ihnen aufgezwungen werden. In diesem Fall ist es schon *eher* möglich, sich eine große Zahl von Menschen vorzustellen, die bestimmte Kriterien dieses Katalogs erfüllen und dadurch zu dieser ‘Kultur’ gehören. Dabei sind in diesem Katalog nicht nur individuelle Einstellungen enthalten, sondern auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die das Leben der Menschen organisieren. Dieser Katalog ermöglicht also eine gewisse ‘Bandbreite’ von Möglichkeiten, die jedoch im Rahmen bestimmter Zwänge liegen.<sup>11</sup> Dazu gehört zum Beispiel, und wie ich glaube, sehr entscheidend, die von ROMMELSPACHER angesprochene Wirtschaftsweise, die das Leben der Menschen prägt und dem sie sich so gut wie gar nicht entziehen können.<sup>12</sup>

Hält man sich dies vor Augen, so wird klar, daß es bei ROMMELSPACHER nicht um eine genaue Abgrenzung von Kulturen im Sinne von ‘Deutschen’, ‘Franzosen’, ‘Chinesen’ oder ‘Peruanern’ geht. Aus solch einer im Alltagssprachgebrauch üblichen Verwendung des Begriffs ‘Kultur’ kann sich die Forderung zur Anpassung oder Normierung ableiten, der die ‘kulturellen’ Minderheiten oder ‘Subkulturen’ zu folgen hätten. Dies ergäbe einen Zwang, sich der mächtigeren ‘Kultur’ anzupassen und so aufzutreten, wie es eben ‘typisch’ ist.

Eine weitere Vorstellung, die hier für den Kulturbegriff noch weiterhelfen könnte, ist von Norbert ELIAS:

„(...) Pläne und Handlungen, emotionale und rationale Regungen der einzelnen Menschen greifen beständig freundlich oder feindlich ineinander. Diese fundamentale Verflechtung der einzelnen, menschlichen Pläne und Handlungen kann Wandlungen und Gestaltungen herbeiführen, die kein einzelner Mensch geplant oder geschaffen hat. Aus ihr, aus der Interdependenz der Menschen, ergibt sich eine Ordnung von ganz spezifischer Art, eine Ordnung, die zwingender und stärker ist, als Wille und Vernunft der einzelnen

---

<sup>10</sup> ganz zu schweigen von der Frage, ob überhaupt die *Notwendigkeit* einer solchen Abgrenzung besteht.

<sup>11</sup> vgl. dazu auch das Zitat von ELIAS im Kapitel 4.2.3, in dem er vom „Freiheitsspielraum“ innerhalb von Figuren spricht.

<sup>12</sup> selbst alternative, gemeinschaftlich organisierte Kommunen, die sich durch gemeinsame Ökonomie nach innen auszeichnen, sind nach außen *doch* wieder in die Zwänge des Wirtschaftssystems und des Staates eingebunden.

Menschen, die sie bilden. Es ist eine Verflechtungsordnung, die den Gang des geschichtlichen Wandels bestimmt; (...)“ (ELIAS 1978: 314)

Und weiter:

„Diese Verflechtung von Handlungen und Plänen vieler Menschen aber, die überdies kontinuierlich von Generation zu Generation weitergeht, sie selbst ist nichts Geplantes. (...) Hier hat man es mit Erscheinungen, mit Zwängen und Gesetzmäßigkeiten eigener Art zu tun“ (ELIAS 1978: 476, Anm. 129).

Vielleicht kann man sich mit dieser Vorstellung dem Begriff der Kultur, wie er in der Dominanzkultur gemeint ist, noch etwas weiter nähern: hier ist sozusagen das Ganze mehr als die Summe seiner Teile. Oder, um nochmal das Bild des Kataloges zu nehmen: das Zusammenspiel vieler darin enthaltener Rahmenbedingungen, Handlungen und Einstellungen gibt eine Richtung vor, die die Individuen kaum beeinflussen können, so sehr sie auch auf bestimmte Merkmale dieses Katalogs wert legen. ‘Kultur’ bedeutet dann die „aktuelle Verfaßtheit der Gesellschaft“ (ROMMELSPACHER 1995: 22), die durch eine „Verflechtungsordnung“ gekennzeichnet ist, die „stärker ist, als Wille und Vernunft der einzelnen Menschen, die sie bilden“ (ELIAS 1978: 314).

An dieser Stelle muß man aber auch vorsichtig sein: hier besteht leicht die Gefahr, in den Bereich des Magischen, Mystischen und Nicht-Kontrollierbaren abzudriften. Trotz all dieser ‘Verflechtungen’, die über uns zu schweben scheinen, gibt es eine Reihe von Menschen, die den Gang der Geschichte, die Richtung, in die eine Gesellschaft steuert, doch entscheidender beeinflussen können als andere. Und diese (Politiker, Konzernchefs zum Beispiel) sind von ihren Interessen geleitet, die aber wiederum auch durch die Dominanzkultur geformt werden.

Zuletzt will ich nur noch kurz einige andere Aspekte des Kulturbegriffs ansprechen, die in dem oben Gesagten implizit enthalten sind, die ich aber noch kurz konkret erwähnen möchte: Es gibt zunächst die alltägliche Verwendung des Kulturbegriffs, die meistens wertend ist und eine Erhöhung einer bestimmten Gruppe beinhaltet. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn von Kultur im Sinne von kreativer Arbeit (z.B. Theaterkultur) gesprochen wird, oder wenn so etwas wie „Humanität, Bildung, Geschmack, Manieren“ gemeint sind, also die „Kultiviertheit“ (HANSEN 1995: 10). In diesem Sinne wird der Kulturbegriff verwendet, um abzugrenzen (ELIAS 1977: 4), und ROMMELSPACHER meint ihn offensichtlich nicht so - sie gibt eine viel umfassendere Definition, die aber auch die eben angesprochenen wertenden Aspekte beinhal-

tet. Mit ihrer Definition kommt sie der Forderung von HANSEN nach, daß die „umfassende und wertneutrale Verwendung des Wortes Kultur (...) Grundlage des wissenschaftlichen Begriffs gleichen Namens“ sein soll (HANSEN 1995: 14).

Ich halte ROMMELSPACHERS Definition für brauchbar, da sie sich nicht nur auf kollektive Gewohnheiten und Traditionen („gemeinsam geteilte Praxen und Bedeutungen“, s.o.) beschränkt, sondern auch die politische und ökonomische Dimension berücksichtigt. Meines Erachtens nach kommt der „Wirtschaftsweise“ eine entscheidende Bedeutung in der Dominanzkultur zu. Diese beeinflusst das „Verhalten, die Einstellungen und Gefühle aller“ (ROMMELSPACHER 1995: 22).

In den weiteren Kapiteln über die verschiedenen Aspekte von Dominanzkultur wird noch deutlicher, was den Begriff der ‘Kultur’ ausmacht. Trotzdem stellt sich die Frage, ob beim Konzept der Dominanzkultur wirklich noch von ‘Kultur’ gesprochen werden sollte, da mit diesem Begriff die verschiedensten Bedeutungen verbunden sind, denn es handelt sich laut KLEIN um einen „äußerst komplexen Begriff“ (KLEIN 1995: 174).<sup>13</sup>

Sehr aktuell ist zum Beispiel die Diskussion vom ‘Multikulturalismus’ bzw. von der ‘multikulturellen Gesellschaft’.<sup>14</sup> Dieser Begriff hat sich in den letzten Jahren in der Gesellschaft sehr stark verbreitet. Es sind damit jedoch völlig andere Bedeutungen verbunden als mit dem Kulturbegriff in der Dominanzkultur. Der Vorteil der Verwendung des Begriffs ‘Kultur’ liegt wohl darin, daß er dadurch leichter in die Alltagssprache zu übernehmen ist, eben weil er vertraut klingt. ‘Kultur’ ist aber andererseits auch schon so vorbelastet, daß fraglich ist, ob mit dem Dominanzkultur-Begriff die alten Bedeutungen irgendwann ersetzt werden können.

Aus all dem ergibt sich, daß es wohl am sinnvollsten ist, unter ‘Kultur’ in der Dominanzkultur, stark vereinfacht gesagt, „einander nahestehende Gesellschaften (‘abendländische Kultur’)“ (KLEIN 1995: 174) zu verstehen. Diese sich „nahestehenden“ Gesellschaften sind vor allem *bürgerliche Gesellschaften*, d.h. Gesellschaften, die „von den Bürgern getragen und in den *bürgerlichen* Revolutionen des 17.-19. Jhs. durchgesetzt wurden (u.a. in England, Frankreich, den Niederlanden und später in Deutschland)“ (SCHÄFERS 1995a: 97, Hervorhebung im Original).

---

<sup>13</sup> dieser Begriff ‘komplex’ ist natürlich sehr schwammig und kann leicht verwendet werden, um eine weitere Beschäftigung mit einem Thema zu umgehen, da es angeblich so ‘komplex’ sei (und damit nicht vollständig zu begreifen).

<sup>14</sup> siehe dazu kritisch: RADTKE, F.O. (1994): Multikulturalismus: Ein postmoderner Nachfahre des Nationalismus, in: OSTENDORF, B. (Hg.): Multikulturelle Gesellschaft - Modell Amerika, München.

#### 4.2.2 Dominanz

Mit *Dominanz* wird in der Psychologie die *Haltung des Überlegenseins*, des *Herrschenwollens* bezeichnet (MEYERS GROBES TASCHENLEXIKON 1992). Diese einfache Definition greift jedoch für das Dominanzkultur-Konzept zu kurz, und ROMMELSPACHER nimmt auch eine klare Trennung zwischen einem *bewußten* „Herrschenwollen“ und *unbewußten* Formen des „Überlegenseins“ vor:

„*Herrschaft* basiert (...) in erster Linie auf *Repression*, auf *Geboten* und *Verboten*, während *Dominanz* sich auf *weitgehende Zustimmung* stützt, indem sie sich über die sozialen Strukturen und die internalisierten Normen vermittelt, weshalb sie in eher unauffälliger Weise politische, soziale und ökonomische Hierarchien reproduziert“ (ROMMELSPACHER 1995: 26, Hervorhebungen von mir).

Es geht ihr dabei auch darum zu zeigen, daß die traditionelle, polarisierende Einteilung in Herrschende und Beherrschte heute nicht mehr greife und wir es mit einem „in sich verschachtelten System vom Macht“ zu tun haben (ROMMELSPACHER 1995: 26). Auf diesen Aspekt werde ich in Kapitel 4.2.7 zur *Macht* noch einmal zurückkommen.

Durch die von ihr vorgenommene Trennung von *Herrschaft* und *Dominanz* scheinen staatliche Regelungen und Institutionen aus dem Konzept der Dominanzkultur herauszufallen, da Verbote und Gebote dem Begriff der Herrschaft zugeordnet werden und nicht zur Dominanz. Eine Trennung in der von ihr vorgegebenen Schärfe wäre aber nicht sinnvoll, denn schließlich sind Repression, Ver- und Gebote in dieser Gesellschaft Mittel und Wege - auch gerade staatlicher Institutionen - , um die von ihr angesprochenen „sozialen Strukturen und internalisierten Normen“ zu erhalten oder durchzusetzen. Sie selbst schreibt an anderer Stelle, daß Repression „weiterhin ein zentraler Bestandteil dieser Gesellschaft ist“ (ROMMELSPACHER 1995: 36). Wie kann dieser Widerspruch also aufgelöst werden? Wichtig ist es, zwischen den Begriffen *Dominanz* und *Dominanzkultur* klar zu trennen: die Dominanzkultur beinhaltet sowohl die oben definierten Aspekte der *Dominanz*, als auch die in der Definition von *Kultur* angesprochenen „Traditionen von Herrschaft“. *Herrschaft* und *Dominanz* werden hier also jeweils als *Bestandteile* der Dominanzkultur angesehen.

Anschließend stellt sich die Frage, was mit „weitgehender Zustimmung“ gemeint ist, auf die sich die Dominanz stütze? Der Begriff impliziert zunächst eine bewußte Handlung, die auf bewußten Überlegungen, Abwägungen und Entscheidungen beruht. ROMMELSPACHER macht

das, was sie eigentlich meint, beispielhaft am Verhältnis der Weißen zu den Schwarzen in den USA deutlich. Dort gibt es eine

„soziale Geographie, die die Lebenssphären der Schwarzen von den Weißen trennt. Sie macht die Weißen glauben, daß sie sich in einer völlig weißen Umwelt bewegen. (...) Zumeist ist ihnen durchaus bewußt, daß Schwarze in der US-Gesellschaft diskriminiert werden. Nur glauben sie nicht, daß sie selbst daran beteiligt sind. Sie ordnen sich selbst nicht dem dominanten Teil der Gesellschaft zu (...). Die Dominanz wird hier in erster Linie durch die Aufrechterhaltung der *Normalität* reproduziert und nicht durch bewußte, gewollt rassistische Handlungen“ (ROMMELSPACHER 1995: 31-32).

Die „weitgehende Zustimmung“ ist also *nicht* unbedingt eine *bewußte* Handlung, die auf bewußten Überlegungen, Abwägungen und Entscheidungen beruht. Es ist eher das selbstverständliche Reproduzieren von Hierarchien und „unsichtbaren Mauern, indem sich die Menschen aus dem Wege gehen oder Auseinandersetzungen aufgrund von Desinteresse gar nicht erst stattfinden“ (ROMMELSPACHER 1995: 36). Oder nochmal anders formuliert:

„Macht wird nach Norbert Elias dann zur *Dominanz*, wenn sich viele Machtquellen vernetzen und damit ein Anspruch auf soziale Unterscheidung und Überlegenheit durchgesetzt wird. Die Kohäsion, der Zusammenhalt der in diesem Netzwerk Privilegierten läßt sie möglichst alle Zugänge zu den Ressourcen für die Außenstehenden verschließen, was eben nicht unbedingt primär mittels persönlichem, bewußtem oder absichtlichem Ausschluß geschieht, sondern vor allem auch durch Strukturen, die eine stabile Asymmetrie in der Verteilung von sozialen Positionen, das heißt von politischen und kulturellem Einfluß gewährleisten“ (ROMMELSPACHER 1995: 25).

Es ist hierbei trotzdem wichtig zu bedenken, daß es auch weiterhin Repression im Sinne von „Herrschaft“ gibt (s.o.). Diese wird jedoch durch die eben beschriebene „Normalität“ bzw. „weitgehende Zustimmung“ gestützt (ROMMELSPACHER 1995: 36).

#### **4.2.3 Der Figurationsbegriff zum Verständnis der zentralen Aspekte der Dominanzkultur**

Wie schon im Kapitel 2 erwähnt, nimmt ROMMELSPACHER bezug auf die Arbeiten von ELIAS, speziell auf sein Etalbierten-Außenseiter-Modell (ELIAS/SCOTSON 1990). Daher soll kurz der Begriff der *Figuration* erklärt werden, der von ELIAS geprägt wurde, und den auch ROMMELSPACHER verwendet. Er findet in den folgenden Kapiteln Verwendung.

Nach BOGNER ist eine sehr treffende Definition dafür:

„Configurations are networks of interdependent human beings, with *shifting* asymmetrical power balances“ (VAN BENTHEM VAN DEN BERGH 1971: 19, in: BOGNER 1989: 36, Hervorhebung im Original).

Eine Figuration ist also eine Art Netzwerk von „Interdependenzen der Individuen“ (LINDNER 1996: 514). In diesem Netzwerk ist es für die Menschen notwendig, gewisse „Sprach- und Wissenssymbole“ zu erlernen, um sich in der Welt orientieren zu können (Individualisierung). Weiterhin lernen die Menschen „bestimmte Schemas der Selbstregulierung im Verkehr mit Menschen“ (Sozialisierung). „*Sozialisierung* und *Individualisierung* sind verschiedene Namen für den gleichen Prozeß. Jeder Mensch gleicht anderen Menschen und ist zugleich von allen anderen verschieden“ (ELIAS 1995: 75f, Hervorhebungen von mir).

Figurationen sind nicht statisch, sondern können sich verändern: so können zum Beispiel aus Dörfern Städte und aus Sippen Kleinfamilien werden. Dabei ist es möglich, daß sowohl die *gleichen* Menschen *verschiedene* Figurationen miteinander bilden (zum Beispiel Passagiere vor, während und nach einem Schiffbruch) als auch *verschiedene* Menschen *gleiche* Figurationen (zum Beispiel Familien, Staaten, Bürokratien) (ELIAS 1995: 77).

ELIAS unterscheidet vier Ebenen, auf denen Figurationen bestehen. Diese sind:

- die Beziehung von Menschen zueinander
- die Beziehung von Staaten zueinander
- die Beziehung von Menschen zu den Naturgewalten
- die Beziehung von Menschen zu sich selbst (vgl. ELIAS 1983: 75f).

In dieser Arbeit geht es hauptsächlich um die Figuration, die Menschen miteinander bilden. Jedoch taucht hier auch indirekt die Figuration von Staaten zueinander auf, da zum Beispiel die staatliche Einwanderungspolitik einen Einfluß auf die Figuration, die Einwanderer bilden, hat.

„Angeblich“ (ELIAS 1995: 76) lassen soziologische Theorien das Verhältnis des Individuums zur Gesellschaft ungelöst. In diese Bresche möchte der Figurationsbegriff springen. Er beinhaltet sowohl den Aspekt der Individualisierung, ohne dabei nur von einem „gesellschaftlosen Individuum“ auszugehen, also von einem „ganz für sich existierenden Handelnden“, als auch Aspekte der Sozialisierung, ohne hierbei davon auszugehen, daß die menschliche Gesellschaft „jenseits der einzelnen Menschen, jenseits der Individuen existiert“. (ELIAS 1995: 76).

In einer Gesellschaft stehen die Menschen innerhalb einzelner und zwischen verschiedenen Figurationen in einem bestimmten Verhältnis zueinander. Die einzelnen Figurationen haben dabei nicht nur verschiedenes Gewicht in der Gesellschaft, sondern gestehen den Menschen auch nur gewisse Handlungsmöglichkeiten zu:

„Ein einzelner Mensch kann einen Freiheitsspielraum besitzen, der es ihm ermöglicht, sich von einer bestimmten Figuration abzulösen und sich in eine andere einzufügen, aber ob und wie weit das möglich ist, hängt selbst von der Eigenart der betreffenden Figurationen ab“ (ELIAS 1995: 77).

Der Figurationsbegriff beinhaltet also sowohl Zwänge, die eine Gesellschaft auf den einzelnen ausübt, als auch die individuellen Handlungsmöglichkeiten. Und je nach gesellschaftlicher Lage und Zustand können sich deren 'Anteile' in den Figurationen ändern.

#### **4.2.4 Engagement und Distanzierung**

In diesem Kapitel geht es um die Frage, was ROMMELSPACHER meinen könnte, wenn sie davon spricht, „sich bewußt zu distanzieren“ (ROMMELSPACHER 1992: 81) und wie man dies „lernen“ kann. Sie selbst geht auf diesen Aspekt nicht ein.

Da sie jedoch, ähnlich wie ELIAS, einen machttheoretischen Ansatz vorlegt und sich an einigen Stellen explizit auf ELIAS und sein Etablierten-Außenseiter-Modell bezieht, stellt sich die Frage, ob sie sich bei der Verwendung des Begriffs „distanzieren“ auf das wissenssoziologische *Engagement-Distanzierungs-Modell* bezieht, das ELIAS 1983 vorgestellt hat.

Worum geht es in diesem Modell? Das Begriffspaar *Engagement* und *Distanzierung* soll an die Stelle von anderen Begriffspaaren wie *irrational* und *rational* oder *subjektiv* und *objektiv* treten.

„Die Begriffe Engagement und Distanzierung bezeichnen die beiden *Pole einer Skala*, mit der sich ein zentraler Aspekt des gesamten menschlichen Denk-, Erlebens- und Verhaltensspektrums begrifflich oder symbolisch bestimmen läßt. Es geht bei dieser Skala um soziale Standards der Phantasiekontrolle als Aspekt zivilisatorischer Affektkontrollmuster“ (WALDHOFF 1995: 27, Hervorhebung von mir).

Das bedeutet, daß Menschen nicht entweder nur distanziert oder nur engagiert sind, sondern sich in der ganzen Bandbreite der Skala zwischen diesen beiden Begriffen bewegen können. *Engagement* bedeutet dabei soviel wie affekt- oder triebgeladenes, emotionales, phantasie-

unkontrolliertes Handeln und Denken. *Distanzierung* hingegen umschreibt emotions- und leidenschaftsloses, phantasie-kontrolliertes Handeln und Denken (ELIAS 1983: 9-10). Etwas genauer definiert WALDHOFF den Begriff der „*Selbstdistanzierung*“:

„Gemeint ist die Fähigkeit, menschliche Figurationen mehrperspektivisch und also unter Distanznahme von der automatischen und unbewußten Beurteilung aus einer eigenen Gruppen- oder individuellen Perspektive wahrzunehmen“ (WALDHOFF 1995: 39).

ELIAS bezieht sich in seinem Modell vor allem auf die Figuration, die der *Mensch* mit der *Natur* bildet und macht daran deutlich, wie diese beiden Begriffe funktionieren. In *Zeiten*, als der Mensch noch sehr stark von der Natur und ihren Gewalten abhängig war, fehlte auch das Wissen, diese Naturgewalten (im naturwissenschaftlichen Sinne) zu erklären. Daher wurden nach Auffassung von ELIAS für vielerlei Dinge ‘Erklärungen’ gefunden, die sich durch große Emotionsgeladenheit auszeichneten. WALDHOFF bringt das Beispiel der Seuchen im Mittelalter: in jener Zeit versuchte man die Pest zu „bannen, indem man Juden, eine Außenseitergruppe, die in der Phantasie als Urheber erschien, verfolgte und erschlug“ (WALDHOFF 1995: 27). Dieses Engagement, diese Emotionalität versperrt die Möglichkeit, durch eine distanzierte Sichtweise die Ereignisse anders wahrzunehmen, wodurch wiederum die Emotionalität nochmal verstärkt werden kann. Der ‘Ausbruch’ aus dem engagierten Denken und Handeln fällt demnach umso *schwerer*, je engagierter das Denken und Handeln schon ist. Dies ist eine Art ‘Teufelskreislauf’, den ELIAS auch als „Doppelbinder“<sup>15</sup> bezeichnet hat (ELIAS 1983: 78-79); die Phantasiegeladenheit reproduziert und verstärkt sich selbst.

Ziel dieses Begriffspaares ist es, anhand der oben genannten Skala prüfen zu können, inwieweit Menschen in der Lage sind, Erscheinungen und Konflikte, die sich in bestimmten Figurationen ergeben, eher phantasiekontrolliert (also *distanziert*) oder eher affektgesteuert (also *engagiert*) zu lösen. Je nachdem, in welchem Bereich der Skala sich die Menschen ‘befinden’, ließe sich daraus dann der „Stand der gesellschaftlichen Entwicklung“ ableiten. Weiterhin könnte sich das Verhalten im Falle „sozialen oder psychischen Drucks“ auf die eine oder andere Seite hin verschieben (ELIAS 1983: 10).

Nun befinden wir uns aber in den westlichen Gesellschaften nicht mehr in einer Figuration, die sich durch stark engagiertes Denken und Handeln in Bezug auf die Natur auszeichnet. Durch die Naturwissenschaften und die Aufklärung hat sich die Skala in Richtung Distanzierung verschoben:

---

<sup>15</sup> vom Englischen ‘double-bind’, ein Begriff aus der Psychoanalyse.

„Im Verhältnis von Menschen zu nicht-menschlichen Kräften ist [gegenwärtig] der sozial geforderte und sozial gezüchtete Standard sowohl der Selbstbeherrschung wie der Beherrschung der Beziehungszusammenhänge, also in diesem Falle der Naturzusammenhänge, relativ hoch; im Verhältnis von Menschen zu Menschen ist der Standard beider sehr viel geringer“ (ELIAS 1983: 23).

Dabei ist nun zum Begriff der „Entwicklung“, der von ELIAS häufig, auch in seinen Arbeiten zur Zivilisationstheorie (ELIAS 1977 und 1978), verwendet wird, einiges zu sagen. Ich halte ihn für nicht unbedenklich, da er auf der Ebene der Nationalstaaten „seit dem zweiten Weltkrieg untrennbar mit dem Diskurs über Entwicklung und Unterentwicklung im Weltmaßstab verbunden“ ist. Er „bezeichnet, weit gefaßt, den erwünschten sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt - und es wird immer unterschiedliche Auffassungen darüber geben, was erwünscht ist“ (BRANDT-REPORT 1980: 64, in: EBLINGHAUS/STICKLER 1996: 45). Dieser Begriff kann also durch diese ‘Belastung’, wird er im Rahmen des Engagement-Distanzierungs-Modells benutzt, leicht mißverstanden werden, denn seine Verwendung *könnte* (z.B. im modernisierungstheoretischen Sinn) bedeuten, daß der „gesellschaftliche Stand der Entwicklung“ anhand der Industrieländer und ihrer „Entwicklung“ auf der Engagement-Distanzierungs-Skala festgelegt wird. Hier würde die gewünschte Verschiebung auf der Skala in Richtung Distanzierung implizieren, daß „Entwicklung“ die Anpassung an die Standards der Industrieländer zu bedeuten hat. Dies könnte die Forderung der Anpassung des Denkens und Handelns aller ‘weniger entwickelten’ Menschen an das Denken und Handeln der Menschen in der Industrieländern nach sich ziehen. WALDHOFF betont jedoch, daß ELIAS immer versucht habe, den mit der gesellschaftlichen Entwicklung in Zusammenhang stehenden Begriff der *Zivilisation* „als reinen Tatsachenbegriff zu verwenden, entkleidet seines für die Europäer schmeichelhaften Phantasiegehaltes“ (WALDHOFF 1995: 21; vgl. MAURER 1989: 229). Man sieht dies an ELIAS’ Beschreibung des Zivilisationsbegriffs, wie er *allgemein* verstanden wurde und wird, und wie ELIAS ihn *nicht* verstanden haben will:

„Er faßt alles zusammen, was die abendländische Gesellschaft der letzten zwei oder drei Jahrhunderte vor früheren oder vor „primitiveren“ Gesellschaften voraus zu haben glaubt. Durch ihn sucht die abendländische Gesellschaft zu charakterisieren, was ihre Eigenart ausmacht und worauf sie stolz ist: den Stand *ihrer* Technik, die Art *ihrer* Manieren, die Entwicklung *ihrer* wissenschaftlichen Erkenntnis oder *ihrer* Weltanschauung und vieles andere mehr“ (ELIAS 1977: 1-2).

Trotz aller Betonung von Neutralität wäre es wohl angebracht, aufgrund des oben gesagten den Begriff der Entwicklung nicht mehr zu verwenden. Vielleicht sollte eher von „Zustand“ der Gesellschaft gesprochen werden, obwohl sich darin die Prozeßhaftigkeit der Veränderung einer Gesellschaft nicht treffend ausdrückt. Weitere Kritik an ELIAS werde ich in Kapitel 4.6 ansprechen.

Nach der Vorstellung des Engagement-Distanzierungs-Modells stellt sich nun die Frage, wie man es „lernen“ kann, sich zu distanzieren. Entscheidend scheint nach ELIAS die ‚Durchbrechung‘ des Doppelbinders, also das Herauskommen aus dem Teufelskreis von engagiertem Handeln und Denken, das sich selbst reproduziert. Dabei stellen sich zwei Fragen:

- Wie sieht der für eine Gesellschaft oder für alle Menschen ‘optimale’ Zustand auf der Engagement-Distanzierungs-Skala aus?
- Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit dieser Zustand erreicht wird, bzw. wie sieht der Weg dorthin aus?

Zur ersten Frage gibt ELIAS selbst die Antwort, in der er die Möglichkeit diskutiert, ob es eine Gesellschaft geben könne, in der die individuelle Selbstkontrolle so stark wäre, daß jeder zentralisierte Zwang (z.B. ein Staat mit seinem Gewaltmonopol) überflüssig würde:

„Das wäre eine sehr fortgeschrittene Form menschlicher Zivilisation. Sie würde, wie man sehen kann, ein Ausmaß, eine Breite und eine Struktur individuellen Selbstzwangs erfordern, wie sie auf der gegenwärtigen Stufe des sozialen und innerhalb seiner des Zivilisationsprozesses noch nicht erreichbar sind. Auch ist ungewiß, ob sie je erreichbar sein werden, wenngleich der Versuch sich lohnen würde“ (ELIAS 1983: 124-125).<sup>16</sup>

ELIAS stellt sich eine Gesellschaft vor, in der es keiner äußeren Zwänge bedürfe, um andere Menschen davon abzuhalten, Gewalt in irgendeiner Form zu gebrauchen, und in der eine „Einsicht in die Funktionsweise menschlicher Gesellschaften“ existiert, die eben diese Art von Zusammenleben ermöglicht (ELIAS 1983: 123-124).

Die Frage nun, wie denn dieser Zustand *erreichbar* ist, d.h., mit welchen Mitteln und über welche Wege, kann ich an dieser Stelle nicht beantworten. So bleiben die von ELIAS beschriebenen Begriffe Engagement und Distanzierung und die Skala, die sie bilden, letztenendes einfach nur *Kriterien*, anhand derer der Zustand einer Gesellschaft beschrieben werden kann. ELIAS selbst sagt dazu:

---

<sup>16</sup> vgl. dazu auch BOGNER 1989: 26f).

„Eine zirkuläre Bewegung zwischen geringer Ereigniskontrolle und geringer Selbstkontrolle, eine Art Rückkopplungsmechanismus spezifischer Art, läßt sich also nicht nur in den Beziehungen von Menschen zu nicht-menschlichen Naturgewalten, sondern auch in ihren Beziehungen zueinander beobachten. Aber sie läuft gegenwärtig in diesen zwei Sphären auf einem sehr verschiedenen Niveau ab. (...) Daß Menschen ein erhebliches Maß an Kontrolle über Naturereignisse und einen recht hohen Grad der Distanzierung im praktischen und gedanklichen Umgang mit ihnen erwerben können, wissen wir bereits. *Aber wir wissen noch nicht und können uns kaum vorstellen, wie ein vergleichbarer Grad der Distanzierung und Kontrolle in bezug auf gesellschaftliche Ereignisse zu erreichen ist*“ (ELIAS 1983: 22-23, Hervorhebung von mir).

Aus den vorangegangenen Überlegungen ergibt sich, daß das Modell von Engagement und Distanzierung eine sinnvolle Ergänzung zum Konzept der Dominanzkultur darstellt. Menschen können demnach in bestimmten Figurationen eher engagiert handeln und sind sich aufgrund der Affektgeladenheit ihres Handelns ihrer Machtbeziehungen gar nicht bewußt. Lernen die Menschen es aber, im Sinne von ELIAS eher (selbst-)distanziert zu handeln und zu denken, dann werden ihnen damit auch die Machtbeziehungen bewußt, in die sie eingebunden sind. Es läßt sich aber nicht abschließend klären, ob die bloße 'distanzierte' *Erkenntnis* der Machtbeziehungen die Menschen auch dazu bringt, auf das *Auflösen* dieser Machtbeziehungen hinzuwirken bzw. im Rahmen des Möglichen diese Machtbeziehungen *nicht zu nutzen*. Denn die Erkenntnis der eigenen Macht kann auch dazu benutzt werden, diese weiter auszubauen. Die für die Dominanzkultur wichtigen Größen der ökonomischen und politischen Strukturen stellen hier limitierende Faktoren dar, die die Menschen trotz aller distanzierten Erkenntnis dazu drängen, ihre Machtbeziehungen zu ihrem Vorteil zu nutzen. Insofern ist die Erkenntnis der Machtbeziehungen nicht die einzige Voraussetzung für deren Überwindung, sondern auch die Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Trotz dieses Einwandes scheint eine im Sinne von ELIAS eher distanzierte Denk- und Handlungsweise, durch die die Menschen sich ihrer Rolle in der Dominanzkultur bewußt werden, eine wohl nicht hinreichende, aber doch notwendige Voraussetzung dafür zu sein, daß die Machtbeziehungen zwischen den Menschen 'entschärft' werden.

#### **4.2.5 Rassismus**

Rassismus nimmt in ROMMELSPACHERS Texten einen großen Raum ein. Er ist jedoch nur *eine* Form, in der sich Machtunterschiede in der Dominanzkultur äußern. Andere Ebenen der Dominanz sind zum Beispiel das Verhältnis Mann zu Frau oder die Beziehungen von Arbeit-

nehmerInnen zueinander, in denen aber auch wiederum rassistische Aspekte wirken können. Insofern ist Rassismus also nur eines der typischen Muster, wie sich Dominanzkultur auswirken kann. Er spielt jedoch gerade in Bezug auf MigrantInnen eine große Rolle. Hierzu ist auch noch anzumerken, daß

„es scheint, daß Begriffe wie „rassistisch“ oder „ethnisch“, die (...) sowohl in der Soziologie als auch in der breiten Gesellschaft weithin gebraucht werden, Symptome einer ideologischen Abwehr sind. Durch ihre Verwendung lenkt man die Aufmerksamkeit auf Nebenaspekte dieser Figuration (z.B. Unterschiede der Hautfarbe) und zieht sie ab von dem zentralen Aspekt (den Machtunterschieden)“ (ELIAS/SCOTSON 1990: 27).

Im Folgenden werde ich den Begriff des Rassismus, so wie er hier verstanden wird, definieren. Er deckt sich in seiner engen Fassung mit dem Rechtsextremismus, also der gewaltorientierten Form von Ausgrenzung. Es ist jedoch sinnvoll, den Begriff weiter zu fassen, um damit auch „strukturelle, institutionelle und latente Formen“ von Rassismus zu erfassen und diese nicht von vornherein auszublenden (BIELING 1993: 145). Mit anderen Worten:

„(...) Das heißt, daß Rassismus nicht mit einer politischen Orientierung, wie zum Beispiel dem Rechtsextremismus, gleichzusetzen ist. Der Rechtsextremismus ist ein politisches Konzept, das vor allem autoritär und undemokratisch ist (...). Insofern ist Rechtsextremismus ohne Rassismus nicht denkbar. Umgekehrt gibt es aber sehr wohl Rassismus ohne Rechtsextremismus. Rassismus ist auch in allen anderen politischen Orientierungen zu finden, bei linken, bei konservativen und liberalen Bewegungen ebenso wie bei Feministinnen und UmweltschützerInnen“ (ROMMELSPACHER 1995: 40-41).

Unter Rassismus kann man allgemein die „soziale Konstruktion einer bestimmten Menschengruppe als ‘Rasse’“ verstehen, deren ‘Minderwertigkeit’ durch ein bestimmtes Machtverhältnis zu konkreter Ausgrenzung und Benachteiligung führt (KALPAKA/RÄTHZEL 1990:12ff).<sup>17</sup> Dies muß sich nicht unbedingt in der Verwendung des Begriffs ‘Rasse’ äußern, sondern kann auch in dem Glauben an die quasi ‘natürliche’ Veranlagung eines Kulturunterschieds zwischen ‘Ethnien’ oder ‘Kulturen’ deutlich werden. Dieser Definition kommt ROMMELSPACHER recht nahe:

---

<sup>17</sup> zum Unsinn biologischer Rassenkonstruktion siehe FLOHR, A.K. (1994): Fremdenfeindlichkeit. Biosoziale Grundlagen von Ethnozentrismus. Opladen. S. 80ff.

„Rassismus basiert auf der Herabsetzung von Menschen, indem ihnen qua Herkunft *negative* oder *positive*<sup>18</sup> Eigenschaften zugeschrieben werden, die zugleich die eigenen Ideale von Schönheit, Tüchtigkeit, Intelligenz und die Überlegenheit der eigenen Lebensweise bestätigen. In solchen Projektionen drückt sich ein *Machtanspruch* aus“ (ROMMELSPACHER 1995: 39, Hervorhebung von mir).

Diese zugeschriebenen Eigenschaften können sich auf optische Merkmale wie zum Beispiel Hautfarbe beziehen, können aber auch bestimmte Verhaltensweisen sein, die den diskriminierten Gruppen zugeschrieben werden. Letztere werden dann eventuell noch mit einem optischen Merkmal versehen (‘Judenstern’ z.B.), da dadurch die Unterscheidung wieder ‘leichter’ wird. Worin auch immer diese negativen oder positiven Eigenschaften gesehen werden, ihnen wird auf alle Fälle das Merkmal des ‘natürlichen’ angeheftet, das den Gruppenmitgliedern quasi ‘angeboren’ ist. Dadurch erfolgt dann die Legitimation des Rassismus, da die eigene Überlegenheit entsprechend auch ‘natürlich’ vorgegeben ist.

Rassismus findet immer wieder neue Gruppen, die er diskriminieren kann. Fällt eine Gruppe als Zielscheibe des Rassismus aus irgendwelchen Gründen weg, so findet sich bald eine Neue. „(...) es gibt immer einige, die die ‘Nigger’ sind. Wenn es keine Schwarzen sind, oder zu wenige, die die Rolle übernehmen könnten, dann werden eben ‘weiße Nigger’ erfunden“ (WALLERSTEIN 1990: 45, in: ERDEM 1995: 123).

#### **4.2.6 Hierarchisierung und Fremdheit**

Bevor im nächsten Kapitel der zentrale Begriff der Macht diskutiert werden soll, möchte ich hier noch das „*Konfliktlösungsmuster*“ der Hierarchisierung von ‘Fremden’ vorstellen, das für das weitere Verständnis der Machtbeziehungen von Gruppen wichtig ist.

Dieses Muster hat für ROMMELSPACHER einen Ausgangspunkt im Umgang mit dem Geschlechterunterschied in dieser Gesellschaft. Schon als Kinder lernen Jungen wie Mädchen - mit einer „prinzipiellen Andersartigkeit von Menschen konfrontiert“ - ihre typischen Rollen, die ihnen in dieser Gesellschaft zugewiesen werden: die Jungen versuchen, durch „Abwertung des Weiblichen ihre Männlichkeit zu beweisen“ und die Mädchen wiederum „müssen ihre Weiblichkeit in Form von Friedlichkeit, Fürsorgeverhalten und Selbstentwertung entwickeln“ (ROMMELSPACHER 1992: 87). Entscheidend ist hierbei, daß damit beide Geschlechter lernen, durch Hierarchisierung, Dominanz und Unterwerfung mit diesem Unterschied umzugehen.

---

<sup>18</sup> auf den positiven Rassismus gehe ich hier nicht weiter ein, siehe dazu z.B.: ZAPTCIOGLU, D. (1994): „Wo hast du so gut Deutsch gelernt?“ Der alternative Ausländerfreund mit seinem Helfersyndrom pflegt fleißig Klischees. In: taz - die tageszeitung vom 1.10.1994, S.19.

Aber: „Das bedeutet nicht, daß Frauen immer unterwerfend reagieren und Männer dominant, sondern (...) daß beide qua Hierarchisierung Konflikte zu lösen lernen. Wer sich unterwirft, der ist auch dominant. Und wer herrscht, ist auch den Herrschenden gegenüber unterwürfig“ (ROMMELSPACHER 1992: 87). Dies zeigt sich z.B. daran, daß Frauen zur diskriminierten, als Weiße jedoch auch zur dominanten Gruppe gehören (ROMMELSPACHER 1993a).

Nun muß man sich natürlich fragen, woher denn dieser eben beschriebene Umgang mit dem Geschlechterverhältnis kommt, d.h.: worin liegen die Ursachen für diese Hierarchisierungsercheinungen? Sicherlich ist es falsch, den Geschlechterunterschied *an sich* als eigentliche Ursache zu betrachten, da damit biologistisch argumentiert und die Gestaltungsfähigkeit von gesellschaftlichen Verhältnissen und sozialen Beziehungen durch den Menschen geleugnet würde (vgl. ROMMELSPACHER 1995: 34; WALDHOFF 1995: 22). Als eigentliche Ursachen für diesen Umgang mit dem Geschlechterunterschied wird hier das Streben nach Machterhalt und -ausbau sowie das Durchsetzen der eigenen Interessen in den gesellschaftlichen Verhältnissen des bestehenden Systems gesehen.

Dabei geht es vor allem um den Zugang und die Kontrolle von Ressourcen, um die Mehrung derselben und um die Sicherung von Privilegien: „Besitz weckt immer neue Begehrlichkeit. Macht gebiert immer neue Machtansprüche, zumindest in einer Gesellschaft, die auf Expansion ausgerichtet ist“ (ROMMELSPACHER 1992: 89). Dieses auf Expansion ausgerichtete Handeln wird unter anderem durch das Geschlechterverhältnis an die Kinder vermittelt, wodurch sich die schon expansive Gesellschaft wiederum selbst reproduziert und festigt.

Was folgt daraus nun für den Umgang mit Fremdheit prinzipiell? ROMMELSPACHER meint, daß alles, was fremd ist in unserer Gesellschaft, eine Provokation darstellt, weil es uns dazu zwingt, unsere eigenen Verhaltensmuster und „Selbst-Konstruktion“ zu überprüfen. Dies kann „neugierig machen, aber auch verunsichern und ängstigen“ Die Begegnung mit Fremden stellt „meist eine narzißtische Kränkung dar, die umso stärker ausfällt, je mehr die Einzelnen der dominanten Kultur verhaftet sind (...)“ (ROMMELSPACHER 1992: 87, 91, 92), d.h., je engagierter sie im Sinne des Engagement-Distanzierungs-Modells sind. Diese Fremdheit ist aber nicht irgendwie quasi ‘natürlich’ oder ‘kulturell’ angelegt oder gegeben, sondern sie wird gesellschaftlich konstruiert (vgl. BIELEFELD 1989: 393f), und die oft zitierte ‘natürliche’ oder auch ‘gesunde’ Angst vor ‘dem Fremden’ ist bisher nirgendwo bewiesen (vgl. ÖZTÜRK 1994: 93). ROMMELSPACHER nennt dies auch den „Prozeß des Sich-Fremd-Machens“ und beschreibt ihn am Beispiel der Schwarzen in den USA: dort hätten die Weißen eigentlich genug Zeit gehabt,

die Schwarzen kennenzulernen. „Die weißen Kinder lernen [aber] nach wie vor, weiße Menschen als vertrauenswürdiger einzuschätzen als Schwarze“ und letztere nicht wahrzunehmen (ROMMELSPACHER 1995: 31). Das Gefühl, es mit den Schwarzen als Fremden zu tun zu haben, mag hier bei den Weißen tatsächlich vorhanden sein, die Fremdheit ist jedoch Resultat eines Verdrängungs- und Lernprozesses bei den Weißen und somit, wie schon oben gesagt, konstruiert. Die räumliche Segregation ‘ethnischer’ Gruppen in den Städten ist dabei sicherlich ‘hilfreich’, da durch diese Trennung kaum Kontakt zwischen den Gruppen besteht und die Weißen glauben, „daß sie sich in einer völlig weißen Umwelt bewegen“ (ROMMELSPACHER 1995: 31). Gerade in den USA haben aber die neuen Formen der Migration zu weiteren Konzentrationserscheinungen von ‘ethnischen Minderheiten’ geführt, so daß „(...) der öffentliche Raum sinnlich wahrnehmbar zur Peripherie in der Metropole und soziale Ungleichheit „kulturell“ „spürbar“ [wird]“. Dadurch komme es zu einer Verschärfung der „sozialen Widersprüche auf engstem Raum“ (PARSDORFER 1995: 178). Eine der möglichen Folgen ist wohl, daß der Prozeß des „Sich-Fremd-Machens“ noch intensiver vor sich geht, wie es GRIMM und RONNEBERGER am Beispiel der höheren und mittleren Angestellten des Frankfurter Banken-, EDV- und Werbewesens zeigen, die das alte Bild von den „gefährlichen Unterklassen“ wieder verstärkt transportieren (GRIMM/RONNEBERGER 1994, in: PARSDORFER 1995: 178).

#### **4.2.7 Zum zentralen Begriff der Macht**

Aus der Begegnung mit dem - wie auch immer definierten und konstruierten - Fremden kann sich im Konfliktfall die konkrete Angst ergeben, die eigenen *Privilegien* zu verlieren. Privilegien meint hier zunächst Sonderrechte, die bestimmte Gruppen aus welchen Gründen auch immer genießen und sie bevorteilen (zum Beispiel Zugang zu Bildung, Krankenversorgung), meint aber auch den Zugang zu bestimmten Ressourcen und materiellen Gütern, der sich einerseits durch *Geld* und andererseits durch ‘Netzwerke’ mit ihrer gegenseitigen, oft informellen Hilfe ausdrückt. Dies stellt eine Erweiterung der Definition von LENSKI dar, der Privileg definiert als „Besitz oder Kontrolle eines Teils des Surplus [=Mehrwerts], den eine Gesellschaft produziert“ (LENSKI 1973: 71).

Zur ‘Sicherung der Zukunft’ geht es in der Dominanzkultur nun darum, möglichst noch mehr Privilegien zu erhalten, wobei die Fremden wiederum als Hemmnis gesehen werden könnten:

„Die Internalisierung dieses Prinzips nach immer mehr, nach immer mehr Reichtum und immer mehr Absicherung für die Zukunft kann so als Ausdruck einer Dominanzkultur

gewertet werden, die die Menschen nicht dazu animiert, sich mit dem zu begnügen, was ist. In einer solchen Kultur bedarf es erheblicher Distanzierungsleistungen, um sich zu beschränken“ (ROMMELSPACHER 1992: 89).

Demnach konfrontiert alles Fremde die Menschen mit der Möglichkeit des Privilegienverlustes: „Der exklusive Zugang zu Macht und Ressourcen muß ständig gegen Eindringlinge verteidigt werden“ (ROMMELSPACHER 1992: 89). Wenn nun aus dieser Auffassung und Konstruktion von Fremdheit auch eine Marginalisierung oder Diskriminierung dieser definierten Gruppe eintritt, so hat man es mit Formen von Rassismus zu tun. Diese können allerdings nur wirksam werden, wenn die ausgrenzende Gruppe eine gewisse *Macht* hat (vgl. KALPAKA/RÄTHZEL 1992: 13f; ELIAS/SCOTSON 1990: 14). Die Verteilung von Privilegien ist dabei hauptsächlich abhängig von der Verteilung von Macht, es besteht aber auch eine Rückkopplung von den Privilegien auf die Macht (vgl. LENSKI 1973: 71f).

Und damit sind wir beim zentralen Begriff des Dominanzkultur-Konzeptes angelangt. *Macht* bedeutet in den „traditionellen, westlichen Philosophien (...) ein Vermögen, die Möglichkeit zu machen (potenz, power, pouvoir).<sup>19</sup> Die traditionelle Repressionshypothese geht von Machtzentren aus, die den Unterdrückten ihren Willen aufzwingen“ (ROMMELSPACHER 1995: 24). Wir hatten im Kapitel zur Dominanz schon gesehen, daß diese simple Einteilung in Herrschende und Beherrschte heute nicht mehr greift. Macht bedeutet daher nicht nur die tatsächliche, bewußt gewollte Selbstüberhöhung, aus der sich die Unterordnung anderer ergibt, sondern „Machtdifferentiale bestehen auch dort, wo sie *nicht* dazu benutzt werden, um den eigenen Willen gegen Widerstand durchzusetzen“ (BOGNER 1989: 36, Hervorhebung im Original). Macht besteht also auch darin, daß sie *potentiell* ausgeübt werden kann; daß die *Chance* besteht, die eigenen Interessen durch Machtvorteile durchzusetzen (vgl. GUKENBIEHL 1995: 184f; BOGNER 1989: 37). ELIAS versteht Macht als „monopolartige Kontrolle über Ressourcen“ (TREIBEL 1997: 183).

Machtdifferentiale reichen bis in den Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen hinein:

„(...) *Insofern* als wir *mehr* von anderen abhängen als sie von uns, mehr auf andere angewiesen sind als sie auf uns, haben sie Macht über uns, ob wir nun durch nackte Gewalt von ihnen abhängig geworden sind oder durch unsere Liebe oder durch unser Bedürfnis, geliebt zu werden, durch unser Bedürfnis nach Geld, Gesundheit, Status, Karriere und Abwechslung“ (ELIAS 1970: 97, in: BOGNER 1989: 37, Hervorhebungen von BOGNER).

---

<sup>19</sup> nach WEBER ist Macht die „Chance, in einer sozialen Beziehung den eigenen Willen durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“ (in: GUKENBIEHL 1995: 184)

Die *Ursachen* für das Machtstreben der Menschen liegt nach marxistischer Sichtweise in den ökonomischen Machtverhältnissen und den entgegengesetzten Interessen der Klassen (MEYERS GROSSES LEXIKON 1992). Diesem stimmt ROMMELSPACHER insoweit zu, als sie, wie oben dargelegt, die Wirtschaftsweise als einen der wichtigsten Aspekte der Dominanzkultur ansieht. Trotzdem läßt sich damit nicht erklären, wie es kommt, daß nach ELIAS „*nicht-ökonomische* Aspekte der Spannungen und Konflikte“ umso deutlicher ans Licht treten, je *kleiner die Machtdifferentiale* auf ökonomischer Ebene werden (ELIAS/SCOTSON 1990: 29, Hervorhebung von mir). Hier werden wohl andere ‘Ressourcen’ für die Menschen wichtig, die sie für schützenswert erachten und die sie mit Hilfe ihrer Macht verteidigen wollen.

Dies haben ELIAS/SCOTSON (1990) in ihrer Etablierten-Außenseiter-Untersuchung in einem Ort in England gezeigt.<sup>20</sup> Dort gab es keine ‘klassischen’ Unterschiede zwischen den Gruppen aus zwei untersuchten Ortsteilen, wie zum Beispiel Einkommen, Beruf, Nationalität oder Aussehen, sondern einziger Unterschied war der spätere Zuzug der einen Gruppe in den Ort. Die länger anwesende Gruppe war schon vor zwei Generationen zugezogen und hatte sich die Dorfstrukturen zunutze gemacht, indem sie zum Beispiel bestimmte wichtige Posten für sich monopolisierte. Der Zugang zu diesen Posten und anderen Dorfstrukturen wurde der neuen Gruppe durch geschlossenes Auftreten der älteren Gruppe verwehrt.

Machtstreben wird hier aber nicht als angeborener Trieb des Menschen angesehen, sondern als sozial konstruiert (vgl. ROMMELSPACHER 1995: 34; WALDHOFF 1995: 22), und es wurde schon mehrfach der Einfluß der Wirtschaftsweise auf das Denken in Machtkategorien betont. Dieser Einfluß mag sich auch auf die Ebene der nicht-ökonomischen Zusammenhänge auswirken. Mit anderen Worten: das *prinzipielle* Denken in Machtkategorien in allen Bereichen wird durch die Wirtschaftsweise stark geprägt. Dies *könnte* bedeuten, daß mit einer (wie auch immer vor sich gehenden) vehementen Umgestaltung der Wirtschaftsweise und einer damit verbundenen Reduzierung der Machtunterschiede die Menschen sich so weit verändern könnten, daß auch die für das Etablierte-Außenseiter-Modell typischen nicht-ökonomischen Machtdifferenzen verschwänden. Dies ist jetzt jedoch reine Spekulation.

Um ihre eigenen Machtpotentiale einschätzen zu können, müßten die Menschen erkennen, daß „die Machtbeziehungen (...) subjektiv gewollt und nicht-gewollt zugleich [sind]; gewollt, weil strategisches Kalkül, Absicht und Zielsetzung dahinter steht, und nicht-gewollt, weil sie nicht aus der Wahl oder Entscheidung eines individuellen Subjekts resultieren, sondern Re-

---

<sup>20</sup> eine ähnliche Untersuchung zur Kölner Südstadt beschreibt TREIBEL 1997: 188

sultate vieler Absichten sind“ (ROMMELSPACHER 1995: 25). Diese Erkenntnis ist jedoch nicht so einfach, denn „schon bei der Machtbalance zwischen zwei Menschen pflegen die Beteiligten jeweils nur die „Macht“ der stärkeren Partei oder nur die der jeweils anderen Seite einigermaßen klar und deutlich wahrzunehmen. Gewiß gibt es Fälle, in denen Menschen sehr klar die *Wechselseitigkeit*, die reziproke Bedingtheit der die Machtbalance konstituierenden Abhängigkeiten einzuschätzen in der Lage sind. Die Erfahrung lehrt jedoch, daß dies nur selten der Fall ist und daß sich im Regelfall die jeweils nicht wahrgenommenen oder „vergessenen“ Abhängigkeiten erst später in Form „nicht-antizipierter Nebenfolgen“ bemerkbar machen“ (BOGNER 1989: 39, Hervorhebung im Original).

Das Ausüben von Macht kann beispielsweise auf folgenden Ebenen geschehen:

- staatliche Ebene: z.B. rechtliche Hierarchisierung, „Festung Europa“
- institutionelle Ebene: z.B. Vereine, Gewerkschaften
- sozio-ökonomische Ebene: z.B. Arbeitsmarkt, Betrieb
- physische Ebene: z.B. gewalttätiger Rechtsextremismus und Rassismus, Gewalt in der Familie
- psychische Ebene: z.B. gesellschaftlicher Ausschluß, Diskriminierung, Gewalt in der Familie

Dies sind Beispiele, die man leicht den vier möglichen Ebenen von Figurationen zuordnen kann, so wie ELIAS sie definiert hat (vgl. Kapitel 4.2.3). Mir geht es hier darum zu zeigen, daß eine Hierarchisierung im Sinne der Dominanzkultur je nach den betrachteten Gruppen auf verschiedenen Ebenen wirksam werden kann, in denen die Menschen je unterschiedliche Machtpositionen einnehmen. ROMMELSPACHER spricht in diesem Zusammenhang auch von Dominanzkultur als einem „Geflecht verschiedener Machtdimensionen“:

„So prägt das Wirtschaftssystem in unserer Gesellschaft sehr unmittelbar die Menschen und ihre Beziehungen zueinander, wird hier der ‘Wert’ des Menschen doch zentral an seiner Verwertbarkeit gemessen. Andere Dimensionen der Dominanz wie die patriarchale Herrschaft werden von der ökonomischen wie von den Dimensionen kultureller Dominanz gestützt, geraten aber auch in Widerspruch dazu“ (ROMMELSPACHER 1995: 23).

Dieses ‘Machtgeflecht’ ist im Laufe der Zeit immer komplizierter geworden: die früher recht simple Unterteilung in Herrschende und Beherrschte ist heute nicht mehr möglich, und damit sind auch die Machtverhältnisse nicht mehr so leicht zu erkennen. „Die Omnipräsenz der

Machtverhältnisse, ihre Vieldimensionalität wie auch ihre relative Unsichtbarkeit sind so zentrale Merkmale dessen, was hier als Dominanzkultur bezeichnet wird“ (ROMMELSPACHER 1995: 23). Dies äußert sich zum Beispiel darin, daß der Staat den Menschen als „selbständige, gleichsam ‘neutrale’ Herrschaftsstruktur erscheint“, sich in ihm, wie in staatlichen Institutionen allgemein, aber trotzdem „soziale Machtbeziehungen“ widerspiegeln (BIELING 1993: 148).

Diese „Unsichtbarkeit“ führt nach Ansicht von ROMMELSPACHER auch dazu, daß es nicht mehr genau zu bestimmen sei, wer denn nun die Macht in den Händen halte. „Was nicht bedeutet, daß die offene Repression nicht weiterhin ein zentraler Bestandteil dieser Gesellschaft ist und vor allem von denen direkt erlebt wird, die an die äußeren Ränder und in die untersten Ebenen der Gesellschaft gedrängt worden sind“ (ROMMELSPACHER 1995: 36).

Macht ist für ROMMELSPACHER ein *negativ* besetzter Begriff. Dagegen wendet RÄTHZEL ein, daß Macht „per se“ kein negativer Begriff sei, sondern daß es damit auch möglich ist, sich zum Beispiel gegen Herrschaft durchzusetzen und Macht dadurch auch eine *positive* Komponente habe (RÄTHZEL 1990). Das hört sich zunächst, *kurzfristig* gesehen, plausibel an. Doch dieser positive Machtaspekt relativiert sich, wenn man den Gedanken von ROMMELSPACHER berücksichtigt, daß Macht immer neue Machtansprüche gebiere (ROMMELSPACHER 1990). Dann ist nämlich mit der ‘Anwendung’ von Macht zur Überwindung von Herrschaft ein prinzipielles Denken in Machtkategorien verbunden, bzw. es wird dadurch erlernt, und das setzt sich auch in *andere Lebensbereiche* fort. Es stellt sich die Frage, ob Macht in diesen *anderen Bereichen* auch immer noch positiv wirkt, oder ob Macht nicht *langfristig* wieder negativ zu wirken beginnt.<sup>21</sup>

Macht kann, wie weiter oben schon erwähnt, auch Teil eines positiven Abhängigkeitsverhältnisses sein: zum Beispiel durch „unsere Liebe und unser Bedürfnis, geliebt zu werden“ (ELIAS 1970: 97, in: BOGNER 1989: 37). Dieser Aspekt soll in dieser Arbeit jedoch keine Rolle spielen.

### **4.3 Universalismus und Konkurrenz**

In diesem Kapitel werden beispielhaft die Begriffe *Universalismus* und *Konkurrenz* erläutert, die Ausdruck von Dominanzkultur sind. Daran soll deutlich werden, wie über bestimmte soziale Konstruktionen Menschen in der Dominanzkultur ihre Dominanz rechtfertigen.

Der Anspruch der typischen 'westlichen' Gesellschaften ist, daß nur die Leistung eines Menschen zählen soll: „(...) der Universalismus beansprucht, daß die bürgerliche Gesellschaft gleichgültig gegenüber jenen Besonderheiten ist, die uninteressant für den Warenverkehr sind. Mit anderen Worten ist es unwichtig, ob ich Mann oder Frau, schwarz oder weiß, schwul oder Kettenraucher bin, solange ich etwas zu kaufen oder verkaufen habe“ (ERDEM 1995: 121; vgl. ROMMELSPACHER 1995: 16f). Und wenn von Leistung gesprochen wird, ist auch der Konkurrenzgedanke nicht weit. Es ist jedoch nicht unerheblich, ob nur an eine Konkurrenzsituation geglaubt wird - diese also auch irgendwie konstruiert ist -, oder ob tatsächlich eine gegeben ist. Der Begriff kann nämlich leicht verwendet werden, um bestimmte Abwehrhaltungen zu rechtfertigen, daraus Abwehrhandlungen abzuleiten, und auch, um damit Verantwortung delegieren zu können - Verantwortung für das eigene Verhalten. Die vermeintliche 'Minderwertigkeit' einer Gruppe oder eines Menschen ergibt sich dann aus deren mangelnder Leistungsfähigkeit, die entweder als 'natürlich' oder 'kulturell' bedingt, auf jeden Fall aber als unüberwindbar angesehen und über die Konkurrenz herausselektiert wird. Dahinter steckt wieder eines der Ideale unserer Gesellschaft: der Glaube, daß nur Qualifikation und Leistung die Stellung im „gesellschaftlichen Schichtungssystem“ (TREIBEL 1990: 164) bestimmen sollen: man soll versuchen, im Wettbewerb mit anderen zu bestehen und besser zu sein. Und wer 'seine' oder 'ihre' Nische findet und dann richtig 'zupackt', der findet auch einen Platz in dieser Gesellschaft und hat Erfolg. Hier offenbart sich aber ein krasser Widerspruch, denn die Praxis zeigt, „daß der Markt national wie international Ungleichheiten permanent reproduziert und die von der Leistungsgesellschaft versprochene Effizienz für die meisten nicht eintritt“ (ERDEM 1995: 121).

LEIPRECHT hat anhand einer Befragung von Jugendlichen festgestellt, daß deren Aussagen über die Konkurrenz (Eingewanderte und MigrantInnen als KonkurrentInnen auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt) den „Charakter einer Rechtfertigungsideologie [haben], die die eigene soziale Position damit zu legitimieren versucht, daß sie letztlich doch wohlverdient und eigenen Fähigkeiten geschuldet ist“ (LEIPRECHT 1993: 77). Diese Jugendlichen sind nicht von einer Konkurrenzsituation betroffen, werden vom Autor als „nicht-benachteiligt“ eingestuft und gehören eher zu den „ModernisierungsgewinnerInnen“. Sie argumentieren aber trotzdem mit dem Argument der Konkurrenz, weil diese über Fernsehen und Zeitungen „vor Augen geführt“ wird, sie ein „allseits anerkanntes und weit verbreitetes Modell“ ist (LEIPRECHT 1993:

---

<sup>21</sup> Ich denke hier zum Beispiel an die Französische Revolution, in der Herrschaft mit Macht überwunden wurde. In der jeweils darauffolgenden Zeit wurden von den Revolutionären aber wieder Machtansprüche, diesmal negativer Art, geltend gemacht.

76) und die Jugendlichen somit auch ihre eigene 'Leistung' bestätigen können. „Mit den Redeweisen über (...) Konkurrenz wird der Blick in aller Regel auf die mutmaßlichen KonkurrentInnen gelenkt. Es entsteht nahezu automatisch der Eindruck einer Wettbewerbssituation, an der zwei konkurrierende Gruppen beteiligt sind“ (LEIPRECHT 1993: 78). Mit Hilfe dieser Konstruktion ist es also möglich, das Verhalten, das mit Machterhalt und Privilegiensicherung einhergeht, zu rechtfertigen und eine eventuelle eigene Verantwortung von sich zu weisen.

Das eben gesagte bedeutet natürlich nicht, daß *alle* Konkurrenzsituationen auf diese Art und Weise herbeigeredet werden und Konkurrenz eine Fiktion ist, denn es gibt Konkurrenzsituationen immer wieder, tagtäglich. Entscheidend ist jedoch, wie die Ergebnisse einer solchen Situation begründet und bewertet, und wo die Ursachen für das Zustandekommen dieser Situation gesehen werden.

Die vorher schon angesprochene Vielschichtigkeit der Macht und die damit verbundene Verborgenheit der Dominanz kommt laut ROMMELSPACHER der Idee des Universalismus sehr entgegen. Es gibt eben nicht mehr die simple Einteilung in Mächtige und Machtlose, so daß es wesentlich leichter ist, Ungleichheiten zu leugnen. Die Idee des Universalismus scheint damit bestätigt (vgl. ROMMELSPACHER 1995: 30)

#### **4.4 ModernisierungsgewinnerInnen und ModernisierungsverliererInnen in der Dominanzkultur**

Prozesse wie zum Beispiel die Auflösung des sozialen Netzes durch die Sparpolitik des Staates, also sinkende Reallöhne und unsichere Renten, zunehmende Umweltschäden, verringerte Lebensqualität in den Städten, Verschärfung des Wettbewerbsgedankens in vielen Lebensbereichen kann man als sich zuspitzende gesellschaftliche Problemlagen ansehen. Es findet eine Polarisierung der Gesellschaft in arm und reich statt, in der die Mittelschicht immer kleiner wird (vgl. ROMMELSPACHER 1992: 83ff). Da davon ausgegangen werden kann, daß dies von den Menschen auch erkannt wird, kann man im Sinne der Dominanzkultur erwarten, daß die Menschen von einer verstärkten Angst vor der Zukunft, also *Angst vor Privilegienverlust*, geprägt sind. Diese Angst kann sich zum Beispiel daraus ergeben, daß die Situation auf dem Arbeitsmarkt immer angespannter wird, und damit eine mehr oder weniger *konkrete* Gefahr verbunden ist, aber auch darüber, daß einfach die allgemeine Angst vor einem *potentiellen* Verlust größer wird. Desweiteren kann sie eine wie auch immer entstandene *Einbildung der Möglichkeit* eines Verlustes sein.

Letzteres ist wohl eher bei den *ModernisierungsgewinnerInnen* zu finden, bei denen scheinbar ein Bild von den „gefährlichen Unterklassen“ herrscht (PARSDORFER 1995: 178f). Es sehe nach ROMMELSPACHER bei *rechtsextremen* Einstellungen wohl tatsächlich so aus, „daß die Benachteiligten hoch signifikant *weniger* ausländerfeindlich sind als die Nicht-Benachteiligten“ (ROMMELSPACHER 1992: 83, Hervorhebung von mir) und sie spricht in diesem Zusammenhang auch vom „Wohlstandschauvinismus“ (ROMMELSPACHER 1992: 83). Es soll in meiner Arbeit aber gar nicht speziell um die extremen Formen von Rassismus gehen, sondern eben auch um die „strukturellen, institutionellen und latenten Formen“ (BIELING 1993: 145). Es können sich auch Menschen aus unteren Schichten ausgrenzend verhalten, da im Prinzip alle Gruppen, egal wie weit oben oder unten in der Hierarchie, von der Angst des Privilegienverlustes (und seien es noch so wenig Privilegien) ergriffen werden können. ROMMELSPACHER selbst definiert Dominanzkultur ja als etwas, in dem „unsere ganze Lebensweise (...) in Kategorien der Über- und Unterordnung gefaßt sind“ (ROMMELSPACHER 1995: 22). So kann sowohl aus Reichtum wie auch aus Armut heraus ausgrenzendes Verhalten entstehen, wenn vielleicht auch in unterschiedlichem Ausmaß. Es geht also um die *relative* und nicht um die *absolute* Position in der Wohlstandsgesellschaft (vgl. ERDEM 1995: 124f).

Nach ROMMELSPACHER sind also eher die *ModernisierungsgewinnerInnen* für rassistische Einstellungen anfällig (1992: 83). Es hat sich jedoch gezeigt, daß in der Dominanzkultur auch *ModernisierungsverliererInnen* dominant sein können.

#### **4.5 Einordnung der Dominanzkultur in die Diskussion über die Ursachen von Rassismus**

In der Frage nach den Ursachen von rassistischen Tendenzen in dieser Gesellschaft, vor allem in Bezug auf Rassismus von Deutschen gegenüber AusländerInnen, lassen sich nach BIELING zwei Ansätze unterscheiden:

1. Ansätze, die die „gesellschaftlichen *Umbrüche, Unsicherheiten* und *sozialen Marginalisierungsprozesse*“ betonen (BIELING 1993: 151, Hervorhebung im Original)
1. Ansätze, die rassistische Tendenzen „eher als subjektiv funktionale Zuspitzungen gesellschaftlich hegemonialer Wertorientierungen, Klassifikationssysteme und Verhaltensmuster“ deuten (DÖRRE 1992: 13, in: BIELING 1993: 151)

Zu 1.: Hiermit ist gemeint, daß durch die Modernisierung unserer Gesellschaft die einzelnen Menschen immer mehr aus ihren sozialen Bindungen herausgelöst werden, was zu einer gesellschaftlichen ‘Desintegration’ führt. Es kommt zu Vereinzelung und Angst vor den Unge-

wißheiten der Zukunft, was zu stärkerer Orientierungslosigkeit und Bedrohungsgefühlen führt. Die immer stärkere Individualisierung wird nur negativ bewertet. Hinzu kommen Faktoren wie die zunehmende Umweltverschmutzung, sinkende Reallöhne und unsichere Renten. Dafür müssen nun Schuldige gefunden werden, und dies sind Gruppen, die sich aufgrund ihrer Stellung im Machtgefüge, bestimmter zugeschriebener Merkmale und der daraus folgenden 'Andersartigkeit' quasi anbieten, ausgegrenzt zu werden. Nach dieser Erklärung sind die *ModernisierungsverliererInnen* am ehesten anfällig für rassistische Tendenzen, wozu große Teile der Arbeiterschaft gezählt werden (vgl. BIELING 1993: 151; ROMMELSPACHER 1993b).<sup>22</sup>

Zu 2.: Hierzu ist nach BIELING der Ansatz von ROMMELSPACHER zu rechnen, der ja in den vorherigen Kapiteln schon ausführlich beschrieben wurde.

BIELING hält diese Trennung jedoch für unsinnig, weil die beiden Ansätze nur Teilerklärungen liefern: „Letztlich stehen die Ansätze in einem *Ergänzungsverhältnis* zueinander: Einerseits wird die Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt im rassistischen Diskurs stets mit den dominanten Kulturformen und Ideologien aufgeladen. (...) Andererseits benötigt die Dominanzthese, wenn sie den Anstieg rassistischer Verhaltensweisen erklären soll, den Hintergrund sich zuspitzender gesellschaftlicher Widersprüche und sozialer Problemlagen“ (BIELING 1993: 152, Hervorhebung im Original). Hier stellt sich nun die Frage, ob in dem Konzept der Dominanzkultur nicht auch diese sich zuspitzenden gesellschaftlichen Widersprüche und Problemlagen schon enthalten sind. Wäre dies der Fall, so wären die unter Punkt 1. genannten Ansätze tatsächlich überflüssig und ein Ergänzungsverhältnis im Sinne BIELINGS würde so nicht bestehen.

Folgendes Zitat von ROMMELSPACHER macht aber wohl recht deutlich, daß sie die Zuspitzung sozialer Problemlagen gar nicht ablehnt, sondern als Bestandteil der Dominanzkultur ansieht:

„Völlig unstrittig ist, daß ein solcher Individualisierungsprozeß seit Jahrzehnten, wenn man es genau betrachtet sogar seit der Industrialisierung, in Gang ist. Keine Frage, daß die Kapitalisierung aller Lebensbereiche inzwischen zu einer Situation geführt hat, in der die Einzelnen wie nie zuvor auf sich selbst zurückgeworfen sind. Daß nun allerdings diese Vereinzelung und Auflösung allgemein verbindlicher normativer (grundlegend festgesetzter) Bezüge zwangsläufig zur Suche nach stabilen, rechten Denkmustern führt, ist m.E. keineswegs zwingend. (...) D.h. der Individualisierungsprozeß kann sowohl zu einer

---

<sup>22</sup> Zu diesen Bereich werden nach BIELING die von ROMMELSPACHER kritisierten Ansätze von HEITMEYER, FUNKE und LEGGEWIE (alle 1989) sowie die Idee der Risikogesellschaft von BECK (1986) ansiedeln.

zunehmenden Orientierungslosigkeit wie auch zu einer wachsenden Fähigkeit führen, Uneindeutigkeiten und Widersprüche besser auszuhalten“ (ROMMELSPACHER 1993b).

Vor allem der letzte Satz macht die *eigentlichen* Unterschiede der unter 1. und 2. genannten Ansätze deutlich: die Ansätze der gesellschaftlichen ‘Desintegration’ bewerten die Individualisierung rein negativ und machen diese zur *Ursache* für die sich zuspitzenden gesellschaftlichen Problemlagen. ROMMELSPACHER geht jedoch einen Schritt weiter und fragt danach, unter welchen Umständen diese Individualisierung tatsächlich negativ zu bewerten ist, und unter welchen Umständen sie sich auch positiv äußern kann. Diese Umstände sind nach ROMMELSPACHER entscheidend beeinflusst von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die die Dominanzkultur prägen (vgl. Kapitel 4.2.1).

Der von BIELING aufgestellte These, daß die oben unter 1. und 2. genannten Ansätze in einem Ergänzungsverhältnis stünden, ist demnach nicht zuzustimmen. Die Aspekte der gesellschaftlichen ‘Desintegration’ sind im Konzept der Dominanzkultur schon enthalten.

#### **4.6 Bewertung des Dominanzkultur-Konzepts**

ELIAS/SCOTSON stellten in ihrer Etablierte/Außenseiter-Untersuchung fest, daß das Muster, „nach dem übermächtige Gruppen weltweit ihre Außenseitergruppen stigmatisieren (...) *über alle kulturellen Unterschiede hinweg*“ gleichförmig sei (ELIAS/SCOTSON 1990: 21, Hervorhebung von mir). Hiermit folgen diese beiden Autoren den zentralen Aussagen von ELIAS’ Zivilisationstheorie (1997 und 1978), die in Kapitel 4.2.4 schon erwähnt wurden. ELIAS macht in dieser Theorie beispielhaft an der Entwicklung der Gesellschaften in Deutschland, Frankreich und England deutlich, wie der Zivilisationsprozeß vor sich gegangen ist, formt daraus eine für alle Räume und Gesellschaften gültige Zivilisationstheorie und „verleiht seinem Werk damit den Charakter einer menscheitsumfassenden Sozialtheorie“ (LINDNER 1996: 523). Daraus folgert ELIAS aber *nicht*, daß der Zivilisationsprozeß in allen Gesellschaften so vor sich gehen muß, wie in den ‘westlichen’ oder auch ‘abendländischen’ Gesellschaften, wie ELIAS sie nennt. LINDNER merkt dazu an, daß eine solche universale Theorie als „relativistische Betrachtung unterschiedlicher Kulturräume, die bis zur pauschalen Analyse fremder Kulturen unter abendländischen Vorzeichen reicht“, zu einer Kritik herausfordern würde, die er nur andeuten könne (LINDNER 1996: 523).<sup>23</sup>

---

<sup>23</sup> zu weiterer Kritik an ELIAS siehe: MAURER, M. (1989); und direkt: DUERR, H. P. (1988): Der Mythos des Zivilisationsprozesses. Band 1: Nacktheit und Scham. 2. Aufl., Frankfurt am Main; DUERR, H. P. (1988): Der Zivilisationsprozess - ein Mythos. In: Psychologie heute. Jg. 15. H. 4. S. 30; DUERR, H. P. (1990): Der

Aus diesen Überlegungen ergibt sich die Frage, wo nun das Konzept der Dominanzkultur, das ja von ELIAS zumindest beeinflusst ist, gültig ist. ROMMELSPACHER definiert den Begriff der Kultur speziell für die 'westlichen' Gesellschaften<sup>24</sup>, und beschreibt den gesellschaftlichen Prozeß, in dem diese Dominanzkultur entstanden ist, anhand verschiedener Aspekte, die eben für diese 'westlichen' Gesellschaften typisch sind. Dazu gehören zum Beispiel die Kolonialisierung im 19. und 20. Jahrhundert (ROMMELSPACHER 1995: 17f), der Universalismusgedanke (ROMMELSPACHER 1995: 15f) und die Erfahrung von „Herrschaft und Unterdrückung“ (ROMMELSPACHER 1995: 22).

Angenommen, daß das Muster „nach dem übermächtige Gruppen weltweit ihre Außenseitergruppen stigmatisieren“ (ELIAS/SCOTSON 1990: 21) tatsächlich überall gleich ist, schließen sich daran unmittelbar die Fragen an, *wo* denn die Ursachen für eine Differenzierung in „übermächtige Gruppen“ und „Außenseiter“ liegen. Das Konzept der Dominanzkultur stellt für die Bereiche dieses Planeten, die zur 'westlichen' Kultur gerechnet werden können, eine brauchbare Basis dar, um eine Erklärung für dominantes Verhalten, und damit das 'Muster', nach dem Ausgrenzung funktioniert, zu liefern. Das heißt jedoch wiederum nicht, daß einzelne Aspekte der Dominanzkultur nicht trotzdem universell gelten können. Die Durchkapitalisierung der ganzen Welt zeigt dies deutlich: sie ist sowohl wesentlicher Bestandteil der Dominanzkultur als auch in anderen 'nicht-westlichen' Gesellschaften immer bedeutender, und es gibt kaum noch Regionen ohne diesen Einfluß.

In der Dominanzkultur werden zunächst keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen, die sie bilden, gemacht. Es wird hier nicht auf primordiale Merkmale von Gruppen als Erklärungskategorie zurückgegriffen, anhand derer sich eine Einteilung und Hierarchisierung quasi 'zwangsläufig' oder auf 'natürlichem Wege' ableiten ließe. Phänomene wie Rassismus, Sexismus, ökonomische Ausbeutung und Ethnisierung sind durch dieses Konzept allesamt Folgen von *Machtunterschieden* und deswegen sozial konstruiert. Diese Machtunterschiede sind das entscheidende Merkmal ungleicher Gruppenbeziehungen. „Die Betonung ethnischer, kultureller oder religiöser Unterschiede lenkt davon ideologisch ab“ (WALDHOFF 1995: 25).

Das Dominanzkultur-Konzept geht damit den *Ursachen* für die gesellschaftlichen Verhältnisse auf den Grund und bleibt nicht auf halbem Wege stecken. Diese Ursachen und die Folgen,

---

Mythos des Zivilisationsprozesses. Band 2: Intimität. Frankfurt am Main; DUERR, H. P. (1993): Der Mythos des Zivilisationsprozesses. Band 3: Obszönität und Gewalt. 2. Aufl., Frankfurt am Main.

<sup>24</sup> siehe Kapitel 4.2.1

die sich daraus ergeben, sind jedoch nicht im Sinne einer linearen Ursachen-Wirkungs-Kette zu sehen, woraus sich quasi eine 'anfängliche' Ursache für alles darauf Folgende ergäbe. ROMMELSPACHER betont mehrfach die zunehmende Ausdifferenzierung der Gesellschaft, die sich unter anderem in zunehmender Arbeitsteilung und sozialer Individualisierung äußert. Die Gesellschaft wird dadurch 'vielschichtiger', und die Figurationen, die die Menschen miteinander bilden, könnte man sich als ein immer dichter werdendes Netzwerk<sup>25</sup> von Beziehungen zueinander vorstellen, ähnlich wie das „Machtgeflecht“, von dem ROMMELSPACHER spricht.<sup>26</sup> Gesellschaftliche Veränderungen sind in diesem Netzwerk eine Folge vieler Handlungen, in denen einzelne Menschen kaum in der Lage sind, den gesamten Prozeß der Veränderung zu steuern. Diese Steuerungsmöglichkeiten variieren aber auch je nach Machtposition der einzelnen Menschen.

Diese Betonung der Prozeßhaftigkeit ist wichtig für das Konzept, weil es erst dadurch eine Erklärung der gesellschaftlichen Veränderungen ermöglicht. Mit anderen Worten: eine Erklärung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ist nicht allein aus dem aktuellen Stand dieser Gesellschaft zu erklären, sondern auch durch den Weg, den diese Gesellschaft bis dahin gegangen ist.

Das Konzept bewegt sich dabei sowohl auf mikro- als auch auf makrotheoretischer Ebene, was durch den Bezug zu ELIAS betont wird, denn ELIAS hat mit seiner Figurations- und Prozeßsoziologie einen Ansatz entwickelt, der weder der makro- noch der mikrosoziologischen Theoriebildung allein zugeschrieben werden kann, sondern der „seine Eigenständigkeit gerade in der Überwindung der Dichotomien Mikro - Makro bzw. Individuum - Gesellschaft“ hat (SCHÄFERS 1995b: 326).

Insgesamt bietet das Dominanzkultur-Konzept einen geeigneten Erklärungsansatz für die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und deren bisheriger Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland sowie für Verhalten von Menschen in dieser Gesellschaft. Abschließend stellt sich die für diese Arbeit entscheidende Frage, ob dieses Konzept auch auf die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden TürkInnen anwendbar ist, da wie schon erwähnt das Konzept der Dominanzkultur nicht auf die in Deutschland lebenden 'Ausländer' eingeht. Dies soll im nächsten Kapitel diskutiert werden.

---

<sup>25</sup> hier ist der umgangssprachliche Begriff gemeint, nicht unbedingt der wissenschaftliche des 'Sozialen Netzwerks'.

<sup>26</sup> vgl. Kapitel 4.2.7.

## **5 Eingewanderte und Dominanzkultur**

Die beiden folgenden Kapitel betrachten zwei Seiten von Eingewanderten in der Dominanzkultur: einmal, wie sie als 'Mächtige' in der Dominanzkultur zu sehen sind und agieren, und einmal, wie sie 'machtlos' in der Dominanzkultur sind.

### **5.1 Eingewanderte als „Mächtige“ in der Dominanzkultur**

Wie eingangs erwähnt, können nach dem Konzept der Dominanzkultur Machtdifferenzen und allgemein die Angst vor Privilegienverlust und die Sicherung des Zugangs zu Ressourcen zu Abwehrhaltungen führen. Die Frage, die sich hier stellt, ist, inwieweit die Eingewanderten in dieser Dominanzkultur 'mächtig' sein können. Dabei geht es natürlich nicht um ein dichotomes 'nur mächtig' oder 'nur machtlos', sondern darum, wie weit „die Einzelnen der dominanten Kultur verhaftet sind“ (ROMMELSPACHER 1992: 92). Mit anderen Worten: in welchen Bereichen sind die Eingewanderten eher mächtig und in welchen eher machtlos; wie sind sie in das „Machtgeflecht“ eingebunden. Um nun die Macht in der Dominanzkultur einschätzen zu können, will ich im Folgenden verschiedene Aspekte der Einwanderergesellschaft betrachten.

#### **5.1.1 Zum Lebensmittelpunkt der Eingewanderten**

Mit den Enkeln der Eingewanderten befindet sich inzwischen die dritte Generation der ArbeitsmigrantInnen in der Bundesrepublik Deutschland. Schon ab der zweiten Generation gab es Konflikte zwischen den Kindern und ihren Eltern. Die Eingewanderten der ersten Generation waren durch „Normengefüge, Wertvorstellungen und Lebensformen der Herkunftsgesellschaft“ geprägt, während sich ihre Kinder dem Aufnahmeland Bundesrepublik Deutschland mental wesentlich näher fühlten. Die hier Geborenen wollen fast ausnahmslos hierbleiben und haben teilweise kaum noch Bezug zu dem Land, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen. Zum Beispiel werden die TürkInnen, die als TouristInnen in die Türkei fahren, von den dort lebenden TürkInnen als „Deutschlinge“ bezeichnet (FIRAT 1996: 59). Sie befinden sich damit in einer „sozialen Triade“, in der sie sowohl von den TürkInnen in der Türkei wie von den Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland als Minderheit angesehen werden (FIRAT 1996: 81).

Die Eingewanderten vor allem der zweiten und dritten Generation sind nicht „Fremde mit deutscher Aufenthaltsgenehmigung, sondern Deutsche mit einem fremden Paß“. Dies gilt aber weniger für die erste Generation (BADE 1994b: 43ff; vgl. TREIBEL 1990: 142), welche größ-

tenteils kurz vor dem Rentenalter steht und daher von einer ganz anderen Angst als der des Besitzstandsverlustes geprägt sein mag: der Gefahr der Vereinsamung.<sup>27</sup>

Bei einer Befragung, die 1988 in Berlin stattfand, äußerten 37% der TürkInnen und 52% der JugoslawInnen, sie würden sich als Deutsche fühlen, allerdings nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern weil sie in der Bundesrepublik Deutschland aufgewachsen sind. 60% der TürkInnen und 70% der JugoslawInnen wollten die deutsche Staatsbürgerschaft haben (BADE 1994b: 49f). Einer neuesten Studie zufolge „bekunden 55 Prozent der Immigranten aus den ehemaligen Anwerbestaaten ein deutliches Interesse an der deutschen Staatsangehörigkeit - allerdings unter der Voraussetzung, auf die zweite Staatangehörigkeit nicht verzichten zu müssen“ (REDMANN 1997). Dabei befinden sich TürkInnen mit 62% und JugoslawInnen mit 69% an der Spitze.

Dies sind wohl nur einige ausgewählte Zahlen, sie geben jedoch Hinweise darauf, wo die Eingewanderten, aus welchen Gründen auch immer, ihren Lebensmittelpunkt sehen. In einem Zeitungsartikel spricht der Autor SENOCAK davon, daß die Türken in Deutschland vor allem eines wollten: aufsteigen. „Sie wollen in Ruhe gelassen werden, um Erfolg in dieser Gesellschaft zu haben“ (SENOCAK 1995).

Nimmt man zum Beispiel die Selbständigen, so zeigt sich, daß es auch bei ihnen Personen mit „privilegierten gesellschaftlichen Positionen“ gibt, die „am ehesten ein Interesse an der Bewahrung der realen Verhältnisse [haben]. Doch auch die ‘kleinen’ Selbständigen zeigen allzumeist eher konservative, bewahrende Einstellungen (...)“ (STAMBULIS 1994: 74). Genau dies ist ja typisch für Dominanzkultur: die Bewahrung von Macht und Privilegien, die zu einer Hierarchisierung führt. Die Vehemenz, mit der gerade die TürkInnen versuchen könnten, zur ‘Gewinnerseite’ zu gehören, mag noch davon beeinflusst werden, daß sie (neben den Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien) nicht zur EU gehören und damit als sogenannte ‘Drittstaatler’ einer besonderen Situation unterliegen (siehe dazu Kapitel 5.2.4).

### **5.1.2 Nachweis gesellschaftlicher ‘Integration’ durch Organisationen und Organisation**

Unter den Eingewanderten gibt es einerseits Zeichen dafür, durch die Betonung kultureller Unterschiede ihre Differenz zur ‘deutschen’ Kultur zu zeigen, andererseits wird aber auch

---

<sup>27</sup>siehe dazu z.B. KAATZ, Anja (1994): Und nun bleiben wir hier. Auf ein Alter in Deutschland sind die Arbeit-simmigrantInnen nicht vorbereitet - und die deutsche Gesellschaft ist es auch nicht. In: taz - die tageszeitung vom 30.11.1994; ÖZAKIN, Sedef (1993): Ausländische Arbeitnehmer vor dem Rentenalter am Beispiel türkischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Literaturanalyse mit Fallstudien. Konstanz.

versucht, die Wichtigkeit der ‘ausländischen Mitbürger’ in diesem Land deutlich zu machen. ERDEM nennt als Beispiel das Zentrum für Türkeistudien, das seine Forschungsaufgabe vielfach darin sehe, „den Nachweis zu führen, daß MigrantInnen sich in der Sozialstruktur mehr und mehr der einheimischen Bevölkerung angeglichen haben“ (ERDEM 1995: 129). Ein weiteres Beispiel ist die recht starke Organisation von Eingewanderten in den Gewerkschaften und bei den Grünen. Gerade durch die parteipolitische Organisierung glauben einige, den institutionellen Rassismus, also die per Gesetz geschaffenen Ungleichheiten, abbauen und die doppelte Staatsbürgerschaft einrichten zu können. Die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz, wie es Bündnis 90/Die Grünen 1992 taten, beinhaltet laut ERDEM allerdings den Glauben, „durch die formelle Zugehörigkeit und die Weiterreichung von Ausgrenzung die eigene Ausgrenzung zu überwinden“ (ERDEM 1995: 129).

### **5.1.3 Unterstützung restriktiver Einwanderungspolitik**

Um bei den Parteien zu bleiben: Aufgrund der Tatsache, daß die CDU/CSU eine restriktivere Migrationspolitik als SPD<sup>28</sup> und FDP betreibt, und daß vor allem die Grünen eher zu einer differenzierteren Einwanderungspolitik stehen, kann man unterstellen, daß die Unterstützung der momentanen Regierungsparteien ein Votum für eine Migrationspolitik ist, die aufgrund ihrer Restriktivität in bezug auf weitere Einwanderung die Partikularinteressen der hier schon lebenden Eingewanderten besser schützt. Nimmt man nun die Tatsache hinzu, daß die Annahme, „Ausländer würden überwiegend links wählen, ein Irrtum ist“ und daß bei einer Gewährung des Wahlrechts „ein beachtlicher Teil von Ausländern für konservative Parteien stimmen“ würde (CEYHUN 1994), so ergibt sich das Bild, daß Machtunterschiede aufrechterhalten und Privilegien gesichert werden sollen. Eine gemeinsame Basis, aufgrund der sich verschiedene MigrantInnengruppen zusammenschließen könnten, wird nicht gesehen. Zum Teil wird die Zustimmung zur Politik der momentanen Regierungsparteien mit patriotischen Erklärungen untermauert, die den Grünen und der SPD zwar eine „gute Migrationspolitik“ bestätigen, sie jedoch gleichzeitig als „Feinde der Türkei“ nicht akzeptabel erscheinen lassen (CEYHUN 1994).

Die eben erwähnten Aspekte sind Hinweise darauf, daß zumindest ein Teil der Eingewanderten ihren Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik Deutschland sehen und in Strukturen der ‘einheimischen’ oder ‘deutschen’ Dominanzkultur eingebunden sind - daß sie also unter einem gewissen ‘Einfluß’ der Dominanzkultur stehen. Damit sollen aber nicht alle Eingewan-

---

<sup>28</sup> bisher jedenfalls, wenn man die populistischen Äußerungen von Schröder im Sommer 1997 außer acht läßt, in denen er sich sehr stark an die Forderungen der Bundesregierung zur Abschiebung von ‘kriminellen Ausländern’ annäherte.

dernten über einen Kamm geschoren werden. Auch bei ihnen gibt es sicherlich Menschen, die verschieden stark mit der Dominanzkultur verhaftet sind und es eventuell gelernt haben, sich davon zu distanzieren. Es wäre auch sicherlich verkehrt, die Rolle der Eingewanderten in der Dominanzkultur als den Deutschen ähnlich anzusehen. Dazu sind sie immer noch viel zu sehr benachteiligt, wie in Kapitel 5.2 gezeigt wird.

Ein Teil der oben genannten Aspekte betrifft vor allem Eingewanderte, die sich schon eine relativ gute Position in der Gesellschaft erarbeitet haben: Selbständige, aktive Parteimitglieder, Aktive in Gewerkschaften. Zur Frage, wie es bei den vielen Eingewanderten, die wirklich ‘ganz unten’ arbeiten und kaum als Träger von irgendwelchen Privilegien und Macht angesehen werden können, aussieht, können an dieser Stelle aufgrund der mangelnden Literatur keine Aussagen gemacht werden.

#### **5.1.4 Sozialisierung in der Dominanzkultur**

Selbst ohne die eben erwähnten einzelnen Hinweise und Beispiele ist es möglich, eine gewisse Mächtigkeit der Eingewanderten in der Dominanzkultur herzuleiten. Dies ergibt sich schon aus dem theoretischen Konzept der Dominanzkultur, denn es gehören alle dazu, die in dieser ‘westlichen’ Gesellschaft aufgewachsen sind (ROMMELSPACHER 1992: 81). Greift man ROMMELSPACHERS These auf, daß schon in der Kindheit gelernt wird, anhand des Geschlechterunterschiedes zu hierarchisieren, so trifft dies genauso für die Kinder der Eingewanderten zu. Sie mögen vielleicht in anderen kulturell-religiösen Bezügen innerhalb der Familie und deren Umfeld aufwachsen und dabei auch geprägt werden, doch die Sozialisation findet auch in der Schule, über FreundInnen, über das Fernsehen usw. statt und damit innerhalb des gesellschaftlichen Systems, dem alle hier lebenden Menschen ‘ausgesetzt’ sind (vgl. FIRAT 1996: 68ff; LAJIOS 1991: 44ff), und hier wirken die Mechanismen, die zur Dominanz als Abwehr führen können: „Sie müssen sich täglich in vielfältigen Formen mit dem deutschen Umfeld (Arbeitsplatz, dem kulturellen, schulischen, freizeitlichen etc. Bereich) auseinandersetzen“ (ÖZCAN 1989: 344).

#### **5.1.5 Räumliche Segregation und Koloniebildung**

Die räumliche Segregation bietet laut BIELING eine Möglichkeit für sozial schlechtergestellte und benachteiligte Gruppen, trotzdem herrschend, und damit dominierend sein zu können (BIELING 1993: 153). Er macht dies an der Gruppe der abhängig Beschäftigten fest, die sich in bestimmten Lebensbereichen, hier zum Beispiel einem Stadtviertel, eingerichtet haben und sich

als „Eigentümer“ fühlen. Daraus leiten sie dann im Falle eines Konflikts mit einer anderen Gruppe ab, „abweichendes Verhalten selbstherrlich zu sanktionieren“ (BIELING 1993: 153; vgl. ELIAS/SCOTSON 1990). Im Sinne der Dominanzkultur bedeutet dies aber nicht nur eine Hierarchisierung nach außen, sondern, durch das prinzipielle Annehmen von und Denken in Hierarchien, auch eine Hierarchisierung innerhalb der Gruppe. Es kann davon ausgegangen werden, daß sich dieses Prinzip auch auf die Einwanderergesellschaften übertragen läßt. STAMBULIS zeigt dies am Beispiel der selbständigen Eingewanderten, die eine „politisch dominierende Rolle (...) in bestimmten Stadtteilen, in denen ein großer Teil der eigenen Herkunftsnationalität wohnt, spielen oder übernehmen, wobei im einzelnen zu klären wäre, inwieweit sie politische Funktionen und Aufgaben zu eigenen Vorteilen verwandeln oder einsetzen“ (STAMBULIS 1994: 74). Die Erhaltung und Unterstützung der „ethnischen Community“ ist für die Selbständigen daher von „existentiellem Interesse“ (STAMBULIS 1994: 73). Das verwundert natürlich nicht, denn ein gewisser Teil der MigrantInnenökonomie ist auf die speziellen Bedürfnisse der „Communities“ ausgerichtet und dadurch davon abhängig. Zugleich sind die Selbständigen als TeilnehmerInnen an der ‘Logik des Marktes’ dazu gezwungen, bestimmte Handlungsweisen und aktuelle Tendenzen in der Wirtschaft (freiwillig oder unfreiwillig) zu übernehmen. So können manche Betriebe nur noch überleben, wenn sie Methoden der informellen Ökonomie und Schattenwirtschaft anwenden (STAMBULIS 1994: 73). Die damit verbundenen Denk- und Handlungsweisen werden sich möglicherweise zu einem gewissen Grad auch in andere Bereiche der Selbständigen hinein verbreiten, zum Beispiel in die Familie und in den Umgang mit anderen MigrantInnengruppen, und sie sind eindeutig Aspekte der Dominanzkultur. Die Angst vor Privilegienverlust kann sich zum Beispiel darin äußern, daß „die CSU, die gewalttätige Kurden abschieben will, (...) dem kleinbürgerlichen türkischen Ladenbesitzer, der sein Hab und Gut geschützt sehen will, lieber [ist] als eine mit Gewalt kokettierende Linke“ (SENOCAK 1995).

#### **5.1.6 Eingewanderte als gleichzeitige Subjekte und Objekte von Rassismus**

Nun mag es zunächst paradox sein, daß die Opfer von rassistischen Anschlägen selber rassistisch sein können. Jedoch:

„(...) die Geschichte des Rassismus verändert alle Mitglieder der dominanten Gesellschaft - auch wenn sie selbst diskriminiert sind. (...) Das heißt, die innerhalb der dominanten Gesellschaft Diskriminierten sind nicht nur qua falschem Bewußtsein an der Aufrechterhaltung von Rassismus interessiert, sondern eben auch um der Stärkung ihrer ei-

genen Position und Bewahrung ihrer Privilegien willen. Sie sind nicht einfach, wie wir inzwischen aus feministischen Diskussionen wissen, Mittäter und Mittäterinnen, die nur notgedrungen in die herrschende Ordnung einwilligen, sondern im Rassismus kommen auch ihre eigenen Interessen an Dominanz zum Ausdruck“ (ROMMELSPACHER 1995: 53).

Dies äußert sich unter anderem dadurch, daß auf vielen Ebenen versucht wird, „staatliches und zivilgesellschaftliches Terrain zur Erhöhung des gesellschaftlichen Einflusses der „eigenen“ Gruppe zu erobern“. ERDEM nennt da als Beispiele die ethnisch abgegrenzte Organisation in Ausländerbeiräten und die Gründung türkischer Zentren zur Einflußnahme auf die lokale Politik (vgl. ÖZCAN 1989). Hierdurch drücke sich der Wille aus, „die andere Seite der Macht zu erreichen, um von dort aus nicht mehr Opfer bestehender rassistischer Machtstrukturen sein zu müssen“ (ERDEM 1995: 130). Und so ist es nach SENOCAK kein Wunder, daß „diejenigen, die vor dem eigenen Rassismus die Augen schließen, am lautesten schreien, wenn sie selbst Opfer sind“ (SENOCAK 1995). Dies darf nun nicht so interpretiert werden, daß alle Eingewanderten, die sich organisieren und versuchen, Einfluß zu nehmen, bewußt rassistisch handeln, um andere auszugrenzen. Ihre Einstellung hängt natürlich auch mit der Art von Organisation zusammen, in der sie sind, also der politischen Richtung der jeweiligen Organisation. Das Spektrum reicht da über alle bekannten politischen Bereiche; von links- bis rechtsextrem (ÖZCAN 1989: 338ff). Gerade das Vertreten von Partikularinteressen in solch ‘ethnisch spezialisierten’ Organisationen ist bezeichnend für Dominanzkultur: die Eingewanderten werden durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, wie sie die Dominanzkultur beschreibt, quasi ‘automatisch’ dazu hingeführt, auf ‘ethnisch’ getrennter Art und Weise ihre Interessen zu vertreten. Die Erkenntnis eines gemeinsamen Bewußtseins als Opfer rassistischer Strukturen und die sich daraus ergebenden Handlungen sind im Sinne der Dominanzkultur nur mit den schon beschriebenen Distanzierungsleistungen möglich, die für die Eingewanderten ähnlich schwierig sein werden wie für die Einheimischen.

### **5.1.7 Die Erklärungskraft ethnischer, religiöser oder kultureller Unterschiede**

Schon per Definition von ROMMELSPACHER ist ‘Kultur’ nicht nur der ‘folkloristische’ Teil einer Gesellschaft, sondern unterliegt auch ökonomischen, politischen und staatlichen Einflüssen, die auch die Eingewanderten prägen. In diesem Zusammenhang erscheint es zunächst bedeutsam, daß im Rahmen von Selbstethnisierungserscheinungen die Eingewanderten versuchen, sich mit Hilfe des ‘folkloristischen’ Teils der Kultur von den ‘Deutschen’ abzugrenzen und diesen Teil noch deutlicher betonen, als sie es in ihrem Herkunftsland taten (FIRAT 1996:

58ff; SENOCAK 1995; WALDHOFF 1995: 216f). Doch letztendlich ist dies für die Macht in der Dominanzkultur nebensächlich - es verändert höchstens die Rolle oder Position in der Dominanzkultur, führt aber nicht zu einer Ausschließung aus dieser. Wie schon mehrfach gesagt: religiöse, ethnische, kulturelle Unterschiede sind keine Erklärungskategorien für Dominanzkultur. Der Kern ist und bleiben die Machtunterschiede.

Nun könnte man einwenden, daß die Dominanzkultur ja unter anderem auch durch die *Traditionen* von Herrschaft vermittelt wird (vgl. Kapitel 4.2.1), die unter anderem in der Kolonialisierung und dem Christentum mit seinem „expansiven Missionsgedanken“<sup>29</sup> ihren Ausdruck fanden (ROMMELSPACHER 1990), und daß diese für die Eingewanderten keine Wirkung haben. Dieser Einwand ist berechtigt und hat wohl für die ArbeitsmigrantInnen der ersten Generation Gültigkeit: sie waren durch „Normengefüge, Wertvorstellungen und Lebensformen der Herkunftsgesellschaft“ geprägt (FIRAT 1996: 59). Doch der *Einfluß*, den die Dominanzkultur gerade auf das Leben der jüngeren Eingewanderten hat, wurde in diesem Kapitel gezeigt. Dadurch sind sie vielleicht nicht auf die *gleiche* Art und Weise mit der Dominanzkultur „verhaftet“ wie die einheimischen Deutschen, sondern auf *ähnliche*: die anderen Aspekte der Dominanzkultur wie Wirtschaftsweise oder Privilegiensicherung überwiegen hier die Traditionen von Herrschaft. „Die Betonung ethnischer, kultureller oder religiöser Unterschiede lenkt davon ideologisch ab“, daß eben die Machtdifferenzen Kern der Gruppenbeziehungen sind (WALDHOFF 1995: 25).

## **5.2 Eingewanderte als „Machtlose“ in der Dominanzkultur**

Im vorangegangenen Kapitel wurde gezeigt, daß Eingewanderte eine gewisse ‘Macht’ in der Dominanzkultur besitzen, die je nach persönlicher sozialer Lage unterschiedlich ausgeprägt ist. Demnach müßten auch sie dem für die Dominanzkultur typischen Denken in Hierarchien unterliegen und ebenfalls in ein Machtgeflecht eingebunden sein, in dem sie sowohl dominant sind als auch dominiert werden. Daher sind sie auch gleichzeitig ‘machtlos’, was im Folgenden an ausgewählten Bereichen gezeigt wird.

### **5.2.1 Rassismus**

Schon seit ihrer Ankunft waren die ‘Gastarbeiter’ fremdenfeindlichem Verhalten und Parolen ausgesetzt. Dies äußerte sich von ‘einfachen’ Wandschmierereien, über die Zuschreibung bestimmter Attribute zu bestimmten Einwanderergruppen („unsauber“, „stinkend“) bis zu ge-

walttätigen Übergriffen, bei denen es bekanntlich auch zu Todesopfern kam. Hier sei nur an die Mordanschläge von Mölln und Solingen erinnert. In ihnen drückt sich der gewalttätige Rassismus (Rechtsextremismus) aus, der Teil der Dominanzkultur ist. Da die Dominanzkultur hier aber viel weiter aufgefaßt wird und auch die 'weicheren' Formen des Rassismus beinhaltet, sollen in den folgenden Kapiteln vor allem diese betrachtet werden.

Auf Seiten derjenigen, die eigentlich Argumente für die Eingewanderten und für Migration sammeln, wird gelegentlich behauptet, daß die MigrantInnen vor allem für die Deutschen funktional sind, auch wenn dies vielleicht gar nicht so beabsichtigt und eigentlich 'gut gemeint' war. Nimmt man z.B. den „Gemeinsamen Aufruf von DGB und Arbeitgebern gegen Ausländerfeindlichkeit“ vom 11. Januar 1993, so findet man darin typische Passagen wie diese: „Viele Ausländer üben Tätigkeiten aus, die mit *schwerer, körperlicher Arbeit* verbunden sind. *Sind zu diesen Arbeiten Deutsche immer bereit?*“ oder: „Die in Deutschland lebenden Ausländer geben fast alles, was sie bei uns verdienen, auch bei uns aus. Damit stützen sie *unsere Konjunktur* und erhalten Arbeitsplätze“ und zuletzt: „Bei der Rentenversicherung zahlen sie sogar mehr ein als sie herausbekommen. Sie sichern damit auch *unsere Renten*“ (DGB 1996: 11, Hervorhebungen von mir). Dahinter steckt der Gedanke, deshalb nicht ausländerfeindlich zu sein, weil es *uns* (also den Deutschen) selbst Schaden zufügt und 'wir' uns damit in eigene Fleisch schneiden. Andersherum impliziert dies aber auch: haben MigrantInnen keine Funktion für 'uns', dann kann man ruhig ausländerfeindlich sein. Auf ähnliche Weise funktionierte die Argumentation im Nationalsozialismus: da wurde gegen die Judenverfolgung eingewandt, „daß damals ausgerechnet die fähigsten und willigsten Volksgenossen als volksfremd ausgestoßen und vernichtet wurden. Die *Elite des deutschen Geistes* (...) aus reinem 'Rassedünkel' verloren (...). Was dieselben Kritiker wohl einzuwenden wüßten, wenn sich unter den Juden weniger Vorzeigedeutsche befunden hätten?“ (GEGENSTANDPUNKT 1995: 11)

Desweiteren geht es darum, einen 'guten Eindruck' zu machen: „Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß drohen das Klima in unserem Land zu vergiften. (...) Das gefährdet den inneren Frieden, *das Ansehen unseres Landes, unserer Wirtschaft* und letztlich auch Arbeitsplätze“ (DGB 1996: 10, Hervorhebung von mir). Mit keinem Wort wird hier erwähnt, daß es allein deshalb schon richtig ist, gegen Ausländerfeindlichkeit zu sein, weil *Menschen gegen ihren*

---

<sup>29</sup> inwieweit das Missionieren anderer Länder mit einem echten Glauben der Missionare erklärt werden kann oder auf verdeckte materielle Interessen der Kolonialstaaten und der Kirche beruht, sei dahingestellt.

*Willen physischen und psychischen Schaden* nehmen, und weil ihnen die Möglichkeit genommen wird, sich ihren eigenen Bedürfnissen entsprechend zu verwirklichen.

Die Funktionalisierung von MigrantInnen kommt immer wieder durch, und sei es auch versteckt unter dem Deckmantel des ‘Antirassismus’, wie oben gesehen. Hieran sieht man vielleicht, wie weit die Dominanzkultur wirkt. Obwohl man glaubt, man würde etwas gegen Ausländerfeindlichkeit tun (was ich den AutorInnen des DGB-Papiers zunächst einmal unterstellen will), schwingen die Gedanken von Hierarchisierung und Macht zwischen den Zeilen wieder mit.

### **5.2.2 Arbeitsmarkt**

Der Arbeitsmarkt ist mit seinen Veränderungen „für die in abhängiger Stellung Arbeitenden zentrale Instanz ihrer Zuteilung von Ressourcen, Risiken, ‘Lebenschancen’ und insgesamt ihrer Position in der Hierarchie gesellschaftlicher Ungleichheit“ (HECKMANN 1992: 78, in: BIELING 1993: 121). Auf ihm entscheidet sich die gesellschaftliche „Integration oder Desintegration“ (HEITMEYER 1992: 626), so daß er sozusagen eines *der* ‘Felder’ ist, auf dem Machtunterschiede bestehen und Machtkämpfe ausgetragen werden. Dies gilt genauso für die Eingewanderten, die jedoch durch restriktive Gesetze im Vergleich zu den Deutschen und den EU-InländerInnen stark benachteiligt sind (vgl. Kapitel 5.2.4).

Neben der Sicherung des Einkommens bedeutet ein Arbeitsplatz für die Eingewanderten zusätzlich noch den Schutz vor einem Entzug der Aufenthaltsgenehmigung in der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus wirken sich Faktoren wie Lohnhöhe und Arbeitsumfeld auf die Lebenssituation der Eingewanderten aus und zeigen deutlich die Benachteiligung, die sie auch heute noch auf dem Arbeitsmarkt und durch die Beschäftigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland erfahren. Dazu will ich nun einige Fakten nennen:

„Ausländische ArbeiterInnen verdienen auf allen Qualifikationsstufen im Durchschnitt weniger als deutsche Arbeitnehmer“ (GEISSLER 1992: 28, in: STAMBULIS 1994: 58). Sie sind einem erhöhten Beschäftigungsrisiko ausgesetzt, weil sie bei Entlassungen oft die ersten sind, die es trifft, wodurch sich ihre überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit ergibt, die heute fast doppelt so hoch ist wie die der Deutschen (SCHÄFER 1994: 146). Sie „verrichten einen Großteil der unqualifizierten, ungelernten und angelernten Arbeit (...); diese Arbeit ist körperlich und/oder nervlich besonders belastend, schmutzig und unfallgefährdet (...)“ (HECKMANN

1981: 161, in: SCHÄFER 1994: 140). Diese Arbeiten werden in vielen Fällen von den Deutschen gemieden und bilden daher für viele Eingewanderte die einzige Möglichkeit, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Gerade weil viele der Eingewanderten unter solchen schlechten Bedingungen arbeiten, werden sie von Einheimischen mit dem Etikett behaftet, sie seien nur für eben solche Arbeiten geeignet und gar nicht in der Lage, andere Arbeiten auszuführen. Ursache für das Verbleiben auf den unbeliebten Arbeitsplätzen ist der Ausschluß der Eingewanderten aus den betrieblichen Aufstiegsprozessen. Sie sind immer noch einer starken betrieblichen Diskriminierung ausgesetzt, was dazu führt, daß die einheimischen Deutschen in der betrieblichen Hierarchie oft an ihnen „vorbeiziehen“ (SCHÄFER 1994: 144). Hier zeigen sich die Auswirkungen eines ethnisch segmentierten Arbeitsmarktes.

Die Eingewanderten werden also aufgrund der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und im Betrieb dazu gezwungen, physisch und psychisch belastende Arbeiten zu übernehmen mit der Folge der Gefährdung der Gesundheit und früherer Arbeitsunfähigkeit: „Die Arbeitsunfähigkeitsquoten von Nichtdeutschen übersteigen die der Einheimischen erheblich (Mitte der 80er Jahre um 40%)“ (SCHÄFER 1994: 145).

Physische und psychische Belastung am Arbeitsplatz wirkt auch in Bereiche wie Familie und Partnerschaft ein. „So, wie sich die Zufriedenheit mit der beruflichen Tätigkeit auf die Partnerschaft und Elternschaft positiv auswirkt, so können beispielsweise ungünstige Arbeitszeiten, Überforderung, Überlastung, Ärger mit Vorgesetzten oder Kollegen, sprachlich bedingte Artikulationsschwierigkeiten, wahrgenommene Diskriminierung durch Inländer etc. am Arbeitsplatz in mehrfacher Weise die Beziehungen in der Familie beeinträchtigen. Was das Verhältnis des Arbeitsplatzes zum Individual- bzw. Familiensystem anbelangt, kommt HOFER u.a. zu dem zusammenfassenden Ergebnis, daß es „insbesondere Eigenschaften der beruflichen Tätigkeit (...) zu sein scheinen, die mit dem Wertesystem der Erwerbstätigen korrespondieren. Dieses Wertesystem schlägt sich in den Erziehungsvorstellungen nieder““ (FIRAT 1996: 67f). Das bedeutet also, daß sich die Belastung, die der Arbeitsplatz mit sich bringt, auch in die Privatsphäre übertragen kann. Eingewanderte sind hier nicht nur rein ‘Machtlose’ in der Dominanzkultur, sondern transportieren diese Vorstellungen von Hierarchien vielleicht auch in ihre Familien hinein und geben sie an ihre Kinder weiter. An diesem Punkt zeigt sich vielleicht recht deutlich, wie das Verhältnis von Dominanz und dominiert-werden in der Dominanzkultur funktioniert und weitergeben wird - wie Eingewanderte also machtlos und mächtig zugleich sein können.

### **5.2.3 Beschäftigungspolitik**

Die Beschäftigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland war seit je her so ausgerichtet, daß die Eingewanderten als Konjunkturpuffer dienen sollten. Ziel für die Wirtschaft war und ist dabei die möglichst optimale (also billige) Abschöpfung von Arbeitskraft, ohne dabei das soziale Sicherungssystem des Staates zu sehr zu belasten. Das dahinterstehende Konzept der Rotationsmigration war damals Basis für die Anwerbung der ‘Gastarbeiter’ und bildet auch heute wieder die Grundlage für die Kontingente der Werkvertrags- und SaisonarbeiterInnen und der GrenzgängerInnen. Eingewanderte waren sowohl überproportional am konjunkturellen Zuwachs von Arbeitsplätzen beteiligt als auch besonders stark vom Arbeitsplatzabbau in Krisenzeiten betroffen. „Entscheidend ist allerdings, inwieweit es ihnen gelingt, dauerhaft auf Arbeitsplätzen beschäftigt zu bleiben, die ihnen ausreichende Einkommen sichern und ihre Gesundheit nicht ruinieren. Genau hier sind Zweifel angesagt“ (SCHÄFER 1994: 143).

Die Eingewanderten hatten also ganz klar die Funktion, den Wohlstand der Deutschen zu sichern: „Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte hatte den Zweck, konjunkturelle Arbeitsmarktengpässe abzupuffern, damit ein hemmungsloses Wirtschaftswachstum zu ermöglichen und gleichzeitig die Lohnkosten relativ zu senken“ (SCHÄFER 1994: 139). Auch heute noch unterliegen die Eingewanderten dieser Pufferfunktion. Hier stellt sich für die jetzigen Verhältnisse die Frage, ob dies auch für die Neuen MigrantInnen gilt, und ob bzw. wie die TürkInnen davon profitieren.<sup>30</sup>

### **5.2.4 Rechtliche Hierarchisierung**

In diesem Kapitel soll kurz die hierarchisierende Funktion des Ausländerrechts in der Bundesrepublik Deutschland dargestellt werden, ohne dabei in die Diskussion darüber einzusteigen, ob mit besseren Gesetzen die Diskriminierung verringert oder überwunden werden könnte.

Ich möchte dieses Thema deshalb anschneiden, weil anhand von Gesetzen Regelungen geschaffen werden, mit denen Aspekte der Dominanzkultur aus dem Bereich des Sozialen und Informellen herausgehievt und durch staatliche Anerkennung legalisiert werden. Die Konjunkturpufferfunktion der ArbeitsmigrantInnen ist zum Beispiel funktional für die Deutschen und wird mit Hilfe des Ausländerrechts festgeschrieben. Sie wird nicht explizit erwähnt, ist jedoch eine ganz klar intendierte Folge dieses Gesetzes. Mit Hilfe von Gesetzen können Macht- und Herrschaftsansprüche gesichert werden und erlangen im ‘Rechtsstaat’ dadurch

Legitimität. Der zentrale Aspekt der Dominanzkultur (Macht) findet sich eben auch in den Gesetzen wieder.

Die Zuweisung der deutschen Staatsbürgerschaft unterliegt dem Abstammungsprinzip, im Gegensatz zu vielen anderen Staaten, wo das Territorialprinzip vorherrscht und die Geburt im Land für die Staatszugehörigkeit entscheidend ist. Entgegen allen Fakten legt das deutsche Recht fest, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland ist und versucht mit seinen Gesetzen, der weiteren Entwicklung zum Einwanderungsland bzw. der Bestätigung dieser Tatsache entgegenzuwirken. Ein Einwanderungsgesetz fehlt und ist zum Teil politisch auch nicht gewollt.

Das „Ausländergesetz vom 9.7.1990 schafft eine Möglichkeit zur Hierarchisierung all derjenigen, die weder einen Paß der BRD besitzen noch als Flüchtlinge oder Vertriebene mit sog. deutscher Volkszugehörigkeit (...) gelten“ (WEITKAMP 1995: 95). WEITKAMP spricht hier einen wichtigen Aspekt des Ausländergesetzes an, unterläßt es jedoch, auf eine entscheidende Tatsache aufmerksam zu machen: das Ausländergesetz gilt nur für Nicht-EU-BürgerInnen. Folglich fallen spanische, italienische, portugiesische und griechische ArbeitsmigrantInnen nicht unter dieses Gesetz. Sie unterliegen anderen Gesetzen der EU und der Bundesrepublik Deutschland, in denen unter anderem die Freizügigkeit der EU-ArbeitnehmerInnen geregelt ist.

Das Ausländergesetz ist das „Kernstück der diskriminierenden rechtlichen Regelungen“ und schränkt die Möglichkeit eines selbstbestimmten Lebens ein (DROSSOU/WICHMANN 1991: 209). Es besteht aus einer Vielzahl von Regelungen über Aufenthaltsgenehmigungen, natürlich mit Sonderregelungen und Ausnahmen, und regelt auf komplizierte Art und Weise „die Fragen des Aufenthalts, der Rückkehr, des Familiennachzugs, der Abschiebung, der Beschränkung oder des Verbots der politischen Tätigkeiten u.s.w.“ (FATHI 1996: 63). Die einzige Regelung, die ohne Voraussetzungen, Bedingungen und eine weitere Untergliederung auskommt, ist die der Ausreise: AusländerInnen dürfen frei ausreisen (vgl. FATHI 1996: 50).

Die TürkInnen genießen jedoch im Vergleich zu anderen Nicht-EU-BürgerInnen einige Sonderrechte im Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisrecht. In dem 1964 abgeschlossenen und 1980 präzisierten Assoziierungsabkommen<sup>31</sup> zwischen der EU und der Türkei wird ihnen, unter an-

---

<sup>30</sup> Wir haben es hier mit einer Situation zu tun, die nach ELIAS als Etablierten-Außenseiter-Figuration auf zwischenstaatlicher Ebene gesehen werden kann. Hierzu hat WALDHOFF umfassend gearbeitet (WALDHOFF 1995).

<sup>31</sup> das übrigens im Vergleich zu den anderen Assoziierungsabkommen mit mittelosteuropäischen Staaten „einzigartigen Charakter“ hat (vgl. KRAMER 1995: 3ff)

derem, als Arbeitnehmer grundsätzlich die Freizügigkeit eines EU-Inländers zugestanden. Diese wird in den ersten vier Jahren eingeschränkt durch die Tatsache, daß eine Verlängerung der Arbeitserlaubnis nur möglich ist, wenn eine einjährige „ordnungsgemäße Beschäftigung“ vorlag. Nach diesen vier Jahren „ordnungsgemäßer Beschäftigung haben die türkischen Arbeitnehmer freien Zugang zu jeder von ihnen gewählten Beschäftigung im Lohn- und Gehaltsverhältnis“ (GUTMANN 1997: 391). Der Zweck eines solchen Assoziierungsabkommens soll es sein, die Türkei in drei Phasen wirtschaftlich so weit an die Gemeinschaft heranzuführen, „daß die Vertragsparteien die Möglichkeit eines Beitritts der Türkei zur Gemeinschaft prüfen können“ (NOLTE 1987, 756).

Es gab jedoch auch Diskussionen darüber, ob die Regelungen des Assoziierungsabkommens durchsetzbare Rechtsansprüche von TürkInnen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland beinhalte und damit über den Rechtsweg eingeklagt werden können. Deutsche Gerichte verneinen dies, der Europäische Gerichtshof bejaht dies. Hintergrund dieser Debatte ist die Tatsache, daß eigentlich innerhalb einer Frist bis 1986 verbindlich geregelt werden sollte, was diese Freizügigkeit bedeutet. Der dafür zuständige Assoziationsrat hat sich jedoch in seinen Beschlüssen lediglich darauf beschränkt, die Situation der schon in Deutschland lebenden TürkInnen zu konsolidieren, so daß es scheinbar noch keine eindeutigen Regelungen gibt. Darüber hinaus gab es wohl ein Verbot, die Ziele des Abkommens zu gefährden, das Land Baden-Württemberg zum Beispiel ließ sich davon aber nicht beirren und verschärfte die Richtlinien für Arbeitserlaubnisse für TürkInnen trotzdem (vgl. NOLTE 1987: 756ff). Zur Zeit sieht die Situation also scheinbar so aus, daß es theoretisch und grundsätzlich eine Freizügigkeit für TürkInnen innerhalb der EU geben soll, diese praktisch bisher aber wenig umgesetzt ist und sich manche TürkInnen bis vor den Europäischen Gerichtshof begeben müssen, um ihre Rechte einzuklagen.

Das deutsche und europäische Recht schaffen mit ihren Regelungen also eine 4-Klassen-Gesellschaft, mit den deutschen Staatsangehörigen an erster Stelle, gefolgt von den EU-BürgerInnen, dann die Menschen aus den assoziierten Staaten, insbesondere die Türkei, und am Ende alle anderen Nicht-EU-BürgerInnen (Menschen aus ‘Drittstaaten’).

Diese gesetzliche Trennung der Eingewanderten in EU-BürgerInnen und Nicht-EU-BürgerInnen hat auch Auswirkungen auf deren sozio-ökonomische Situation und das Verhältnis der verschiedenen Einwanderergruppen zueinander. So sind Türken als Nicht-EU-Bürger im Vergleich zu EU-Inländern besonders betroffen von Diskriminierungen (SEN 1992). Desweiteren

wirkt sie sich auf das Rückkehrverhalten und die Rückkehrabsichten der TürkInnen aus (WALDORF 1997: 424).

Diese vielen Regelungen schränken die Freiheit von MigrantInnen in vielen Bereichen stark ein. So ist zum Beispiel der Nachweis „ausreichenden Wohnraums“ und eines gesicherten Lebensunterhalts Voraussetzung für den gesicherten Aufenthaltsstatus und den Familiennachzug, ein Kriterium, das aufgrund der Diskriminierung von MigrantInnen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt kaum erfüllbar ist (DROSSOU/WICHMANN 1991: 227). Die Folgen, die sich daraus für die MigrantInnen ergeben, erscheinen durch das Gesetz legalisiert, denn sie sind ja quasi ‘selbst schuld’, da sie keinen „ausreichenden Wohnraum“ aufweisen können.

Andere Regelungen betreffen zum Beispiel die Überwachung von MigrantInnen durch die unaufgeforderte Weitergabe von Daten durch alle öffentlichen Institutionen an die Ausländerbehörde und das Ausländerzentralregister in Köln, das die Daten aller Nicht-Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1953 sammelt (KUNZMANN 1996: 21f). Seit 1983 gibt es dort auch eine Einbürgerungsdatei. Das bedeutet, daß selbst diejenigen, die durch Einbürgerung zu ‘Deutschen’ im Sinne des Gesetzes geworden sind, noch in einer extra Datei erfaßt werden, ganz so, als würde man trotz aller Einbürgerung den nun ja eigentlich ‘Deutschen’ immer noch nicht so ganz ‘trauen’.

Die Ausweisung aus der Bundesrepublik Deutschland wird durch viele Sonderregelungen für viele MigrantInnen zu einer permanenten Bedrohung.

Die ganzen Regelungen machen die ‘AusländerInnen’ zur Manövriermasse der Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Diese Interessen sind wohl größtenteils wirtschaftlicher Art, und die ‘AusländerInnen’ sollen ja aus der Sicht der Wirtschaft die schon angesprochene konjunkturelle Pufferfunktion auch weiterhin übernehmen. Hierzu gehört auch die „verbesserte Rechtssicherheit für die integrationsfähigen und integrationswilligen Ausländer als Übergang zu ihrer Einbürgerung, aber Ausgrenzung, ja Abwehr derjenigen, die diesen Schritt nicht tun wollen und deshalb als „desintegrierte Minderheiten“ Sonderregelungen unterworfen werden“ (DROSSOU/WICHMANN 1991: 227). So ist zum Beispiel ein Kriterium für die Einbürgerung die Ablegung der alten Staatsbürgerschaft - ein Schritt, den viele nicht tun wollen.<sup>32</sup>

---

<sup>32</sup> obwohl es inoffiziell viele mit doppelter Staatsbürgerschaft gibt, weil die türkische zunächst abgelegt wird, um die deutsche zu erhalten, danach die türkischen Behörden aber wieder einen türkischen Paß ausstellen. Die Praxis führte innerhalb der Bundesregierung zu ‘Unmut’, wie im Sommer 1997 in den Tageszeitungen zu lesen war (Quelle ist leider nicht mehr bekannt, diese Tatsachen wurden mir jedoch auch in Gesprächen bestätigt)

Insgesamt macht das deutsche Ausländerrecht die MigrantInnen zum „Spielball des Arbeitsmarktes“ (WEITKAMP 1995) und überhaupt zum Spielball der Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Die Frage nach den Bedürfnissen der MigrantInnen wird nicht gestellt.

## 6 Zentrale Fragen und Thesenformulierung

### 6.1 Zentrale Fragen

In den vorangegangenen Kapiteln wurde deutlich, daß und inwieweit TürkInnen in die Strukturen der Dominanzkultur eingebunden sein können. Wenn ich im vorangegangenen Kapitel von den TürkInnen als „Machtlose“ in der Dominanzkultur gesprochen habe, so bedeutet dies also nicht, daß sie dadurch nicht zur Dominanzkultur gehören würden. Das „Machtgeflecht“, das die Dominanzkultur ausmacht, schließt das *gleichzeitige* Machtlos- und Mächtig-Sein nicht aus, sondern ist gerade bezeichnend für sie, so daß dies kein Widerspruch ist.

Da die TürkInnen trotz gewisser Machtpotentiale aber immer noch *äußert benachteiligt* sind und sowohl rechtlicher und institutioneller wie auch sozialer Diskriminierung unterliegen, schließen sich hier ein paar Fragen an, die für diese Untersuchung zentral sind:

- In welchem Maße fühlen sich die TürkInnen als Inhaber von Macht in der Dominanzkultur und in welchem Maße als Machtlose?
- Welche Strategien halten die TürkInnen für sinnvoll, um ihre Benachteiligung aufzuheben?
- Sehen die TürkInnen Unterschiede zwischen ihrer eigenen Benachteiligung und der Benachteiligung anderer MigrantInnengruppen (Flüchtlinge, Asylsuchende, Neue MigrantInnen)?
- Wie sehen die TürkInnen selbst ihre Position im Vergleich zu den Neuen MigrantInnen?
- Wodurch wird ihrer Meinung nach diese Position bestimmt und beeinflusst?
- Welche Handlungsmöglichkeiten sehen die TürkInnen, um ihre eigene Position in der Gesellschaft zu halten oder zu verbessern?
- Welche Handlungs- und Gestaltungsspielräume werden den Neuen MigrantInnen zugestanden?
- Wie schätzen die TürkInnen die weitere Einwanderung in die BRD ein? (Befürchtungen, Ängste, Interessen...)

## **6.2 These**

Aufgrund der theoretischen Überlegungen in den vorangegangenen Kapiteln stelle ich folgende **These** auf:

Bei TürkInnen vor allem der zweiten und dritten Generation wirken in Bezug auf den Umgang mit ihnen 'Fremden', hier speziell 'fremden' MigrantInnen, die gleichen Mechanismen einer Dominanzkultur wie bei den einheimischen Deutschen. TürkInnen befinden sich als 'alteingesessene' MigrantInnen in einer etablierten Position gegenüber den Neuen MigrantInnen, sind gleichzeitig aber in einer Position als Außenseiter gegenüber den Deutschen. Diese *relativ* etablierte Position läßt ihnen aber noch genug Spielraum, um be- oder entstehende Machtdifferenzen zu den Neuen MigrantInnen bewußt oder unbewußt zur Privilegiensicherung nutzen zu können. Auch noch so wenige Privilegien werden mit diesen zur Verfügung stehenden Machtmitteln verteidigt, es sei denn, die TürkInnen sind durch Selbstdistanzierung in der Lage, auch andere als nur die eigene individuelle oder Gruppenperspektive wahrzunehmen. Ethnische und kulturelle Erklärungsmuster spielen dabei keine nennenswerte Rolle für dieses Verhalten, sondern die Machtunterschiede in der Dominanzkultur.

## 7 Methodisches Vorgehen

In diesem Kapitel wird die Methode vorgestellt, mit der ich versuchen möchte, die im theoretischen Teil angesprochenen Aspekte der 'Mächtigkeit' von TürkInnen in der Dominanzkultur zu prüfen. Ich lasse eine allgemeine Methodendiskussion und -vorstellung weg, da diese schon ausführlich in der sozialwissenschaftlichen Literatur geführt worden ist. Hier soll es nur um die *speziellen Probleme* bei der *ArbeitsmigrantInnenforschung* gehen und welche Auswirkungen diese auf die verwendete Methode haben.

In den weiteren Teilkapiteln wird der standardisierte Fragebogen vorgestellt und seine Entwicklung beschrieben. Dabei werden für diesen Fragebogen einzelne Aspekte der Dominanzkultur herausgegriffen und operationalisiert.

### 7.1 Methodenprobleme in der ArbeitsmigrantInnenforschung

Es gibt eine Reihe von Faktoren in der ArbeitsmigrantInnenforschung, die einen mehr oder weniger starken Einfluß auf diese Erforschung haben können. Dazu werden gezählt:

- „1. die Antreffbarkeit von gewünschten Zielpersonen
2. mangelnde Sprachkenntnisse sowohl auf Seiten der Zielpersonen als auch auf Seiten der Forscher
3. die Verständigung auf gleiche Begrifflichkeit (...)“ (HOFFMEYER-ZLOTNIK 1985: 5)

Zu 1.: ArbeitsmigrantInnen stehen dem Forscher „mit einer höheren Reserviertheit gegenüber“ als das bei Deutschen der Fall ist. Desweiteren ist es schwerer, an „Teilpopulationen einer erwünschten repräsentativen Stichprobe“ heranzukommen, sowie überhaupt eine brauchbare Adressdatenbank zu bekommen, aus der eine Stichprobe gezogen werden kann (HOFFMEYER-ZLOTNIK 1985: 5)

Zu 2.: Da ich selbst überhaupt kein Türkisch kann, tritt das Problem auf, daß ich nur mit TürkInnen Kontakt aufnehmen kann, die ausreichend Deutsch können, um mein Anliegen zu verstehen. Dies schränkt die Grundgesamtheit jedoch schon erheblich ein und läßt vor allem die älteren TürkInnen der ersten Generation außen vor. Doch selbst bei denen, die deutsch können, stellt sich die Frage, ob sie auch wirklich das Verstehen, was ich meine bzw. beantwortet haben will. Eine Möglichkeit, um dieses Problem zu lösen, wäre es, mit DolmetscherIn/ÜbersetzerIn zu arbeiten, oder aber ein „fremdsprachliches Erhebungsinstrument“, sprich einen türksichen Fragebogen, zu erstellen (HOFFMEYER-ZLOTNIK 1985: 6).

Zu 3.: Hier taucht das Problem auf, daß ArbeitsmigrantInnen zum Teil in anderen als den in Deutschland üblichen Gesellschafts-, Werte- und Normensystemen und -kontexten aufgewachsen sind. Die ArbeitsmigrantInnen leben dabei in einer Art „Subkultur“, in der es möglich ist, auf „neue Begrifflichkeiten“ zu stoßen: „Jede Subkultur bringt ihre eigene Begrifflichkeit hervor, eine Begrifflichkeit, die in der Sprache des Herkunftslandes nicht unmittelbar verankert sein muß, die aber auch in der Sprache des Aufnahmelandes nicht ihre Wurzeln haben muß“ (HOFFMEYER-ZLOTNIK 1985: 21f). Diese „Subkulturen“ sehen für die verschiedenen Generationen von ArbeitsmigrantInnen sicherlich verschieden aus.

Bei der Wahl der geeigneten Methode sind diese Probleme und Einflüsse zu berücksichtigen, jedoch durch keine der möglichen qualitativen oder quantitativen Methoden *auszuschalten*. Es standen hier folgende Möglichkeiten zur Auswahl:

- *Tiefeninterviews* mit Hilfe eines Dolmetschers/einer Dolmetscherin, wobei nur eine kleine Stichprobe gezogen werden kann, die nicht repräsentativ ist. Vorteile wären jedoch die Subjektbezogenheit und die Offenheit bezüglich der Fragen und Antworten (DIEKMANN 1995: 444). Diese käme dem Ansatz dieser Arbeit, persönliche Einstellungen der TürkInnen zu ermitteln, sehr entgegen. Dies könnte ergänzt werden durch einen kurzen standardisierten Fragebogen.<sup>33</sup>
- *Standardisierter Fragebogen*. Dieser würde von einem Übersetzer/einer Übersetzerin übersetzt werden. Nachteile wären, daß die subjektiven Sichtweisen der TürkInnen in standardisierte Vorgaben gepreßt würden, wodurch nicht nur eine Verzerrung dieser Sichtweisen entstehen könnte, sondern manche (evtl. entscheidende) gar nicht erst auftauchen. Vorteil ist die vergleichsweise einfache Durchführbarkeit, da das Sprachproblem hier nur im Vordergrund bei der Übersetzung auftaucht.

Die Tiefeninterviews fallen hierbei jedoch aus dem Grunde weg, daß für die notwendigen Interviews, die ja jeweils auch mehrere Stunden dauern können, kein Dolmetscher zur Verfügung stand.

Die Verwendung eines Fragebogens, der schon übersetzt ist, schien aus organisatorischen Gründen und aufgrund der höheren Flexibilität in Bezug auf die Erreichbarkeit von zu befragenden Personen sinnvoller. Daher bleibt im Rahmen dieser Diplomarbeit der standardisierte

---

<sup>33</sup> vgl. hierzu die *Triangulation* als Forschungsstrategie (DIEKMANN 1995: 451; LAMNEK, S. (1993): Qualitative Sozialforschung, Bd.1, S. 245ff).

Fragebogen übrig, um das Verhältnis der TürkInnen zu den Neuen MigrantInnen zu erforschen.

## **7.2 Expertengespräche im Vorfeld der Befragung**

Im Zeitraum vor der schriftlichen Befragung wurden zwei Expertengespräche geführt, um die aktuelle Situation der TürkInnen in Göttingen nach Möglichkeit schon grob erfassen und dies in die Erstellung des Fragebogens einfließen lassen zu können. Die Gespräche wurden geführt mit:

- einem Vorstandsmitglied eines türkischen Vereins in Göttingen (*Expertengespräch 1*)
- einem Berater für MigrantInnen in einer Wohlfahrtsorganisation in Göttingen (*Expertengespräch 2*)

Die Kernaussagen dieser Interviews werden in die Interpretation der Fragebogenergebnisse in Kapitel 8 einfließen und daher erst dort *inhaltlich* erwähnt.

## **7.3 Der standardisierte Fragebogen**

### **7.3.1 Sprachliche Probleme bei der Verwendung eines standardisierten Fragebogens**

Auf die Sprachprobleme bei der ArbeitsmigrantInnenforschung wurde schon hingewiesen. SCHÖNEBERG (1985) hat dieses Problem genauer betrachtet und ihre Erfahrung speziell mit standardisierten Fragebögen, die ins Türkische übersetzt worden sind, beschrieben. Dabei stellt sie fest:

„Mit dem Erfolg der Bemühungen, Äquivalenz hinsichtlich der inhaltlichen und sprachlichen Stimuli gegenüber Befragten herzustellen, die verschiedenen Sprach- und Kultursystemen angehören, steht und fällt die Aussagekraft und der Erkenntnisgewinn dessen, was als Ergebnis der Forschungsarbeit präsentiert wird“ (SCHÖNEBERG 1985: 129).

Mit anderen Worten: werden die ins Türkische übersetzten Fragen von TürkInnen genauso verstanden wie von den Deutschen, die dieselbe Frage in der deutschen Version lesen? Sind mit den verwendeten Begriffen in der jeweiligen Sprache die gleichen Bedeutungen verbunden? Folgende Faktoren können diese „sprachliche Äquivalenz“ beeinflussen:

1. die Entsprechung der verwendeten Begriffe im lexikalischen bzw. Wörterbuch-Sinn
2. die „äußere“ bzw. formale Äquivalenz der verwendeten Begriffe aufgrund der unterschiedlichen Verwendungshäufigkeit in einer Sprache
3. die kulturell unterschiedliche Bewertung von Begriffen

4. der syntaktische bzw. grammatikalische Kontext, in welchem die Begriffe verwendet werden“ (SCHÖNEBERG 1985: 132f)

Ich will an dieser Stelle nicht ausführlich auf die einzelnen Punkte eingehen, dies ist im Aufsatz von SCHÖNEBERG nachzulesen. Einige *Beispiele* möchte ich aber doch kurz geben (SCHÖNEBERG 1985: 133-138):

- Begriffe wie ‘Mitbestimmung’, ‘Wohlbefinden’ oder ‘Zufriedenheit’ haben oft keine direkten sprachlichen Äquivalente in den jeweiligen Sprachen (Punkt 1 der obenstehenden Liste).
- Begriffe wie ‘Unterkunft’ oder ‘Wohnmöglichkeit’ gibt es wohl im Türkischen, werden dort jedoch in der juristischen Fachsprache verwendet und daher nur von Wenigen verstanden (Punkt 2).
- Unter dem Begriff ‘Bekannte’ verstanden Italiener und Griechen „jedermann, dem sie begegnen und mit dem sie auch zufällig reden“, also anders als der Begriff im Deutschen, wo damit lockere, aber doch regelmäßige, freiwillig gewählte Kontakte gemeint sind (Punkt 3)
- „Die Logik einer Folge von Aussagen, welche im Deutschen wie in vielen anderen Sprachen durch die Verknüpfung von Haupt- und Nebensätzen ausgedrückt wird, muß in anderen Sprachen durch völlig anders geartete Satzkonstruktionen oder durch Aneinanderreihen von einfachen Sätzen erfolgen“ (Punkt 4) (SCHÖNEBERG 1985: 133-138).

All diese Punkte müssen bei der Erstellung und Übersetzung eines Fragebogens berücksichtigt werden. Es stellt sich aber die Frage nach den Möglichkeiten, die „inhaltliche und sprachliche Äquivalenz“ von Original und Übersetzung zu prüfen. Nach SCHÖNEBERG (1985: 141ff) gibt es die folgenden Möglichkeiten:

- *Rückübersetzung*: ist „die wohl bekannteste, aber auch umstrittenste Methode“, die von einer anderen übersetzenden Person vorgenommen wird.
- *Parallelübersetzung*: zwei Fragebogenübersetzungen werden unabhängig voneinander gemacht und diese verglichen. Annähernd übereinstimmende Übersetzungen werden übernommen, voneinander abweichende nochmals überprüft.
- „Frühzeitige und intensive *Beteiligung* ausländischer Mitarbeiter an der Konzeptualisierung des Fragebogens und der organisatorischen Vorbereitung der Befragung“: Übersetzende Personen sind mit dem Fragebogen und mit soziologischen Denkweisen vertraut und

können dadurch die Intention der Fragen besser übersetzen als reine Übersetzer, die von der Konzeption nur sehr wenig wissen.

Der von mir erstellte, recht umfangreiche Fragebogen ist von einer türkischen Studentin übersetzt und danach zwei weiteren TürkInnen (einmal der ersten Generation, einmal der zweiten Generation) zur Korrektur vorgelegt worden. Von einer Rückübersetzung wurde abgesehen, weil dies für die übersetzenden Personen eine unzumutbare zeitliche Belastung dargestellt hätte. Die anderen Möglichkeiten der Kontrolle (Parallelübersetzung und Beteiligung) kommen hier überhaupt nicht in Betracht.

Um den LeserInnen dieser Arbeit die Möglichkeit einer eigenen Einschätzung des Fragebogens und seiner Übersetzung zu geben, ist er im Anhang komplett abgedruckt.

Es muß also beim Betrachten der Ergebnisse die Übersetzungsproblematik immer berücksichtigt werden. „Denn ist man wirklich immer ganz sicher, ob die Zielpersonen-Reaktionen, so wie sie in die Analyse eingehen, wirklich echte Reaktionen auf die vom Forscher angegebenen Stimuli darstellen? Kann hier nicht auch Mißverständliches und Mißverstandenes auftauchen?“ (HOFFMEYER-ZLOTNIK 1985: 23f). Außerdem muß man sich Fragen, ob hier nicht „Meinungen quasi künstlich produziert [werden], die keinerlei Relevanz in der Lebenswelt der Betroffenen haben“ (SCHÖNERBERG 1985: 131).

### **7.3.2 Auswahl von Aspekten der Dominanzkultur für die Befragung**

In diesem Kapitel sollen einzelne Aspekte des Konzepts der Dominanzkultur ausgewählt und operationalisiert werden. In Kapitel 6.1 wurden schon eine Reihe von forschungsmotivierenden Fragen gestellt. Diese werden nun genauer eingegrenzt.

Das Konzept der Dominanzkultur ist, wie schon erwähnt, ein machttheoretisches. Die Angst vor Privilegienverlust und die Sicherung dieser Privilegien sind wesentliche Aspekte dieser Dominanzkultur. Sie werden mit Hilfe von Macht gesichert, d.h. daß etablierte Gruppen sich gegenüber neuen Gruppen verschließen. In der Befragung soll es speziell darum gehen, ob und wie Privilegien erkannt, gesichert und anderen Gruppen zugestanden werden (zur Definition von 'Privilegien' siehe Kapitel 4.2.7). Um dies mit Hilfe des Fragebogens ermitteln zu können, wird es als notwendig angesehen, folgende Bereiche abzufragen (in Klammern sind die Fragen des Fragebogens angegeben, die diesen Bereich betreffen):

- Was wissen die TürkInnen über die Neuen MigrantInnen? (1, 2)

- Welche Gründe gibt es für die TürkInnen, in Deutschland zu bleiben? (10, 11)
- Wie wird die eigene Lebenssituation und dessen Veränderung in Vergangenheit und Zukunft eingeschätzt? (8, 16 bis 20)
- Wie wird die eigene Lebenssituation im Vergleich zu den Neuen MigrantInnen gesehen? (13, 14, 21, 22)
- Gibt es ein Bewußtsein von einer ‘gemeinsamen’ Situation als ‘Ausländer’ bzw. Eingewanderte? Werden also Zusammenhänge der eigenen Situation mit der Situation der Neuen MigrantInnen gesehen? (3, 4, 12)
- Welche Privilegien werden den Neuen MigrantInnen zugestanden und welche nicht? (5, 6, 7, 9, 15)
- Welche Ängste gibt es gegenüber den Neuen MigrantInnen? (5, 6)

Es gibt dabei Überschneidungen. So tauchen zum Beispiel in Frage 5 sowohl die Frage nach den zugestandenen Privilegien wie auch die Frage nach den Ängsten als Antwortmöglichkeiten auf.

### **7.3.3 Durchführung der Befragung und Stichprobenauswahl**

Erste Versuche in türkischen Cafés und bei der Sozialberatung für MigrantInnen, die Fragebögen in Form eines Interviews zu bekommen, schlugen fehl. Die Leute hatten einfach keine halbe Stunde Zeit dafür, sondern wollten lieber das tun, weswegen sie dort saßen, nämlich Karten spielen bzw. sich beraten lassen, was nur verständlich ist. Daher wurde dann eine *schriftliche* Befragung durchgeführt, die es den Befragten ermöglicht, den Fragebogen zu Hause in ihrer vertrauten Umgebung und wenn sie Zeit dazu haben auszufüllen.

Da es keine verfügbare Adressdatenbank gab, wurde das örtliche Telefonbuch für die Stadt Göttingen nach ‘typisch’ türkisch klingenden Namen durchsucht, und Name, Telefonnummer und Adresse notiert. Dabei wurden sicherlich einige Namen übersehen, erstaunlicherweise waren aber alle Angerufenen, bei denen ich mich über mein Anliegen verständlich machen konnte, tatsächlich TürkInnen.

Es entstand zunächst eine Liste von 165 Namen und Telefonnummern. Ziel war es, durch eine vorherige Anfrage die Rücklaufquote der Fragebögen zu erhöhen (vgl. WIEKEN 1974: 150). Problematisch an dieser Vorgehensweise ist, daß es sicherlich eine Anzahl von TürkInnen gibt, die kein Telefon haben und daher aus der Befragung herausfallen.

Die *Grundgesamtheit* bestand also aus allen im Telefonbuch stehenden, ‘typisch’ türkisch klingenden Namen. Diese Grundgesamtheit ist also nur ein *unbestimmbar großer Teil* aller in Göttingen lebenden TürkInnen.

Beim Buchstaben A auf der Namensliste anfangend wurden diese dann nach und nach angerufen und um die Beteiligung an der Befragung gebeten. Einige der Telefonnummern waren schon nicht mehr aktuell und fielen raus. Bei einigen Telefonnummern habe ich im Laufe der Zeit einfach niemanden erreicht, so daß darüber nichts gesagt werden kann. Die Idee, jede fünfte Telefonnummer auf der Liste anzurufen und darüber eine Zufallsstichprobe aus der Grundgesamtheit zu erhalten, mußte ziemlich schnell verworfen werden, da durch Ablehnungen und Verständnisschwierigkeiten dieses Zufallsprinzip sehr schnell nicht mehr funktionierte.

Die telefonisch erreichten Personen haben verschieden auf meine Anfrage reagiert. Es gab:

- Abbrüche des Telefongesprächs wegen sprachlicher Verständnisschwierigkeiten (ich kann kein Türkisch)
- Ablehnungen, nachdem die Angerufenen verstanden hatten, worum es geht
- Personen, die unschlüssig waren, sich den Fragebogen aber trotzdem bringen ließen
- Personen, die der Befragung zustimmten.

Die Fragebögen wurden von mir, mit einem frankierten Rückumschlag versehen, an die zu Befragenden verteilt.

Die Auswertung des standardisierten Fragebogens wurde mit Hilfe des Statistikprogramms SPSS für Windows vorgenommen.

## 8 Ergebnisse der Befragung

In den folgenden Kapiteln werden die Ergebnisse als einfache Häufigkeitstabellen kurz dargestellt und beschrieben. In den Tabellen befindet sich neben der Anzahl der gültigen Fälle (n) die Angabe der zur Tabelle gehörenden Frage im Fragebogen. Buchstaben hinter der Fragennummer weisen auf die zugehörige Teilfrage hin (5b bedeutet also Frage 5, 2. Teilfrage).

Manche der im Fragebogen gestellten Fragen stellten sich im Nachhinein als nicht verwertbar heraus und werden daher bei den Ergebnissen nicht erwähnt.

Zur Ermittlung von statistischen Zusammenhängen wurde *Kendalls Rangkorrelationskoeffizient tau-b* verwendet (im Folgenden einfach **tau** genannt). Dieser hat im Vergleich zu Spearmans Rangkorrelationskoeffizient  $r$  „statistisch gesehen die größere Bedeutung“ (LIENERT 1973: 591), wird jedoch seltener verwendet (vgl. LIENERT 1973: 608ff).

Das Signifikanzniveau ist mit  $p$  angegeben, wobei nur Niveaus von  $p < 0,01$  (Signifikanzniveau 99%, Irrtumswahrscheinlichkeit 1%) und  $p < 0,05$  (Signifikanzniveau 95%, Irrtumswahrscheinlichkeit 5%) berücksichtigt und angegeben wurden.

Wie schon erwähnt ist die **Stichprobe nicht repräsentativ**, da keine Zufallsauswahl der Befragten getroffen werden konnte. Insofern können mit den erhobenen Daten keine Schlüsse auf die Grundgesamtheit der TürkInnen in Göttingen gezogen werden (vgl. KROMREY 1995: 315). Ebensowenig ist es aufgrund der Stichprobengröße möglich, die Daten nach Strukturmerkmalen der Befragten genauer aufzuschlüsseln. Die in den folgenden Kapiteln dargestellten Ergebnisse geben also nur das **Meinungsbild der Befragten** wieder und können höchstens **Tendenzen** andeuten, die mit größter Vorsicht auf die Grundgesamtheit aller TürkInnen in Göttingen übertragen werden dürfen.

### 8.1 Statistische Merkmale der befragten Personen

Die **Stichprobengröße** umfaßt insgesamt 41 Personen, ist also sehr klein. Davon haben 18 Personen (43,9%) den Fragebogen auf Türkisch und 23 Personen (56,1%) auf Deutsch ausgefüllt.

65,9% der Befragten sind **männlich** und 34,1% **weiblich**.

Die durchschnittliche **Haushaltsgröße** lag bei 3 Personen pro Haushalt, ein Wert, der unterhalb des Bundesdurchschnitts türkischer Haushalte von 4,1 Personen liegt. Dies liegt daran, daß

auch türkische StudentInnen einen Fragebogen ausfüllten, die überwiegend einen 1-Personen-Haushalt führen und in Göttingen vergleichsweise häufig vertreten sind.

**Tabelle 5: Haushaltsgröße**

n = 41 Frage 31	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 Personen
<i>Anzahl</i>	10	4	9	13	5
<i>Prozent</i>	24,4	9,8	22,0	12,2	12,2

Die Alterstruktur der Befragten ist im Vergleich zur Alterstruktur der TürkInnen in Niedersachsen (vgl. Tabelle 2) durch einen größeren Anteil von Befragten unter 30 Jahren gekennzeichnet:

**Tabelle 6: Altersstruktur**

n = 39 Frage 30	20 bis 29	30 bis 44	45 bis 64	65 und mehr
<i>Anzahl</i>	13	16	9	1
<i>Prozent</i>	33,3	41,0	23,1	2,6

Durchschnittsalter: 36,1 Jahre

Von den Befragten sind 9 in der Bundesrepublik *Deutschland geboren* worden. Ebenso besitzen 9 die *deutsche Staatsbürgerschaft*, wobei diese jeweils 9 Personen aber nicht alle identisch sind.

**Tabelle 7: Aufenthaltsdauer**

n = 41 Frage 28	0 bis 4	4 bis 9	10 bis 14	15 bis 19	20 bis 24	25 bis 29	30 und mehr
<i>Anzahl</i>	0	6	0	4	12	13	6
<i>Prozent</i>	0	14,6	0	9,8	29,3	31,7	14,6

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer: 22,1 Jahre

Ein Vergleich der Aufenthaltsdauer mit Tabelle 3, ist hier kaum möglich, da in der Befragung keine Jugendlichen befragt wurden. Da diese Jugendlichen aber schon aufgrund ihres Alters eine kurze Aufenthaltsdauer haben, ergibt sich in obenstehender Tabelle auch die Verschiebung bei den hier Befragten zu einer längeren Aufenthaltsdauer.

**Tabelle 8: Einkommen der befragten Haushalte**

n = 23	Frage 27	Anzahl	Prozent
	bis 500 DM	1	4,3
	bis 1000 DM	5	21,8
	bis 1500 DM	5	21,8
	bis 2500 DM	3	13,0
	bis 3000 DM	3	13,0
	bis 3500 DM	5	21,8
	mehr als 4000 DM	1	4,3
	Antwort verweigert	16	

**Tabelle 9: Status im Jahre 1989 und im Jahre 1997**

<b>1989</b>	n = 37	Frage 23	Anzahl	Prozent	<b>1997</b>	n = 41	Frage 24	Anzahl	Prozent
		berufstätig	12	32,4			berufstätig	12	29,3
		selbständig	3	8,1			selbständig	4	9,8
		Ausbildung/StudentIn	15	40,5			Ausbildung/StudentIn	10	24,4
		arbeitslos	2	5,4			arbeitslos	9	22,0
		SozialhilfeempfängerIn	2	5,4			SozialhilfeempfängerIn	2	4,9
		Hausfrau/mann	2	5,4			Hausfrau/mann	2	4,9
		Rente	1	2,7			Rente	2	4,9

In obiger Tabelle fällt eine zeitliche Veränderung deutlich auf, die folgende Vermutung nahelegt: einige der Befragten *scheinen* direkt von der Ausbildung, der Schule oder dem Studium in die Arbeitslosigkeit geraten zu sein. Eine Überprüfung der einzelnen Daten zeigt jedoch, daß von den 15 Personen, die 1989 in der Ausbildung waren, im Jahre 1997 nur eine arbeitslos geworden ist. Hinter der gestiegenen Arbeitslosenzahl verbirgt sich also ein vielschichtiger Statuswechsel; die simple Vermutung läßt sich nicht bestätigen.

Die obigen Merkmale Altersstruktur, Aufenthaltsdauer und Einkommen zeigen zum Teil recht deutliche Abweichungen von den Durchschnittswerten in Niedersachsen und der Bundesrepublik Deutschland. Möglicherweise spiegelt dies die besondere Situation von Göttingen als Universitätsstadt wieder (vergleichsweise viele türkische Studierende), ist aber andererseits wahrscheinlich auf die verschieden hohe Bereitschaft der jeweiligen Alters- und Statusgruppen zur Teilnahme an der Befragung zurückzuführen.

## 8.2 Informationsstand der TürkInnen über die Neuen MigrantInnen und Kontakte zu ihnen

Bei der Befragung der TürkInnen ist es zunächst wichtig zu wissen, ob den Befragten die Neuen MigrantInnen und die Hintergründe ihrer Wanderung überhaupt bekannt sind, und ob eventuell Kontakte zu ihnen vorhanden sind. Letzteres wurde jedoch nicht detailliert erfaßt, da der Fragebogen dadurch zu lang geworden wäre.

Um den Befragten klar zu machen, worum es sich bei den im Fragebogen als *Neue Einwanderer* bezeichneten Gruppe handelt, wurden sie zunächst aufgefordert, sich eine kurze, am Anfang des Fragebogens stehende, Erklärung darüber durchzulesen (vgl. dazu den Fragebogen im Anhang).

**Tabelle 10: Informationsstand über Neue MigrantInnen**

n = 36	Frage 1	Anzahl	Prozent
	hat nie davon gehört	1	2,8
	hat schon davon gehört	15	41,7
	weiß gut Bescheid darüber	16	44,4
	weiß sehr gut Bescheid	4	11,1

**Tabelle 11: Kontakt zu Neuen MigrantInnen**

n = 38	Frage 2	Anzahl	Prozent
	sehr stark	1	2,6
	stark	0	0,0
	mittelmäßig	15	39,5
	schwach	3	7,9
	sehr schwach	8	21,1
	hat keinen Kontakt	11	28,9

‘Kontakt’ meint hier keinen definierten, meßbaren Wert, der durch eine Reihe von Fragen hätte ermittelt werden müssen, sondern gibt die subjektive Einschätzung der Befragten wieder. Dabei zeigt sich, daß gut zwei Drittel irgendeinen Kontakt zu Neuen MigrantInnen haben und nur knapp ein Drittel überhaupt keinen. Welcher Art dieser Kontakte sind ist allerdings nicht klar. Im Expertengespräch 1 wurde jedoch darauf hingewiesen, daß es speziell zwischen AussiedlerInnen (als eine Gruppe von Neuen MigrantInnen) und TürkInnen in Grone „Probleme“ gäbe, die sich vor allem durch Überheblichkeit von AussiedlerInnen gegenüber den TürkInnen und durch eine andere Lebensweise der Gruppen ergäben. Hier gibt es also scheinbar *nachbarschaftliche* Kontakte, doch sind sie wohl eher negativer Art, wenn man den Aussagen vom Expertengespräch 1 Glauben schenkt.

### **8.3 Bleibegründe und Rückkehrorientierung**

Nach WALDORF ist die Rückkehrorientierung von Eingewanderten ein Thema, das bisher nur unzureichend untersucht worden ist (vgl. WALDORF 1997: 424). Ihrer Meinung nach üben einerseits *externe Faktoren* (wirtschaftliche und legale Bedingungen) und andererseits *interne Faktoren* („Assimilation im Gastland“ und „Bindungen an das Heimatland“) Einfluß auf die Rückkehrorientierung<sup>34</sup> aus (WALDORF 1997: 424).

Sind die *wirtschaftlichen Bedingungen* im Vergleich zum Herkunftsland vergleichsweise gut, so werden die Rückkehrabsichten kleiner (vgl. WALDORF 1997: 424). Dies bedeutet eine Privilegierung, die sich hier in Form eines größeren Einkommens ausdrückt. bzw. im Sinne von LENSKI als Besitz oder Kontrolle eines Teils des Mehrwerts, den eine Gesellschaft produziert (LENSKI 1973: 70).

Kommt es bei den *legalen Bedingungen* zu einem Abbau von Privilegien, z.B. durch Zuzugsbeschränkungen, so kann dies dazu führen, wie in den 70er Jahren passiert, daß sich die Rückkehrorientierung verringert, weil bei einer Rückkehr ins Herkunftsland die Wiedereinreise nach Deutschland erschwert wäre (vgl. WALDORF 1997: 423). Diese legalen Bedingungen sind jedoch nicht unbedingt *an sich* Ursache für die veränderte Rückkehrorientierung, sondern die mit der Veränderung der legalen Bedingungen verbundene Veränderung der persönlichen Situation. So kann eine Veränderung der rechtlichen Privilegien eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen der Eingewanderten nach sich ziehen, was dann als *eigentliche Ursache* der veränderten Rückkehrorientierung angesehen werden müßte. Ebenso haben die rechtlichen Bedingungen einen Einfluß auf die internen Bedingungen (vgl. WALDORF 1997: 424), welche dann wiederum als Ursache einer veränderten Rückkehrorientierung gesehen werden müssen.

Aus den oben genannten Gründen wurde in die Frage nach den *Bleibegründen* keine rechtlichen Aspekte aufgenommen, sondern nur wirtschaftliche. In Verbindung mit internen Faktoren wurde die Frage nach dem ‘Sich-Zu-Hause-fühlen’ gestellt, die darauf abzielt, die ‘Freiwilligkeit’ des Hierbleibens zu ergründen.

Zusätzlich wurde ergänzend die Frage nach der politischen Verfolgung gestellt, die als weiterer externer Faktor (in Form eines Fremdwangs mit Androhung von Gewalt) sicherlich einen großen Einfluß auf die Rückkehrorientierung haben *kann*. Dies ist bei TürkInnen insofern nicht auszuschließen, weil in der Türkei nicht nur KurdInnen sondern auch linksgerichtete

---

<sup>34</sup> WALDORF spricht von *Diskrepanz* zwischen Rückkehrabsichten und Rückkehrverhalten

TürkInnen mit Repression zu rechnen haben, wie es z.B. im Januar 1998 wieder geschah.<sup>35</sup> Es stellte sich jedoch heraus, daß dies bei den Befragten überwiegend nicht der Fall ist (siehe Tabelle 13).

Die Rückkehrorientierung und die Bleibegründe stellen *an sich* noch keine Hinweise auf Machtzugang und Privilegierung der Befragten in der Dominanzkultur dar. Ziel dieser Fragen war es, mögliche Zusammenhänge zwischen der Rückkehrorientierung, vor allem bei den wirtschaftlichen Bedingungen, und den Einstellungen gegenüber den Neuen MigrantInnen zu erkennen.

**Tabelle 12: Rückkehrorientierung**

n = 38 10	Frage	Anzahl	Prozent
	bleibt sicher hier	9	23,7
	bleibt eher hier	11	28,9
	ist unentschlossen	15	39,5
	geht eher zurück	2	5,3
	geht sicher zurück	1	2,6

Tabelle 12 macht deutlich, daß bei den Befragten kaum noch konkrete Rückkehrabsichten vorhanden sind. Allerdings ist über ein Drittel unentschlossen. Es ließ sich *statistisch* kein Zusammenhang zwischen den Rückkehrabsichten der TürkInnen und den Einstellungen gegenüber den Neuen MigrantInnen erkennen.

Bei den *Bleibegründen* stellte sich heraus, daß sich sehr wenig Befragte in der Bundesrepublik Deutschland *nicht* zu Hause fühlen. Dabei ergab sich ein auffälliger Zusammenhang ( $\tau = 0,42$ ,  $p < 0,01$ ) von *Ankunftsalter* in Deutschland und diesem Bleibegrund: je jünger die Befragten bei ihrer Ankunft in Deutschland waren (inklusive der Geburt in Deutschland), desto eher fühlen sie sich hier zu Hause.

---

<sup>35</sup> siehe dazu in der *Frankfurter Rundschau* den Artikel „Heimatreise endete mit Folter“ vom 30.1.1998, Seite 5

**Tabelle 13: Bleibegründe**

Frage 11 (Angaben in Prozent)	stimmt voll zu	stimmt eher zu	teils teils	stimmt eher nicht zu	stimmt gar nicht zu	<i>n</i>
ich fühle mich hier zu Hause	36,8	23,7	31,6	5,3	2,6	38
gesundheitliche Gründe	39,5	7,9	18,4	7,9	26,3	38
aus Angst vor politischer Ver- folgung	5,1	5,1	0,0	12,8	76,9	39
ich verdiene hier mehr Geld	34,2	13,2	31,6	13,2	7,9	38
keine beruflichen Chancen in der Türkei	21,1	15,8	18,4	13,2	31,6	38
ich kenne die Türkei kaum / gar nicht	7,7	12,8	12,8	12,8	53,8	39

Laut *Expertengespräch 2* sind gesundheitliche Gründe vor allem für die ältere Generation sehr wichtig. Dies scheint durch die Befragung bestätigt: In Tabelle 13 ist dies wohl nicht zu erkennen, aber es deutet sich bei einer genaueren Analyse der Daten nach Altersgruppen an. Dann ist nämlich für 90% (allerdings bei n=10!) der über 45-jährigen dieser Bleibegrund wichtig bis sehr wichtig.

Vor allem Jugendliche wollen laut *Expertengespräch 2* kaum in die Türkei zurück, da sie sich dort fremd fühlen und durch ihr Aussehen und Auftreten auch als ‘fremd’ wahrgenommen werden. Einer der Befragten bestätigte dies und sprach von der Fremdenfeindlichkeit gegenüber den „Deutschlingen“ in der Türkei.

Als einzige statistische Zusammenhänge ergaben sich die folgenden zwischen dem Bleibegrund „ich verdiene hier mehr Geld“ und bestimmten Einstellungen (aus den Fragen 5, 6 und 15) gegenüber den Neuen MigrantInnen, die alle die gleiche *Tendenz* aufweisen (siehe Tabelle 14): wer in Deutschland bleibt, weil er hier mehr Geld verdient, hat gegenüber Neuen MigrantInnen eine *tendenziell eher* ablehnende Einstellung.

Sicherlich sind diese Zusammenhänge nur schwach, doch gerade die Vielzahl der Zusammenhänge läßt den oben gemachten Schluß sicherlich zu. Dies vor allem auch deshalb, weil die Befragten jeweils ziemlich deutlich entweder überwiegend positive oder überwiegend negative Einstellungen gegenüber den Neuen MigrantInnen haben (vgl. Kapitel 8.11).

**Tabelle 14: Korrelationen zwischen dem Bleibegrund „Geld“ und Einstellungen gegenüber Neuen MigrantInnen**

Frage 11	Aufenthalt von Illegalisierten legalisieren (Frage 5a)	härter gegen Illegalisierte vorgehen (Frage 5b)	Illegalisierte verstärken ausländerfeindliche Stimmung (Frage 5e)	Werkvertragsarbeiter nehmen Arbeitsplätze weg (Frage 6b)	Werkvertragsarbeiter verstärken ausländerfeindliche Stimmung (Frage 6e)	wirtschaftliche Situation läßt weitere Einwanderung nicht zu (Frage 15b)	es kommen zu viele „Ausländer“ (Frage 15d)
ich verdiene hier mehr Geld	tau = - 0,31 p < 0,05	tau = 0,32 p < 0,05	tau = 0,30 p < 0,05	tau = 0,33 p < 0,05	tau = 0,27 p < 0,05	tau = 0,31 p < 0,05	tau = 0,34 p < 0,05

#### **8.4 Einschätzung der Veränderung der eigenen Lebenssituation in Vergan-genheit und Zukunft**

Die Neue Migration aus Osteuropa setzte vor allem nach dem Zusammenbruch des Ostblocks im Jahre 1989 ein. Daher wurden die Fragen zur Einschätzung der Veränderung der bisherigen Lebenssituation der TürkInnen auf die Situation im Jahre 1989 bezogen. Es sollten damit mögliche Zusammenhänge zwischen Veränderungen der Lebenssituation und den Einstellungen zu den Neuen MigrantInnen erfasst werden. Diese Einschätzungen der Befragten sind subjektiv und lassen deshalb bei den Ergebnissen einen großen Interpretationsspielraum.

**Tabelle 15: Veränderung des Einkommens seit 1989**

n = 35 Frage 16	deutlich besser	etwas besser	gleich	etwas schlechter	deutlich schlechter
Anzahl	1	6	6	9	13
Prozent	2,9	17,1	17,1	25,7	37,1

Zwei der Befragten gaben hier auch an, daß die Verschlechterung sich in einer Senkung des *Realeinkommens* ausdrücke, d.h. die Einkünfte waren wohl gestiegen, aber die Lebenshaltungskosten umso mehr.

**Tabelle 16: Veränderung der beruflichen Situation seit 1989**

n = 35 Frage 16	deutlich besser	etwas besser	gleich	etwas schlechter	deutlich schlechter
Anzahl	4	5	10	9	7
Prozent	11,4	14,3	28,6	25,7	20,0

**Tabelle 17: Veränderung der familiären Situation seit 1989**

n = 36 Frage 16	deutlich besser	etwas besser	gleich	etwas schlechter	deutlich schlechter
Anzahl	4	2	18	9	3
Prozent	11,1	5,6	50,0	25,0	8,3

**Tabelle 18: Veränderung der Lebenssituation insgesamt seit 1989**

n = 40 Frage 17	deutlich besser	etwas besser	gleich	etwas schlechter	deutlich schlechter
<i>Anzahl</i>	3	3	19	9	6
<i>Prozent</i>	7,5	7,5	47,5	22,5	15,0

Bei den Fragen nach den Veränderungen seit 1989 fällt besonders die deutliche Verschlechterung der ökonomischen Situation (Tabelle 15 und Tabelle 16) auf, während bei der familiären und der Gesamtsituation die Veränderungen nicht ganz so schlecht waren (Tabelle 17 und Tabelle 18). Diese Unterschiede können an der kleinen Stichprobe liegen und soll daher nicht näher bewertet werden.

Die Einschätzung der *Veränderung der beruflichen Situation* korreliert mit dem *Alter* der Befragten ( $\tau = 0,41$ ,  $p < 0,01$ ), d.h. je älter die Befragten sind, desto eher hat sich die berufliche Situation verschlechtert. Hierin drückt sich eventuell die Tatsache aus, daß diese Verschlechterung nicht *nur* migrantInnenspezifisch ist, sondern darüber hinaus *prinzipiell* ein Problem aller älteren ArbeitnehmerInnen ist: sie haben größere Probleme, wieder einen Arbeitsplatz zu finden bzw. sind anfälliger für Kündigungen.

Als *Gründe* für die *Verschlechterung* ihrer Gesamtsituation nannten Befragte die gestiegene Ausländerfeindlichkeit und die schlechte ökonomische Situation, während Befragte mit einer *verbesserten* Gesamtsituation als *Gründe* „sich wohler“ und „sich heimischer fühlen“ angaben.

**Tabelle 19: Einschätzung der Veränderung der beruflichen Situation in Zukunft**

n = 34 Frage 18	deutlich besser	etwas besser	gleich	etwas schlechter	deutlich schlechter
<i>Anzahl</i>	3	4	13	5	9
<i>Prozent</i>	8,8	11,8	38,2	14,7	26,5

**Tabelle 20: Einschätzung der Veränderung der gesamten Lebenssituation in Zukunft**

n = 34 Frage 19	deutlich besser	etwas besser	gleich	etwas schlechter	deutlich schlechter
<i>Anzahl</i>	2	2	10	9	5
<i>Prozent</i>	7,1	7,1	35,7	32,1	17,9

Die zukünftige Veränderung der beruflichen und der Gesamtsituation wird insgesamt als schlecht angesehen (vgl. Tabelle 19 und Tabelle 20). Der Anteil von 40 - 50% der Befragten,

die an eine Verschlechterung glauben, bewegt sich im gleichen Rahmen wie bei einer Befragung vor 10 Jahren (vgl. BÜRKNER 1987: 160). Rechnet man zu diesen Befragten den hohen Anteil von Befragten hinzu, die keine Veränderung in Zukunft erwarten, was aufgrund der objektiv schlechten Bedingungen für die meisten TürkInnen eine Aufrechterhaltung des Status Quo bedeutet, so ergibt sich daß Bild, daß in Zukunft ein sehr hoher Anteil von TürkInnen erwartet, weiterhin in schlechten oder noch schlechteren Verhältnissen zu leben. Dabei zeigen genauere Analysen der Daten, daß die jeweiligen Befragten die abgefragten Veränderungen entweder durchweg negativ oder durchweg positiv einschätzen, es gibt jedoch keine Tendenzen, daß in einem Bereich Verbesserungen und in einem anderen Verschlechterungen erwartet werden.

### Zusammenhänge

Bei den obenstehenden Fragen nach der Einschätzung der Veränderung der verschiedenen Lebenssituationen fällt bei dem Versuch, Zusammenhänge über Korrelationen herzustellen, auf, daß es *keine* Zusammenhänge gibt zwischen diesen Einschätzungen und den Einstellungen der Befragten zu den Neuen MigrantInnen (Fragen 5 bis 7 und 15 im Fragebogen).

**Tabelle 21: Eignung einer Einbürgerung zur Verbesserung der Lebenssituation**

n = 33 Frage 8	geeignet	eher geeignet	teils teils	eher nicht geeignet	nicht geeignet
<i>Anzahl</i>	7	5	11	3	7
<i>Prozent</i>	21,2	15,2	33,3	9,1	21,2

Die Einbürgerung, und damit der Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft, stellen eine Möglichkeit dar, durch die damit verbundenen Rechte die eigene Lebenssituation verbessern zu können. Es ist dies aber nur eine notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung, um 'ausländer'feindlichen Aktionen und einer Verschlechterung der Lebenssituation zu begegnen (vgl. WALDORF 1997: 423).

In Tabelle 21 ist jedoch weder eine eindeutige Tendenz der Befragten zu erkennen, noch lassen sich Zusammenhänge mit Einstellungen zu Neuen MigrantInnen erkennen. Es zeigt sich lediglich, daß die Befragten ein differenziertes Meinungsbild zu diesem Thema haben.

### Gründe

Als *Grund für die Eignung* einer Einbürgerung zur Verbesserung der Lebenssituation wurde die Erleichterung bei bürokratischen Angelegenheiten und das Ausbrechen aus der Hierarchie Deutsche - EU-Inländer - TürkInnen bei der Arbeitsplatzvergabe genannt. *Gegen die Einbür-*

gerung sprach für einen Befragten, daß der deutsche Paß nicht gegen die ‘Ausländer’-feindlichkeit helfe, da dort das Aussehen entscheidender sei.

### Zusammenhänge

Trotz all der erwarteten Verschlechterungen hat die Hälfte der Befragten *keine Befürchtung, das bisher im Leben Erreichte wieder zu verlieren* (vgl. Tabelle 22). Dies mag zunächst erstaunen. Bildet man jedoch Korrelationen zwischen dieser Befürchtung und den abgefragten Einschätzungen von Veränderungen (vgl. Tabelle 15 bis Tabelle 20), so zeigt sich, daß es dabei sehr wohl zum Teil starke (bis  $\tau = 0,55$  bei  $p < 0,01$ ) Zusammenhänge gibt. Daher kann tendenziell festgehalten werden, daß die Erwartung von Verschlechterungen mit der Befürchtung, das Erreichte zu verlieren, zusammenhängt.

**Tabelle 22: Befürchtung, bisher Erreichtes in Zukunft wieder zu verlieren**

n = 35 Frage 20	ja	eher ja	teils teils	eher nein	nein
<i>Anzahl</i>	5	4	9	12	5
<i>Prozent</i>	14,3	11,4	25,7	34,3	14,3

Da es hier um das Verhältnis von TürkInnen zu Neuen MigrantInnen gehen soll, stellt sich die Frage, wie die TürkInnen die *Veränderungen* einschätzen, die sich *durch diese Einwanderung* in Zukunft ergeben werden. Dabei ist der *Arbeitsmarkt* als zentrale Instanz für die „Zuteilung von Ressourcen, Risiken, ‘Lebenschancen’ und insgesamt ihrer Position in der Hierarchie gesellschaftlicher Ungleichheit“ zu sehen (HECKMANN 1992: 78, in: BIELING 1993: 121). Zusätzlich ist der *Wohnungsmarkt* mit seinen für ‘Ausländer’ diskriminierenden Eigenschaften zu betrachten, wodurch sich oft eine Unterversorgung mit Wohnraum ergibt, die wiederum Einfluß auf die soziale Situation hat und die MieterInnen mit hohen Mieten belastet (vgl. BÜRKNER 1987: 168ff).

**Tabelle 23: Erwartete Veränderung für TürkInnen auf dem Arbeitsmarkt durch zukünftige Einwanderung**

n = 35 Frage 13	deutlich besser	etwas besser	gleich	etwas schlechter	deutlich schlechter
<i>Anzahl</i>	1	1	2	11	20
<i>Prozent</i>	2,9	2,9	5,7	31,4	57,1

**Tabelle 24: Erwartete Veränderung für TürkInnen auf dem Wohnungsmarkt durch zukünftige Einwanderung**

n = 32 Frage 14	deutlich besser	etwas besser	gleich	etwas schlechter	deutlich schlechter
<i>Anzahl</i>	1	2	8	10	11
<i>Prozent</i>	3,1	6,3	25,0	31,3	34,4

Sowohl auf dem Arbeits- wie auch auf dem Wohnungsmarkt rechnen die TürkInnen mit durch die Neue Migration bedingten drastischen Verschlechterungen. Dabei werden die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt als noch etwas schlechter als die auf dem Wohnungsmarkt bewertet (vgl. Tabelle 23 und Tabelle 24).

### Gründe

Als *Gründe* für eine *Verschlechterung* auf dem *Arbeitsmarkt* wurde von mehreren Befragten auf die Niedriglohnkonkurrenz verwiesen, in der die TürkInnen noch weniger Chancen hätten als die Deutschen und daher als erste entlassen würden, wenn wegen der Niedriglohnkonkurrenz Arbeitsplätze verschwänden. Dabei wurde auch auf die EU-Freizügigkeit verwiesen, durch die starke Wanderungen und damit noch stärkere Konkurrenz befürchtet werden.

Darüber hinaus wurde auf die *kulturellen und religiösen Unterschiede* zwischen TürkInnen und Neuen MigrantInnen hingewiesen. Neue MigrantInnen wurden dabei als bevorteilt angesehen, weil sie den Deutschen kulturell und religiös ähnlicher seien. In Verbindung mit den Aussagen über Fremdenfeindlichkeit und ihre Ursachen (vgl. Tabelle 28), in denen auf das 'fremdere' Aussehen der TürkInnen als eine Ursache von Fremdenfeindlichkeit hingewiesen wird, zeigt sich, daß die TürkInnen scheinbar das Bild von der 'Andersartigkeit' übernehmen und weitertransportieren, das ihnen von den Deutschen angeheftet worden ist (vgl. ELIAS/SCOTSON 1990: 22ff).

Diese Ergebnisse decken sich mit Aussagen aus *Expertengespräch 2*, wonach viele TürkInnen mit einer weiteren Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt für sich rechnen. Es wurde in diesem Gespräch jedoch auch darauf hingewiesen, daß bei *Grenzöffnung* die Angst der TürkInnen in Bezug auf mögliche Konkurrenz speziell gegenüber AussiedlerInnen sehr viel größer war und diese Konkurrenzsituation heute nicht mehr gesehen werde.

*Grund* für eine *Verbesserung* auf dem *Wohnungsmarkt* war für einen der Befragten, die entspanntere Wohnungsmarktsituation, die sich durch ein gutes Angebot von Wohnungen in

Göttingen äußere. Als *Verschlechterungsgrund* wurde auf die Diskriminierung von TürkInnen hingewiesen.

### Zusammenhänge

Die Einschätzung der Veränderungen auf dem *Wohnungsmarkt* hängt zunächst *schwach* mit der Aufenthaltsdauer in Deutschland zusammen ( $\tau = -0,36$ ,  $p < 0,05$ ): je länger die Befragten sich in Deutschland aufhalten, desto weniger schlecht wird die Veränderung auf dem Wohnungsmarkt durch die Neue Migration eingeschätzt. Unter Rücksichtnahme auf die kleine Stichprobengröße *kann* dies *eventuell* bedeuten, daß zumindest einige TürkInnen durch ihre längere Aufenthaltsdauer auf ein Informationsnetz zurückgreifen können, innerhalb dessen sie von freiwerdenden Wohnungen erfahren. Mit dieser Strategie kann es ihnen zumindest *teilweise* möglich sein, die Konkurrenz mit den Neuen MigrantInnen zu umgehen oder zu verkleinern (vgl. BÜRKNER 1987: 171). Nimmt man an, daß diese Bewertung zutreffend ist, so kann dies nach ELIAS/SCOTSON als Ausdruck einer Etablierten-Außenseiter-Beziehung gewertet werden, in der die 'alteingesessenen' TürkInnen gegenüber den Neuen MigrantInnen gewisse Vorteile haben. Diese Analyse darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Situation *sowohl* der TürkInnen *wie* auch die der Neuen MigrantInnen im Vergleich zu den Deutschen als sehr schlecht angesehen werden muß.

Ein weiterer Zusammenhang, der die gerade gemachten Ausführungen ergänzt, ergibt sich beim *Vergleich der Wohnungsqualität* von TürkInnen und Neuen MigrantInnen aus der Sicht der TürkInnen (vgl. Tabelle 25) und der Einschätzung der *Veränderung auf dem Wohnungsmarkt* ( $\tau = 0,48$ ,  $p < 0,01$ ): je besser die TürkInnen die Qualität ihrer Wohnungen im Vergleich zu denen der Neuen MigrantInnen sehen, desto weniger schlecht wird die weitere Veränderung auf dem Wohnungsmarkt durch die Neuen MigrantInnen eingeschätzt. Hier *kann* man, wieder unter Hinweis auf die sehr kleine Stichprobe, *vermuten*, daß diejenigen Befragten, die sich einer privilegierten Situation bewußt sind ('ich habe eine bessere Wohnung als die Neuen MigrantInnen') *deswegen* die Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt weniger schlecht bewerten, weil Neue MigrantInnen eher in das unterste Marktsegment des Wohnungsmarktes drängen, auf das diese Befragten eher nicht zurückgreifen müssen. Von der anderen Seite aus betrachtet besteht dann folgerichtig für die TürkInnen, die ihre Wohnqualität gleich oder schlechter einschätzen, das Bewußtsein einer direkten Konkurrenzsituation mit den Neuen MigrantInnen im unteren Wohnungsmarktsegment.

Insgesamt wird deutlich, daß sich die Situation seit 1989 aus Sicht der befragten TürkInnen zum Teil sehr stark verschlechtert hat und auch in Zukunft weiter verschlechtern wird. Dies deckt sich mit den in Kapitel 5.2 gemachten Überlegungen, die die TürkInnen als ‘machtlose’ in der Dominanzkultur darstellten.

### **8.5 Vergleich der eigenen Lebenssituation mit der der Neuen MigrantInnen**

Nachdem in den vorherigen Kapiteln die Lebenssituation der TürkInnen und dessen Veränderungen dargestellt worden ist, stellt sich nun die Frage, wie die TürkInnen Aspekte ihrer eigenen Situation im Vergleich zu den Neuen MigrantInnen sehen.

**Tabelle 25: Vergleich der eigenen Situation mit der der Neuen MigrantInnen in Deutschland**

Frage 21 (Angaben in Prozent)	deutlich besser	eher besser	gleich	eher schlechter	deutlich schlechter	<i>n</i>
Wohnungsqualität	27,0	16,2	32,4	16,2	8,1	37
Sicherheit des Arbeitsplatzes	15,6	25,0	21,9	21,9	15,6	32
Chance auf einen Arbeitsplatz	10,8	13,5	29,7	21,6	24,3	37
Beachtung durch die Politik	3,2	6,5	35,5	19,4	35,5	31
Versorgung mit speziellen Vereinen und Organisationen	12,5	25,0	50,0	0,0	12,5	24
Berücksichtigung durch Stadt und Landkreis	3,6	7,1	46,4	10,7	32,1	28
Zusammenhalt unter den eigenen Leuten	16,7	20,0	63,3	0,0	0,0	30

Die *Wohnungsqualität* wird im Vergleich zu den Neuen MigrantInnen als überwiegend besser oder gleich angesehen. Auf den Zusammenhang mit der Einschätzung der Veränderung des Wohnungsmarktes durch Neue MigrantInnen wurde in Kapitel 8.4 schon eingegangen.

Sowohl bei der *Sicherheit des Arbeitsplatzes* wie auch bei der *Chance auf einen Arbeitsplatz* wird die Situation von den Befragten differenziert bewertet. Die Nennungen in den jeweiligen Kategorien von *besser* bis *schlechter* ist grob gesehen gleich oder sehr ähnlich, und die kleinen Unterschiede sollen aufgrund der kleinen Stichprobe hier nicht gewertet werden. Zusammenhänge mit Strukturmerkmalen der Befragten oder anderen Einstellungen zu Neuen MigrantInnen waren nicht erkennbar.

Bei den Fragen nach der *Beachtung durch die Politik* und der *Berücksichtigung durch Stadt und Landkreis* fällt der äußerst geringe Anteil von Nennungen auf, die eine bessere Situation gegenüber den Neuen MigrantInnen konstatieren. Darin drückt sich zum einen sicherlich die

Präsenz der AussiedlerInnen in der Einwanderungspolitik der Bundesrepublik Deutschland aus, die sich in einer klaren Bevorzugung dieser MigrantInnengruppe äußerte. Zum anderen mag dies aber auch mit der prinzipiellen Vernachlässigung durch die Politik sowohl auf nationaler wie auch auf regionaler Ebene zusammenhängen (vgl. Kapitel 8.6).

Als letztes fällt auf, daß der *Zusammenhalt unter den eigenen Leuten* von zwei Dritten als gleich, von einem Drittel aber auch als besser eingeschätzt wird. Dies deutet eventuell an, daß die Befragten sich ihrer 'etablierten' Position bewußt sind, in der sie aufgrund ihrer längeren Aufenthaltsdauer Vorteile gegenüber Neuen MigrantInnen haben können (vgl. ELIAS/SCOTSON 1990: 11).

**Tabelle 26: Eigene Situation im Vergleich zu der in den osteuropäischen Staaten**

n = 36 Frage 22	deutlich besser	etwas besser	gleich	etwas schlechter	deutlich schlechter
<i>Anzahl</i>	18	14	0	3	5
<i>Prozent</i>	50,0	38,9	0,0	2,8	8,3

Die Ergebnisse vom Vergleich der eigenen Situation mit der der in den osteuropäischen Staaten lebenden Menschen zeigt deutlich, daß die Befragten überwiegend in der Lage sind, auch aus einer im Vergleich zu den Deutschen schlechten Position heraus ihre Privilegierung gegenüber den Menschen der osteuropäischen Staaten zu erkennen. Bewertet man dies als *Bewußtsein* einer Privilegierung, so stellt sich die Frage nach Zusammenhängen davon mit Einstellungen gegenüber Neuen MigrantInnen, die aus diesen Staaten kommen.

Als erkennbarer Zusammenhang ergibt sich zum einen der Folgende: je besser die eigene Situation im Vergleich zu den in den osteuropäischen Staaten lebenden Menschen eingeschätzt wird, desto eher sollte der Aufenthalt von Illegalisierten *nicht* legalisiert werden (Frage 5a, tau = -0,49, p < 0,01).

Ein weiterer Zusammenhang mit Einstellungen zur Einwanderungspolitik ergab folgendes: je besser die eigene Situation im Vergleich zu den in den osteuropäischen Staaten lebenden Menschen eingeschätzt wird, desto eher kommen nach Meinung der Befragten zu viele 'AusländerInnen' hierher und Deutschland sollte deshalb kein Einwanderungsland mehr sein (Frage 15d, tau = 0,32, p < 0,05).

Die beiden oben beschriebenen Zusammenhänge deuten an, daß die Befragten, die sich ihrer privilegierten Position bewußt sind, diese auch nicht durch MigrantInnen gefährden lassen wollen. Darauf soll in Kapitel 8.9 noch weiter eingegangen werden.

## 8.6 Erkenntnis von Zusammenhängen der eigenen Situation mit der der Neuen MigrantInnen

Es ist nicht zu übersehen, daß die Neuen MigrantInnen zum Teil in einer ähnlichen Situation sind wie in den 60er und 70er Jahren die sogenannten ‘Gastarbeiter’. Gerade bei *den Werkvertrags- und SaisonarbeiterInnen* sowie den *GrenzgängerInnen* wird wieder einmal das Rotationsprinzip angewendet, durch das nur die reine Arbeitskraft der MigrantInnen abgeschöpft werden soll (vgl. Kapitel 3.2; vgl. WEITKAMP 1995: 103f). Bei den *AussiedlerInnen* wiederum ist die Situation insofern ähnlich, als diese heute wie auch die TürkInnen damals in den Augen der Alteingesessenen als ‘Neuankömmlinge’ oder ‘Fremde’ gelten bzw. galten. Nach ERDEM sind sowohl die klassischen ArbeitsmigrantInnen wie auch die Neuen MigrantInnen „Opfer einer rassistisch strukturierten Gesellschaft“ (ERDEM 1995: 130) und können demnach politische Veränderungen nur gemeinsam als Opfer eben dieser Gesellschaft erreichen.

**Tabelle 27: Fremdenfeindliche Gewalttaten und Maßnahmen dagegen**

Frage 3 (Angaben in Prozent)	sehr wichtig	eher wichtig	teils teils	eher unwichtig	völlig unwichtig	n
Türken und Neuen Einwanderer sollten <i>gemeinsam</i> etwas dagegen unternehmen	24,2	12,1	42,4	12,1	9,1	33
Türken und Neuen Einwanderer sollten jeweils <i>für sich</i> etwas dagegen unternehmen	48,6	22,9	20,0	2,9	5,7	35
es müssen härtere Strafen gegen die Täter verhängt werden	62,9	22,9	8,6	2,9	2,9	35
die Politik muß etwas unternehmen	86,8	10,5	2,6	0,0	0,0	38

Die befragten TürkInnen gaben auf die Frage nach Maßnahmen gegen fremdenfeindliche Gewalttaten eindeutig an, daß TürkInnen und Neue MigrantInnen jeweils *für sich* etwas dagegen unternehmen müßten, während eine *gemeinsame Vorgehensweise* dieser MigrantInnengruppen weniger favorisiert wurde (vgl. Tabelle 27).

Die Frage nach *härteren Strafen für die TäterInnen* wurde überwiegend zustimmend beantwortet (vgl. Tabelle 27). Dies deutet darauf hin, daß mit einer solchen härten Strafverfolgung auf eine Verbesserung der Situation in Bezug auf Rassismus gehofft wird. Nun ist Rassismus aber dieser Gesellschaft immanent (vgl. ROMMELSPACHER 1992: 81) und die rassistischen Gewalttaten Teil derselben. Geht man also davon aus, daß es neben den TäterInnen als Verantwortliche auch gesellschaftliche Ursachen für Fremdenfeindlichkeit gibt, so *könnte* diese Erkenntnis bei den Menschen zu dem Glauben führen, daß härtere Strafen wenig oder nichts

bringen. Diese Frage nach den härteren Strafen sollte darauf abzielen, Zusammenhänge mit der Frage nach dem Glauben (oder Nicht-Glauben) an gleiche Ursachen für Fremdenfeindlichkeit (vgl. Tabelle 28) zu erkennen. Es gibt jedoch keine Zusammenhänge.

Die klare Antwort bei der Frage danach, ob die *Politik etwas unternehmen* müsste, spiegelt wieder, wie stark sich die Befragten von der herrschenden Politik vernachlässigt fühlen (vgl. auch Kapitel 8.7). Ergänzend dazu wurde von zwei Befragten auf die Rolle der Medien hingewiesen, die mit einer anderen, weniger reißerischen Berichterstattung dieses Problem entschärfen könnten.

**Tabelle 28: Einschätzung der Vergleichbarkeit der Ursachen von Fremdenfeindlichkeit gegenüber TürkInnen und Neuen MigrantInnen**

n = 36 Frage 4	sind gleich	sind eher gleich	teils teils	sind eher nicht gleich	sind nicht gleich
Anzahl	7	6	7	10	6
Prozent	19,4	16,7	19,4	27,8	16,7

Nach ERDEM leben wir in einer „rassistisch strukturierten Gesellschaft“ (ERDEM 1995: 130), wobei die Ursachen für diskriminierendes Verhalten nach ROMMELSPACHER in den verschiedenen Aspekten einer Dominanzkultur gesehen werden (vgl. Kapitel 4.2). Auf der Frage nach der Vergleichbarkeit der Ursachen von Fremdenfeindlichkeit bewerteten die Befragten dies differenziert (vgl. Tabelle 28). Es zeigt sich dabei ein starker Zusammenhang ( $\tau = 0,48$ ;  $p < 0,01$ ) zwischen der Erkenntnis gemeinsamer Ursachen von Fremdenfeindlichkeit und der Erkenntnis, daß TürkInnen und Neue MigrantInnen *gemeinsam* etwas gegen fremdenfeindliche Gewalttaten unternehmen müßten (vgl. Tabelle 27).

Als *Gründe* für eine *Nicht-Vergleichbarkeit* wurde von den Befragten mehrfach auf die Religion der TürkInnen und auf ihre ‘fremderes’ Aussehen hingewiesen. Desweiteren sei die Fremdenfeindlichkeit gegen die TürkInnen schon ‘tradiert’. In den Augen der Gewalttäter seien ‘Ausländer’ vor allem TürkInnen und nicht die Neuen MigrantInnen.

Als *Grund* für eine *Vergleichbarkeit* wurde, im Widerspruch zu dem oben gesagten, genannt, daß für die Rechtsextremen beide Gruppen ‘Ausländer’ seien.

**Tabelle 29: Illegalisierte und das Verständnis der TürkInnen für deren Verhalten**

Frage 5d (Angaben in Prozent)	stimmt voll zu	stimmt eher zu	teils teils	stimmt eher nicht zu	stimmt gar nicht zu	n
kann verstehen, daß Illegalisierte nach Deutschland kommen	38,9	13,9	36,1	8,3	2,8	36

Auf die Frage, ob die Befragten es verstehen könnten, daß die Illegalisierten nach Deutschland kommen, stimmten dem über die Hälfte zu (vgl. Tabelle 29). Die Illegalisierten sind wohl in einer anderen Situation als die Befragten und werden gerade von Politik und Medien mit ihrer Bildern von „Fluten“ und „Wellen“ dikriminiert (vgl. LUTZ 1995: 155), können aber die Migrationsgründe und die Lage der Illegalisierten scheinbar nachvollziehen. Weitergedacht bedeutet dies: in der gleichen Situation hätten die Befragten genauso gehandelt, wie es die Illegalisierten tun. Hierin drückt sich möglicherweise das Bewußtsein einer Gemeinsamkeit von Menschen aus, die durch äußere Zwänge (ökonomische Gründe, Repression, Krieg etc.) dazu gebracht wurden, ihr Herkunftsland zu verlassen.

**Tabelle 30: Erkenntnis einer vergleichbaren Situation zwischen ‘Gastarbeitern’ damals und Werkvertragsarbeitern heute**

Frage 6c (Angaben in Prozent)	stimmt voll zu	stimmt eher zu	teils teils	stimmt eher nicht zu	stimmt gar nicht zu	n
Werkvertragsarbeiter sind in einer ähnlichen Situation wie die „Gastarbeiter“ damals	23,1	12,8	15,4	23,1	25,6	39

Es überrascht dann allerdings, daß eine Frage mit ähnlicher Intention, die in Bezug auf die *WerkvertragsarbeiterInnen* gestellt worden ist, sehr viel differenzierter und uneindeutiger ausfällt (vgl. Tabelle 30), gerade weil die WerkvertragsarbeiterInnen unter dem Prinzip der Rotationsmigration ihre Arbeitskraft abliefern sollen, ähnlich wie damals die sogenannten ‘Gastarbeiter’. Die Ursachen für diese Unterschiede kann man an dieser Stelle nur vermuten. Es mag daran liegen, daß bei den WerkvertragsarbeiterInnen normalerweise ökonomische Gründe für die Migration vorliegen, die *eventuell* eher von den Befragten abgelehnt werden, während es bei den Illegalisierten auch noch andere Gründe wie zum Beispiel politische Verfolgung gibt, die vielleicht eher anerkannt werden.

**Tabelle 31: Vertretung von Interessen der TürkInnen**

Frage 12	Anzahl	Prozent*
Gewerkschaften	14	40,0
bestehende politische Parteien	18	51,4
spezielle Parteien für TürkInnen	9	25,7
spezielle Parteien für alle Einwanderer	12	34,3
spezielle Vereine für TürkInnen	10	28,6
spezielle Vereine für alle Einwanderer	7	20,0
sonstige	1	2,9

\*(mehrere Nennungen möglich)

Hinter der Frage nach der *Vertretung der Interessen* der TürkInnen stand die Vermutung, daß die Erkenntnis von Zusammenhängen der eigenen Situation mit der der Neuen MigrantInnen sich auch durch die Art der Interessenvertretung, die angestrebt wird, äußern kann. Hier zeigt sich (vgl. Tabelle 31), daß die Befragten weder für eine Interessenvertretung für alle Einwanderer, noch für eine Interessenvertretung nur für TürkInnen plädieren. Genausowenig wird den etablierten Parteien und Gewerkschaften ein Sonderstatus eingeräumt.

### **8.7 Einordnung der Befragten in das parteipolitische Spektrum**

In Kapitel 5.1.3 wurde beschrieben daß die momentanen Regierungsparteien CDU/CSU eine restriktivere Einwanderungspolitik betreiben als SPD und Grüne. Desweiteren wurde darauf hingewiesen, daß die Annahme, ‘Ausländer’ würden „überwiegend links wählen, ein Irrtum ist“ (CEYHUN 1994). ‘Restriktive Einwanderungspolitik’ meint dabei vor allem eine Politik, die die Neuen MigrantInnen erheblich behindert und einschränkt, den klassischen ArbeitsmigrantInnen als ‘Alteingesessene’ aber zumindest einige Privilegien zugesteht.

**Tabelle 32: Gewählte Partei, wenn die Befragten das Wahlrecht hätten**

n = 26 Frage 26	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	sonstige	keine Partei vertritt Interessen	würde aus anderen Gründen nicht wählen
Anzahl	1	8	1	7	1	7	1
Prozent	3,8	30,8	3,8	26,9	3,8	26,9	3,8

Es zeigt sich jedoch, daß die momentanen Regierungsparteien keine nennenswerte Rolle bei den Befragten spielen (vgl. Tabelle 32). Dieses Ergebnis ist jedoch aufgrund der sehr kleinen Stichprobe *äußerst vorsichtig* zu bewerten. Unter den Befragten befindet sich zum Beispiel nur ein einziger Selbständiger, und der gibt an, er würde (nach Kapitel 5.1.5 erwartungsgemäß) CDU/CSU wählen.

Eine recht hoher Anteil der Befragten fühlt seine Interessen durch keine der Parteien vertreten, was auch durch einige qualitative Antworten verdeutlicht wird, in denen die Befragten ihre Enttäuschung über die Ignoranz der Parteien für ihre Probleme zum Ausdruck bringen.

### **8.8 Privilegierung von Neuen MigrantInnen und die Einstellungen der Befragten dazu**

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse von Antwortmöglichkeiten vorgestellt, die den Neuen MigrantInnen eine Privilegierung zugestehen.

**Tabelle 33: Privilegierung: Einstellungen gegenüber illegalisierten MigrantInnen**

Frage 5a, 5c (Angaben in Prozent)	stimmt voll zu	stimmt eher zu	teils teils	stimmt eher nicht zu	stimmt gar nicht zu	n
deren Aufenthalt sollte legalisiert werden	8,1	16,2	8,1	32,4	35,1	37
Deutschland sollte in deren Herkunftsland helfen, damit sie in ihrer Heimat bleiben können	50,0	15,8	21,1	7,9	5,3	38

Die Forderung einer Legalisierung des Aufenthalts ist ein sehr kontrovers diskutiertes Thema, ähnlich wie das der Öffnung der Grenzen (vgl. dazu den Debattenteil in BUKO-ARBEITSSCHWERPUNKT 1995: 199ff). Die erste, sehr weitgehende Forderung in Tabelle 33 wird von den Befragten zu zwei Dritteln abgelehnt. Dagegen wird die Forderung, im Herkunftsland der Illegalisierten zu helfen, deutlich befürwortet, ebenfalls zu zwei Dritteln. Es besteht jedoch kein statistischer Zusammenhang zwischen diesen beiden Aspekten.

Mit der eindeutigen Ablehnung einer *Legalisierung der Illegalisierten* machen die Befragten recht deutlich, daß sie hier den MigrantInnen bestimmte Privilegien verweigern. Dies scheint jedoch nicht nur durch eine unterschwellige Angst vor den Illegalisierten, wie sie von Politik und Medien durch Bilder von ‘organisierter Kriminalität’ und ‘Schlepperbanden’ verbreitet werden, bedingt zu sein, sondern ist zumindest bei einem Teil der Befragten Teil einer prinzipiell ablehnenden Haltung gegenüber Neuen MigrantInnen. Dies wird in Kapitel 8.11 deutlicher.

Die zweite in Tabelle 33 aufgestellte Forderung nach *Hilfe im Herkunftsland* wird vermutlich deshalb so überwiegend positiv beantwortet, weil sie altruistische und egoistische Elemente beinhaltet: zum einen hätten die betroffenen Menschen in Osteuropa die Möglichkeit, in ihrem Herkunftsland zu bleiben, und zum anderen wäre damit die potentielle Konkurrenz, die sich durch eine Wanderung dieser Menschen nach Deutschland ergeben könnte, umgangen.

**Tabelle 34: Privilegierung: Einstellungen gegenüber WerkvertragsarbeiterInnen aus Osteuropa als ‘billige’ Arbeitskräfte**

Frage 6a, 6e (Angaben in Prozent)	stimmt voll zu	stimmt eher zu	teils teils	stimmt eher nicht zu	stimmt gar nicht zu	n
sollten gleiche Löhne bekommen wie alle anderen auch	36,8	21,1	10,5	15,8	15,8	38
Deutschland sollte in deren Herkunftsland helfen, damit sie in ihrer Heimat bleiben können	37,1	20,0	25,7	8,6	8,6	35

Gegenüber den oftmals auf Baustellen arbeitenden WerkvertragsarbeiterInnen wurde von den Gewerkschaften der Mindestlohn und damit die Abschaffung dieser ‘Billiglohnkonkurrenz’ gefordert und dies auch von den ArbeitgeberInnen eingelöst. Insofern ist diese Forderung durch die Medien recht bekannt geworden. Die Befragten stimmen der Lohnangleichung insgesamt wohl eher zu, knapp ein Drittel lehnen sie aber auch ab (vgl. Tabelle 34). Der im Zusammenhang mit den Illegalisierten schon vorgestellten Möglichkeit, in Herkunftsland zu helfen (vgl. Tabelle 33), stimmt in Bezug auf die WerkvertragsarbeiterInnen ein ähnlich großer Anteil zu.

**Tabelle 35: Privilegierung: Umstände, unter denen ArbeitsmigrantInnen aus Osteuropa nach Deutschland kommen dürften**

Frage 7b, 7c (Angaben in Prozent)	stimmt voll zu	stimmt eher zu	teils teils	stimmt eher nicht zu	stimmt gar nicht zu	n
wenn sie es wollen (sie sollen selbst entscheiden dürfen)	28,6	5,7	20,0	22,9	22,9	35

**Tabelle 36: Privilegierung: Einstellungen zur weiteren Einwanderungspolitik**

Frage 15a, 15c (Angaben in Prozent)	stimmt voll zu	stimmt eher zu	teils teils	stimmt eher nicht zu	stimmt gar nicht zu	n
Deutschland muß auch weiterhin Einwanderungsland bleiben	20,5	20,5	28,2	12,8	17,9	39
Deutschland soll Grenzen noch weiter öffnen und mehr Einwanderer hereinlassen	2,6	2,6	21,1	26,3	47,4	38

Bei der Frage nach den Umständen, unter denen *ArbeitsmigrantInnen aus Osteuropa* nach Deutschland kommen dürfen, gab es zunächst die Vorgabe, daß diese *selber entscheiden* und demnach kommen dürften, *wenn sie es wollen*. Hierzu verteilen sich die Antworten relativ gleich von voll zustimmend bis voll ablehnend (vgl. Tabelle 35). Diese Vorgabe ‘wenn sie es wollen’ impliziert allerdings, daß es auch eine entsprechende Grenzöffnung geben müsse, da sonst die teilweise zugestandene freie Entscheidung der Neuen MigrantInnen wirkungslos

würde. Direkt nach einer weiteren *Grenzöffnung* für Einwanderer befragt, wurde diese jedoch eindeutig abgelehnt (vgl. Tabelle 36). Diese etwas widersprüchlichen Ergebnisse lassen sich entweder dadurch erklären, daß die Folgen einer zugestandenen Entscheidungsfreiheit den Befragten nicht klar war, oder aber vielleicht auch dadurch, daß hier einige der Befragten die Neuen MigrantInnen nicht bevormunden wollen. Daraus *kann* man schlußfolgern, daß den Neuen MigrantInnen der Wunsch nach einer Verbesserung inklusive der Entscheidung einer Wanderung zugestanden wird, die tatsächliche Einreise aber von anderen Faktoren abzuhängen hat, wie zum Beispiel der wirtschaftlichen Situation in Deutschland (siehe dazu Kapitel 8.9).

Wie schon gesagt wird eine weitere Grenzöffnung von den Befragten abgelehnt, 41% der Befragten stimmen jedoch zu, daß *Deutschland weiterhin Einwanderungsland* sein müsse (vgl. Tabelle 36). Da letzteres nicht genauer definiert wurde, gehen hier die Auffassungen der Befragten über die Ausgestaltung dieser Aussage wahrscheinlich auseinander.

**Tabelle 37: Privilegierung: Einstellung zu einem Einwanderungsgesetz, daß allen „Ausländern“ die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht**

n = 36 Frage 9	voll dafür	eher dafür	teils teils	eher dagegen	voll dagegen
<i>Anzahl</i>	15	4	6	1	10
<i>Prozent</i>	41,7	11,1	16,7	2,8	27,8

Ein Einwanderungsgesetz, wie es schon seit längerer Zeit immer wieder diskutiert und gefordert wird, würde sowohl den TürkInnen wie auch anderen MigrantInnengruppen die Niederlassung in Deutschland zumindest in Bezug auf ihre Rechte und verwaltungstechnisch erleichtern. Geht man davon aus, daß nach einer bestimmten Anzahl von Jahren (im Fragebogen wurde als Beispiel 5 Jahre genannt) alle Eingewanderten automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft bekämen, so würde dies für die TürkInnen als ‘etablierte’ MigrantInnen Vorteile bringen, aber auch ein Zugeständnis an Eingewanderte sein, die noch nicht so lange in Deutschland sind. Tabelle 37 zeigt, daß wohl knapp über die Hälfte der Befragten dafür ist, jedoch auch knapp ein Drittel strikt dagegen. Es ergeben sich dabei jedoch keine Zusammenhänge mit Strukturmerkmalen oder mit Einstellungen gegenüber Neuen MigrantInnen.

### **8.9 Abbau oder Verweigerung von Privilegien für Neuen MigrantInnen und die Einstellungen der Befragten dazu**

Unter den Begriffen Abbau oder Verweigerung von Privilegien werden hier einerseits restriktive Maßnahmen, die die Handlungsspielräume der Neuen MigrantInnen beschränken oder gar

noch weiter einschränken, sowie die negative Kopplung der Neuen MigrantInnen an die Interessen anderer, verstanden.

Der Frage danach, ob *härter gegen die illegalisierten MigrantInnen* vorgegangen werden sollte, wurde zu zwei Dritteln zugestimmt. Diese Frage korreliert zum Teil stark mit anderen Einstellungen zu Neuen MigrantInnen. Dies ist in einer Übersicht in Tabelle 43 in Kapitel 8.11 dargestellt.

**Tabelle 38: Verweigerung von Privilegien: Einstellungen gegenüber illegalisierten MigrantInnen**

Frage 5b (Angaben in Prozent)	stimmt voll zu	stimmt eher zu	teils teils	stimmt eher nicht zu	stimmt gar nicht zu	n
man sollte härter dagegen vorgehen	27,0	35,1	16,2	13,5	8,1	37

**Tabelle 39: Abbau und Verweigerung von Privilegien: Umstände, unter denen ArbeitsmigrantInnen aus Osteuropa nach Deutschland kommen dürften**

Frage 7a, 7d-f (Angaben in Prozent)	stimmt voll zu	stimmt eher zu	teils teils	stimmt eher nicht zu	stimmt gar nicht zu	n
unter den gleichen Bedingungen wie bisher	13,8	0,0	27,6	41,4	17,2	29
wenn die Wirtschaft/Industrie sie braucht	47,2	16,7	11,1	5,6	19,4	36
nur, wenn die in Deutschland lebenden Menschen diese Arbeit nicht haben wollen	8,6	17,1	11,4	11,4	51,4	35
gar nicht, man sollte das wieder verbieten	11,4	0,0	14,3	28,6	45,7	35

**Tabelle 40: Abbau und Verweigerung von Privilegien: Einstellungen zur weiteren Einwanderungspolitik**

Frage 15b, 15d-f (Angaben in Prozent)	stimmt voll zu	stimmt eher zu	teils teils	stimmt eher nicht zu	stimmt gar nicht zu	n
momentane wirtschaftliche Situation in Deutschland läßt weitere Einwanderung nicht zu	39,5	28,9	15,8	15,8	0,0	38
es kommen zu viele Ausländer, daher sollte Deutschland kein Einwanderungsland mehr sein	22,2	5,6	33,3	22,2	16,7	36
die schon lange hier lebenden Einwanderer sollten bevorzugt behandelt werden	45,9	18,9	24,3	10,8	0,0	37
die Einwanderungspolitik sollte sich auch weiterhin am Arbeitsmarkt und dessen Bedürfnissen orientieren	30,6	30,6	16,7	11,1	11,1	36

Die Unterordnung der Interessen der Neuen MigrantInnen unter die wirtschaftliche Situation wird von den Befragten eindeutig gefordert. So stimmen knapp zwei Drittel der Befragten zu, daß *ArbeitsmigrantInnen aus Osteuropa* nur dann nach Deutschland kommen dürften, *wenn die Wirtschaft/Industrie sie brauche* (vgl. Tabelle 39). Ungefähr der gleiche Befragtenanteil stimmt jeweils zu, daß die *momentane wirtschaftliche Situation* in Deutschland eine *weitere Einwanderung nicht zulasse* und sich die *Einwanderungspolitik* auch *weiterhin am Arbeitsmarkt und dessen Bedürfnissen orientieren* solle (vgl. Tabelle 40).

Von einem Befragten wurde dazu noch angemerkt, daß die Aufnahme von ArbeitsmigrantInnen abhängig von der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland gemacht werden solle. Ein anderer betonte dagegen, daß die Einwanderung *nicht* von der Wirtschaft vorge-schrieben werden dürfe und eine Gleichbehandlung aller 'AusländerInnen' notwendig wäre.

Es wird wohl ganz klar das *Verbot* der Arbeitskräftewanderung aus Osteuropa abgelehnt, jedoch genauso die bisherigen Bedingungen, unter denen sie gekommen sind (vgl. Tabelle 39).

Ganz eindeutig befürwortet wird die *Bevorzugung der eigenen Gruppe* von zwei Dritteln der Befragten (vgl. Tabelle 40).

### **8.10 Ängste und Befürchtungen gegenüber den Neuen MigrantInnen**

Nach Ansicht von *Experte 1* sind Rußlanddeutsche in Grone-Süd, als eine Gruppe von Neuen MigrantInnen, Kriminelle, deren Verhalten sich auf das Bild der 'AusländerInnen' an sich auswirke und damit auch auf die TürkInnen zurückfalle. Die einheimischen Deutschen würden nicht differenzieren und Rußlanddeutsche und TürkInnen in einen Topf werfen. Die TürkInnen hätten sich in Deutschland eingelebt und würden sich durch das, was die Rußlanddeutschen und auch Ex-JugoslawInnen machten, gestört fühlen. Dabei differenziert *Experte 1* noch nach TürkInnen der 1. Generation, für die das Verhalten der Rußlanddeutschen völlig normal sei, und der 2. und 3. Generation, für die das nicht normal sei.

Wir haben es hier also mit der Angst zu tun, daß das eigene Ansehen durch das Verhalten anderer beschädigt wird (vgl. ELIAS/SCOTSON 1990: 16). Die TürkInnen haben sich laut *Experte 1* eingelebt und können daher relativ zu den Rußlanddeutschen als Etablierte bezeichnet werden. ELIAS/SCOTSON weisen nun auf „strukturelle Regelmäßigkeiten der Etablierten-Außenseiter-Beziehung“ hin, die sich zum Beispiel darin äußere, daß eine Etabliertengruppe dazu neige, „der Außenseitergruppe [hier den Rußlanddeutschen] insgesamt die „schlechten“ Eigenschaften der „schlechtesten“ ihrer Teilgruppen (...) zuzuschreiben“ (ELIAS/SCOTSON

1990: 13). Dies äußert sich in oben genanntem Beispiel durch das Merkmal der ‘Kriminalität’, das den Rußlanddeutschen von *Experte 1* angeheftet wird. Er hat wohl erkannt, daß es „solche und solche Menschen“ unter den Rußlanddeutschen gibt, jedoch ist für die Auswirkungen auf die eigene Gruppe allein das Merkmal ‘Kriminalität’ entscheidend. Hinter dieser Einstellung verbirgt sich allerdings auch, daß die Deutschen in ihrer Dominanzkultur mit Minderheiten prinzipiell ähnlich verfahren, und da ihm das Bild der TürkInnen aus der Sicht der Deutschen wichtig ist, übernimmt er quasi die Methode der Deutschen, wohl, um sich auf die „Gewinnerseite“ zu schlagen (vgl. ERDEM 1995: 119).

In den qualitativen Antworten über die *Ursachen von Fremdenfeindlichkeit* (vgl. Tabelle 28) wiesen einige der Befragten darauf hin, daß Neue MigrantInnen weniger als ‘AusländerInnen’ angesehen werden und die TürkInnen aufgrund ihrer Religion und Mentalität immer noch ‘fremder’ wirken würden. Auf die Frage nun, ob durch die Neuen MigrantInnen eine *Verstärkung der ausländerfeindlichen Stimmung* in Deutschland erwartet werde, stimmten die Befragten überwiegend zu. Einer *Verunsicherung durch Illegalisierte* wurde zu ungefähr gleichen Teilen zugestimmt und nicht zugestimmt (vgl. Tabelle 41 und Tabelle 42).

Die *Verunsicherung gegenüber illegalisierten MigrantInnen* scheint dabei mit der Einschätzung der *Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt* zusammenzuhängen (vgl. Tabelle 23) ( $\tau = -0,51$ ,  $p < 0,01$ ): Befragte, die sich durch die illegalisierten MigrantInnen verunsichert fühlen, schätzen die Veränderung auf dem Arbeitsmarkt durch die Neue Migration als schlechter ein.

**Tabelle 41: Ängste und Befürchtungen wegen illegalisierter Menschen**

Frage 5e, 5f (Angaben in Prozent)	stimmt voll zu	stimmt eher zu	teils teils	stimmt eher nicht zu	stimmt gar nicht zu	<i>n</i>
dadurch wird die ausländerfeindliche Stimmung in Deutschland verstärkt	43,6	20,5	25,6	2,6	7,7	39
fühlt sich verunsichert	33,3	16,7	11,1	5,6	33,3	36

Die Befürchtung, daß die WerkvertragsarbeiterInnen den *Einheimischen die Arbeitsplätze wegnehmen* würden, ist weiter weniger stark ausgeprägt wie die Angst vor steigender Fremdenfeindlichkeit (vgl. Tabelle 42).

**Tabelle 42: Ängste und Befürchtungen wegen WerkvertragsarbeiterInnen**

Frage 6b, 6d (Angaben in Prozent)	stimmt voll zu	stimmt eher zu	teils teils	stimmt eher nicht zu	stimmt gar nicht zu	<i>n</i>
nehmen den Einheimischen die Arbeitsplätze weg	39,5	10,5	15,8	18,4	15,8	38
dadurch wird die ausländer- feindliche Stimmung in Deutschland verstärkt	37,5	25,0	22,5	10,0	5,0	40

### **8.11 Zur Konsistenz der Einstellungen der Befragten**

Die in den Kapiteln zur Privilegierung von Neuen MigrantInnen dargestellten Ergebnisse haben gezeigt, daß in manchen Bereichen restriktivere Maßnahmen gegen Neue MigrantInnen gefordert und andererseits Möglichkeiten der Privilegierung abgelehnt werden. Dies Ergebnisse lassen aufgrund der kleinen Stichprobe keine Aufschlüsselung nach Strukturmerkmalen der Befragten zu.

Es ist aber möglich, über Korrelationen zu prüfen, ob die jeweiligen Befragten *in sich konsistent* über Neue MigrantInnen denken, also zum Beispiel ob diejenigen, die an einer Stelle bereit sind, den Neuen MigrantInnen weitere Privilegien einzuräumen, dies auch an anderer Stelle tun. In der folgenden Tabelle 43 sind dazu einige *ausgewählte* Korrelationen dargestellt.

Diese Korrelationen sollen wohlgemerkt nicht dazu dienen, Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Aussagen darzustellen und daraus jeweils *einzelne* Thesen aufzustellen. Dazu ist die Stichprobe zu klein. Man sieht an dieser Tabelle lediglich, daß insgesamt die Einstellungen der *jeweiligen* Befragten in eine bestimmte Richtung tendieren.

Konkret heißt das zum Beispiel, daß wohl diejenigen, die für eine Legalisierung der Illegalisierten plädieren (siehe Tabelle 43), auch *eher* für eine Grenzöffnung sind ( $\tau = 0,54$ ,  $p < 0,01$ ) und den Arbeitskräften aus Osteuropa *eher* eine freie Migrationsentscheidung zugestehen ( $\tau = 0,39$ ,  $p < 0,01$ ). Und dieser Zusammenhang ist auch einleuchtend. Aufgrund der kleinen Stichprobe haben diese einzelnen Zusammenhänge jedoch nur eine *sehr kleine* Aussagekraft, und nur alle Zusammenhänge zusammengefaßt ergeben das Bild, das im folgenden beschrieben wird.

Es geht in dieser Tabelle darum zu zeigen, daß die Befragten eben *nicht* widersprüchliche Aussagen machen, die den Neuen MigrantInnen einerseits Privilegien zugestehen und sie an anderer Stelle wieder ablehnen. Diese Korrelationen sagen übrigens auch *nichts* darüber aus,

*wieviel* der Befragten sich tatsächlich zustimmend oder ablehnend zu den Aussagen geäußert haben; dazu ist ein Blick auf die jeweiligen Tabellen in den vorherigen Kapiteln notwendig.

Man kann aufgrund der in Tabelle 43 dargestellten Auswahl von Korrelationen wohl davon ausgehen (und eine Durchsicht der wenigen Fragebögen von Hand bestätigt dies auch), daß es einige Befragte gibt, die insgesamt eher ablehnend gegenüber Neuen MigrantInnen sind und restriktive Maßnahmen fordern, und daß andere Befragte den Neuen MigrantInnen insgesamt sehr wohl Privilegien zugestehen. Es gibt noch eine Reihe von weiteren Korrelationen, die dieses Bild nochmals untermauern. Eine tendenzielle Konsistenz der Einstellungen der Befragten kann somit als bestätigt angesehen werden.

**Tabelle 43: Korrelationen von Einstellungen der Befragten zu Neuen MigrantInnen (Auswahl)**

	Aufenthalt von Illegalisierten sollte legalisiert werden (Frage 5a)	man sollte härter gegen Illegalisierte vorgehen (Frage 5b)	durch Illegalisierte wird ausländerfeindliche Stimmung verstärkt (Frage 5e)	ich fühle mich verunsichert (Frage 5f)
WerkvertragsarbeiterInnen nehmen Einheimischen die Arbeitsplätze weg (Frage 6b)		0,52 p < 0,01	0,52 p < 0,01	0,37 p < 0,01
durch WerkvertragsarbeiterInnen wird die ausländerfeindliche Stimmung verstärkt (Frage 6d)		0,42 p < 0,01	0,70 p < 0,01 (erwartet hoch, weil fast identische Fragen)	0,59 p < 0,01
Arbeitskräfte aus Osteuropa sollen kommen dürfen, wenn sie es wollen (Frage 7b)	0,39 p < 0,01			
Arbeitskräfte aus Osteuropa nur, wenn Wirtschaft sie braucht (Frage 7d)		0,35 p < 0,05	0,51 p < 0,01	
Deutschland muß weiter Einwanderungsland bleiben (Frage 15a)		- 0,40 p < 0,01		
momentane wirtschaftliche Situation läßt weitere Einwanderung nicht zu (Frage 15b)	- 0,35 p < 0,05	0,53 p < 0,01	0,54 p < 0,01	0,37 p < 0,05
Deutschland sollte die Grenzen noch weiter öffnen (Frage 15c)	0,54 p < 0,01	- 0,61 p < 0,01	- 0,41 p < 0,01	
es kommen zu viele Ausländer, daher sollte Deutschland kein Einwanderungsland mehr sein (Frage 15d)		0,46 p < 0,01	0,48 p < 0,01	0,40 p < 0,01
die schon lange hier lebenden Einwanderer sollten bevorzugt behandelt werden (Frage 15e)		0,31 p < 0,05	0,51 p < 0,01	0,38 p < 0,05
die Einwanderungspolitik sollte sich auch weiterhin am Arbeitsmarkt und dessen Bedürfnissen orientieren (Frage 15f)		0,42 p < 0,01		

n liegt bei allen angegebenen Korrelationen zwischen 33 und 37

## 9 Zusammenfassung und Bewertung

Es muß hier zunächst noch einmal betont werden, daß aufgrund der geringen Stichprobe diese Ergebnisse und die Bewertung *keinen Anspruch auf Repräsentativität* haben und nur die Meinung und *Tendenzen der hier Befragten* wiedergeben. Insofern hat diese Arbeit eher *explorativen* Charakter, deren zum Teil nur angedeutete Ergebnisse in weiteren Untersuchungen eine genauere Betrachtung nötig haben. Hierzu müßte zum einen die Gruppe der Neuen MigrantInnen weiter ausdifferenziert werden, zum Beispiel nach AussiedlerInnen, die als deutsche Staatsangehörige gewisse Privilegien und Förderung genießen, welche ihnen gegenüber den TürkInnen eindeutige Vorteile verschaffen. Zum anderen wären einzelne der hier betrachteten Aspekte genauer zu untersuchen, zum Beispiel der Einfluß der sozio-ökonomischen Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland auf die Einstellungen der TürkInnen, das Kontaktverhalten zu den Neuen MigrantInnen oder das Bewußtsein einer gemeinsamen Situation als MigrantInnen.

Es soll nun versucht werden, die im vorherigen Kapitel dargestellten Ergebnisse und angedeuteten Erklärungsversuche in einen Zusammenhang zu bringen mit den Ausführungen zur Dominanzkultur, hier speziell mit dem Aspekt der Privilegiensicherung, und zu schauen, inwieweit sich die in Kapitel 6.2 aufgestellte These halten läßt.

In den Kapiteln zur Dominanzkultur wurde gezeigt, daß TürkInnen einerseits als InhaberInnen von Macht angesehen werden können, die gegenüber den Neuen MigrantInnen gewisse Privilegien genießen (vgl. Kapitel 5.1). Nach ELIAS/SCOTSON (1990) kann dies als Etablierten-Außenseiter-Beziehung gesehen werden, in der die TürkInnen die Rolle der Etablierten einnehmen. Andererseits (vgl. Kapitel 5.2) sind die TürkInnen in der Bundesrepublik Deutschland ganz klar Opfer einer rassistisch strukturierten Gesellschaft (vgl. ERDEM 1995: 130), in der sie als Außenseiter, als 'Machtlose' gegenüber den etablierten Deutschen anzusehen sind. *Machtunterschiede* liefern nach dem Konzept der Dominanzkultur, und auch nach dem darin enthaltenen Etablierten-Außenseiter-Modell (ELIAS/SCOTSON 1990), die Erklärung für Spannungen und Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen (vgl. Kapitel 4). Da die Verteilung von Privilegien abhängig ist von der Verteilung von Macht (LENSKI 1973: 70ff), wurde in der Befragung ein Schwerpunkt auf die Untersuchung von Privilegien gelegt, um damit die Rolle der Befragten in der Dominanzkultur erfassen zu können.

Zu den Ergebnissen dieser Arbeit kann man zunächst festhalten, daß sich die befragten TürkInnen in zwei Gruppen mit in sich relativ konsistenten Einstellungen einteilen lassen (vgl.

Kapitel 8.11), wobei eine *eindeutige* Zuordnung der jeweiligen Befragten nicht *immer* möglich. Es gibt auch Befragte, die sowohl Positionen der einen wie der anderen Gruppe beziehen. Jedoch gibt es *Tendenzen*, die Befragte dieser beiden Gruppen zeigen:

- Die *eine Gruppe* umfaßt diejenigen, die gegenüber den Neuen MigrantInnen eher ablehnende Einstellungen haben und ihnen Privilegien eher verweigern. Sie ordnen die Interessen der Neuen MigrantInnen unter die eigenen Interessen bzw. die der TürkInnen und machen Einwanderungspolitik abhängig von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation in der Bundesrepublik Deutschland. Die Betonung der wirtschaftlichen Situation, der sich die Neuen MigrantInnen unterzuordnen hätten (vgl. Kapitel 8.9), zeigt, daß es eher *kein* gemeinsam geteiltes Bewußtsein mit den WerkvertragsarbeiterInnen als ArbeitsmigrantInnen gibt (vgl. Kapitel 8.6). Die Einwanderungspolitik soll sich nach der wirtschaftlichen Situation richten, d.h. diese erste Gruppe der Befragten fordert für die Neuen MigrantInnen, wovon sie selbst zum Teil betroffen sind oder waren: eine restriktive Einwanderungspolitik. Dies kann nach ERDEM dahingehend bewertet werden, daß diese Gruppe versucht, sich auf die „Gewinnerseite“ zu schlagen (ERDEM 1995: 119).

Es *scheint* sich aber auch ein Widerspruch bei den Einstellungen dieser Befragten aufzutun: auf der einen Seite werden humanitäre Aspekte der Migration eingesehen und den Neuen MigrantInnen zunächst, was ja noch relativ unverfänglich ist, zum Beispiel eine eigene Migrationsentscheidung zugestanden. Einer konkreteren Ausformulierung der Folgen, die sich aus einer solchen Entscheidung der MigrantInnen ergeben müßten, nämlich eine Öffnung der Grenzen und damit einer weiteren Einwanderung, wird jedoch vehement widersprochen (vgl. Kapitel 8.8 und 8.9). Dabei zeigen sich auch Tendenzen, daß diesen Befragten ihre privilegierte Position gegenüber den Menschen aus Osteuropa recht klar ist und sie gleichzeitig einer restriktiveren Einwanderungspolitik zustimmen (vgl. Kapitel 8.5).

Inwieweit die Machtunterschiede der Befragten dieser Gruppe sie in die potentielle Lage versetzt, Neue MigrantInnen auch zu stigmatisieren (vgl. ELIAS/SCOTSON 1990: 14), kann hier nicht geklärt werden. Hierzu wäre zum Beispiel eine genauere Untersuchung über AussiedlerInnen und TürkInnen in einem Wohnviertel hilfreich.

- Die *andere Gruppe* umfaßt diejenigen Befragten, die den Neuen MigrantInnen insgesamt eher Privilegien zugestehen. Diese Gruppe ist weniger stark vertreten als die erste. Diese Befragten plädieren zum Beispiel eher für eine Öffnung der Grenzen und eine Einwande-

rungepolitik, die die MigrantInnen nicht unter die Interessen der Wirtschaft unterordnet. Sie kann im Sinne des Engagement-Distanzierungs-Schemas (vgl. Kapitel 4.2.4) als eine Gruppe angesehen werden, die in der Lage ist, auch aus einer anderen als ihrer individuellen oder Gruppenperspektive auf soziale Beziehungen zu schauen. Sie gestehen den Neuen MigrantInnen also nicht nur eine freie Entscheidung zu, wie es zum Teil auch die erste Gruppe macht, sondern scheinen auch bei der konkreten Umsetzung an ihrer Meinung festzuhalten. Nach ROMMELSPACHER haben sie es scheinbar gelernt, sich bewußt zu distanzieren (ROMMELSPACHER 1992: 81). Es läßt sich mit der hier durchgeführten Befragung aber nicht klären, wie und warum diese Befragten distanzierter sind, da eine Analyse nach Strukturmerkmalen der Befragten, was Hinweise auf Erklärungen liefern *könnte*, nicht möglich ist.

Die *Verschlechterung der Lebenssituation* oder zumindest das Stehenbleiben in einer schlechten Position (vgl. Kapitel 8.4), die von den meisten Befragten erwartet wird, kann im Sinne der Dominanzkultur als Machtverlust angesehen werden. Dies kann sowohl in der Figuration Deutsche-TürkInnen wie auch in der Figuration TürkInnen-Neue MigrantInnen eine Verschiebung der Machtbalance bedeuten. Aus einer solchen Verschlechterung müßten sich demnach restriktive Einstellungen gegenüber den Neue MigrantInnen ergeben, die zumindest teilweise als UrheberInnen der Verschlechterung angesehen werden. Es zeigen sich jedoch absolut *keine* Zusammenhänge zwischen der Einschätzung einer Verschlechterung und restriktiven Einstellungen gegenüber den Neuen MigrantInnen. Dies kann mehrere Ursachen haben: zunächst einmal die sehr kleine Stichprobe. Wertet man diese Verschlechterung als *Verringerung* der Machtunterschiede zu den Neuen MigrantInnen, so *kann* dieses Ergebnis aber eventuell auch zeigen, daß eine solche *Verringerung* der Machtunterschiede keine Erklärung für die Einstellungen der TürkInnen liefert. Das bloße *Vorhandensein* eines Machtunterschiede - einer Privilegierung - scheint dann für restriktive Einstellungen der TürkInnen verantwortlich zu sein, immer vorausgesetzt, sie haben es nicht gelernt, sich bewußt zu distanzieren. *Angst vor Privilegienverlust* scheint demnach keine Erklärungskategorie für die Einstellungen der Befragten zu sein.

Vereinzelt gibt es andeutungsweise *Hinweise* darauf, daß die TürkInnen auf informelle Netzwerke, speziell in Bezug auf den Wohnungsmarkt, zurückgreifen können, mit deren Hilfe sie sich einen Vorteil gegenüber den Neuen MigrantInnen verschaffen (vgl. Kapitel 8.4). Sie haben damit einen Informationsvorteil als 'alteingesessene' MigrantInnen, der sie in eine bessere

Machtposition gegenüber den Neuen MigrantInnen versetzt. Dies deutet sich in dieser Befragung aber wie gesagt nur an.

### Fazit

Es hat sich gezeigt, daß es auch unter den befragten TürkInnen Einstellungen gibt, die als Ausdruck einer Dominanzkultur gesehen werden können, daß andererseits manche der Befragten aber auch in der Lage sind, ihre Position in der Gesellschaft selbstdistanziert zu betrachten und insofern der Dominanzkultur weniger ‘verhaftet’ sind. Diese oben dargestellten Ergebnisse sind jedoch nicht migrantInnenspezifisch, d.h. aufgrund der theoretischen Überlegungen zur Dominanzkultur kann davon ausgegangen werden, daß eine Befragung von Deutschen zum Thema Neue MigrantInnen zum Teil ähnliche Einstellungen geliefert hätte. Die aufgestellte These (vgl. Kapitel 6.2) ist durch diese Befragung weder widerlegt noch kann sie eindeutig bestätigt werden. Die Ergebnisse lassen jedoch sicherlich den Schluß zu, daß die These ‘in die richtige Richtung weist’.

Bei der Befragung wurde als zu untersuchende Gruppe TürkInnen in Göttingen im Alter von mehr als 18 Jahren gewählt. Dies stellt eine Gruppe dar, die sich über ihre Staatsangehörigkeit, über ihr Herkunftsland und/oder über einen wie auch immer definierte ‘ethnischen’ oder ‘kulturellen’ Zusammenhang definiert. Durch diese Vorgehensweise werden jedoch soziale Unterschiede ausgeblendet. So, wie es reiche Deutsche und arme TürkInnen gibt, so gibt es auch, wenn auch verhältnismäßig kleiner, reiche TürkInnen und arme Deutsche. Die Gruppe der TürkInnen ist ebensowenig homogen wie die der Deutschen. Dies zeigen auch KIBLER/ECKERT (in: TREIBEL 1997: 188) in einer figurationssoziologischen Untersuchung am Beispiel der Kölner Südstadt. Dort laufen die „Abgrenzungen und Zugehörigkeiten in der Südstadt quer zu den ethnischen Gruppierungen“ (TREIBEL 1997: 188). Dort gab es jeweils eine gleiche Zahl einheimischer Etablierter und einheimischer Außenseiter, sowie eine kleine Gruppe etablierter ‘AusländerInnen’ und eine große Zahl von ‘ausländischen’ AußenseiterInnen. Geht man davon aus, daß dieses Etablierten-Außenseiter-Modell in der Dominanzkultur prinzipiell vorhanden ist, und die Kölner Südstadt oder ELIAS’ Winston Parva (ELIAS/SCOTSON 1990) keine Einzelfälle sind, dann gilt auch für die TürkInnen in Göttingen, daß sie je nach betrachteter Figuration (Deutsche-TürkInnen oder TürkInnen-Neue MigrantInnen) entweder Etablierte oder AußenseiterInnen sein können. Machtunterschiede und damit der Zugang zu Ressourcen entscheiden dabei über die Zugehörigkeit zu den Etablierten oder AußenseiterInnen und nicht die Zuordnung zu einer Ethnie.

Es wäre aus diesen Gründen daher sinnvoll, in etwaigen größer angelegten Untersuchungen nach sozialen Gruppen zu differenzieren und nicht nach ethnischen. Den Figurationen, die diese Gruppen dabei bilden, müssen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wenn dann sowohl Deutsche wie TürkInnen wie auch andere MigrantInnen innerhalb einer Untersuchung berücksichtigt werden, wäre eine Differenzierung in migrantInnenspezifische Einstellungen und spezifische Einstellungen sozialer Gruppen möglich. Erst dann wäre es zum Beispiel auch möglich, die in dieser Befragung gestellten Fragen nach der Einschätzung der Veränderung der Lebenssituation genauer einzuordnen, denn manche Deutsche hätten diese Fragen vielleicht ähnlich beantwortet.

TürkInnen, wie auch die Neuen MigrantInnen, sind Opfer einer rassistisch strukturierten Gesellschaft (ERDEM 1995: 130). Sie sind jedoch genausowenig homogen in ihren Einstellungen und Verhalten wie es die Deutschen sind. Die in dieser Arbeit herausgearbeiteten Unterschiede zwischen diesen beiden MigrantInnengruppen mögen an mancher Stelle den Eindruck erwecken, TürkInnen als 'InhaberInnen von Macht' seien nicht diskriminiert in dieser Gesellschaft. Daß dem nicht so ist wurde an mehreren Stellen deutlich gemacht. Die Befragten betonten mehrfach die gestiegene Fremdenfeindlichkeit und verwiesen auf die Politik, die nichts dagegen unternähme und im Gegenteil die Fremdenfeindlichkeit sogar indirekt stütze. Sie sahen dabei jedoch weniger sozio-ökonomische Unterschiede als Ursache von Fremdenfeindlichkeit an, sondern ihre religiöse und kulturelle 'Andersartigkeit' und ihr 'fremderes' Aussehen im Vergleich zu den Neuen MigrantInnen. Desweiteren wurde eine größere kulturelle und religiöse Nähe zu den einheimischen Deutschen betont. Dies zeigt, daß „immer häufiger (...) ethnische Merkmale bzw. rassistische Argumentationen“ das „soziologische Alter“<sup>36</sup> außer Kraft setzen würden (TREIBEL 1997: 189; vgl. ELIAS/SCOTSON 1990: 10).

Die Untersuchung hat zumindest im theoretischen Teil klar gemacht, daß kulturelle oder 'ethnische' Kategorien nicht geeignet sind, Konflikte und Spannungen zwischen verschiedenen Gruppen zu erklären. Eine 'Ethnisierung des Sozialen' ist sicherlich der falsche Weg, die Probleme von Minderheiten zu lösen, sondern es müssen die Machtdifferenzen offengelegt und angegangen werden, die für den alltäglichen Rassismus in dieser Gesellschaft verantwortlich sind und die Menschen, egal welcher Herkunft, zu einer 'Ware Arbeitskraft' herabsetzen.

---

<sup>36</sup> „soziologisches Alter“ meint hier die Anzahl der Jahre seit des Zuzugs bzw. Auftauchens einer Gruppe zum Beispiel in einem Ortsteil. In ELIAS/SCOTSONS Untersuchung hatten die etablierten 'Alteingesessenen' ein höheres soziologisches Alter als die 'Neuankömmlinge', die Außenseiter.

## 10 Literatur

- BADE**, Klaus J. (1994a): homo migrans - Wanderungen aus und nach Deutschland. Erfahrungen und Fragen. (=Stuttgarter Vorträge zur Zeitgeschichte; 2). Essen.
- BADE**, Klaus J. (1994b): Ausländer - Aussiedler - Asyl: eine Bestandsaufnahme. (=Beck'sche Reihe; 1072). München.
- BIELEFELD**, Uli (1989): Zum Strukturwandel des "Ausländerproblems" in der Bundesrepublik: Gesellschaftlich-politischer Ausschluß und ethnische Gemeinschaftsbildung. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 40. H. 7. S. 393-404.
- BIELING**, Hans-Jürgen (1993): Nationalstaat und Migration im "Postfordismus" - Gewerkschaften vor der Zerreißprobe. (=Studien der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG); 2). Marburg.
- BOGNER**, Artur (1989): Zivilisation und Rationalisierung. Die Zivilisationstheorien M. Webers, N. Elias' und der Frankfurter Schule. Opladen.
- BÜRKNER**, Hans-Joachim (1987): Die soziale und sozialräumliche Situation türkischer Migranten in Göttingen. (=Schriften des Instituts für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung GmbH; 2). Saarbrücken, Fort Lauderdale.
- BÜRKNER**, Hans-Joachim (1997): Jugendliche Arbeitsmigranten in Deutschland. In: Geographische Rundschau. Jg. 49. H. 7-8. S. 418-422.
- BUKO-ARBEITSSCHWERPUNKT RASSISMUS UND FLÜCHTLINGSPOLITIK** (Hrsg.) (1995): Zwischen Flucht und Arbeit. Neue Migration und Legalisierungsdebatte. Hamburg.
- CEYHUN**, Ozan (1994): Der Umweg über die Parteien. In: taz - die tageszeitung vom 17.9.1994. S. 30.
- DGB (DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND)** (1996): Von der Ausländerbeschäftigung zur Einwanderungspolitik. Beschlüsse, Stellungnahmen und Forderungen des DGB 1990-1993. Düsseldorf.
- DIEKMANN**, Andreas (1995): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. (=rowohlts enzyklopädie). Hamburg.
- DROSSOU**, Olga und Birgit **WICHMANN** (1991): Ausländerrecht und Ausländerbehörde. In: DROSSOU, O., C. LEGGEWIE, B. WICHMANN (Hrsg.): Einwanderergesellschaft Göttingen. S. 209-255.
- EBLINGHAUS**, Helga und Armin **STICKLER** (1996): Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development. Frankfurt am Main.
- ELIAS**, Norbert (1977): Über den Prozeß der Zivilisation: Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Band 1: Wandlungen des Verhaltens in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes. 4. Aufl., Frankfurt am Main.
- ELIAS**, Norbert (1978): Über den Prozess der Zivilisation: soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Band 2: Wandlungen der Gesellschaft: Entwurf einer Theorie der Zivilisation. 5. Aufl., Frankfurt am Main.

- ELIAS**, Norbert (1983): Arbeiten zur Wissenssoziologie. Band 1: Engagement und Distanzierung. Frankfurt am Main.
- ELIAS**, Norbert (1995): Figuration. In: SCHÄFERS, B. (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie. Opladen. S. 75-77.
- ELIAS**, Norbert und John L. **SCOTSON** (1990): Etablierte und Außenseiter. Frankfurt am Main.
- ERDEM**, Önder (1995): Hierarchisierung, Rassismus und Macht. Das Dilemma der "klassischen ArbeitsmigrantInnen" in der sozialen Pyramide. In: BUKO-ARBEITSSCHWERPUNKT (Hrsg.): Zwischen Flucht und Arbeit. Hamburg. S. 119-132.
- FATHI**, Ali (1996): Die bundesrepublikanische Einwanderungspraxis im europäischen Vergleich mit Großbritannien und Frankreich. Politische Ansichten von Berliner Einwanderern zur deutschen Einwanderungspraxis und zu den Auswirkungen der Vereinigung Europas. Diss., Berlin.
- FIRAT**, Düzgün (1996): Migration als Belastungsfaktor türkischer Familien. Auswirkungen auf die soziale Identität und das Familiensystem. Hamburg.
- FOITZIK**, A., R. **LEIPRECHT**, A. **MARVAKIS**, U. **SEID** (Hrsg.) (1992): "Ein Herrenvolk von Untertanen." Rassismus - Nationalismus - Sexismus. Duisburg.
- GASEROW**, Vera (1995): ...und bloß nicht ins Krankenhaus. Illegale in Berlin. In: BUKO-ARBEITSSCHWERPUNKT (Hrsg.): Zwischen Flucht und Arbeit. Hamburg. S. 19-26.
- GEGENSTANDPUNKT** (1995): Woher kommt und wie geht Rassismus? In: Gegenstandspunkt. H. 1. S. 8-20.
- GESTERKAMP**, Thomas und Renate **HEBAUF** (1995): "...aber sie bleiben Ausländer" In: Mitbestimmung. H. 6. S. 40-43.
- GUKENBIEHL**, Hermann L. (1995): Macht. In: SCHÄFERS, B. (Hg.): Grundbegriffe der Soziologie. Opladen. S. 184-186.
- GUTMANN**, Rolf (1997): Der ausländerrechtliche Sonderstatus türkischer Arbeitnehmer. In: Arbeit und Recht. H. 10. S. 391-393.
- HANSEN**, Klaus P. (1995): Kultur und Kulturwissenschaft: Eine Einführung. (=UTB für Wissenschaft; 1846). Tübingen, Basel.
- HECKMANN**, Friedrich (1992): Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie interethnischer Beziehungen. Stuttgart.
- HEITMEYER**, Wilhelm (1992): Eine gewerkschaftliche Politik gegen den Rechtsextremismus findet nicht statt. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. Jg. 43. H. 10. S. 620-633.
- HERGESELL**, Burkhard (1994): Arbeiterkulturen im Betrieb: interethnische Beziehungen zwischen Produktionsarbeitern; eine empirische Studie. Frankfurt am Main.
- HOFFMEYER-ZLOTNIK**, Jürgen (1985): Möglichkeiten und Grenzen der Datenerhebung bei Arbeitsmigranten. In: SIEVERING, U. (Hrsg.): Arbeitsmigrantenforschung in der Bundesrepublik Deutschland. (=Arnoldshainer Texte; 35). Frankfurt am Main. S. 5-24.
- HUSSAIN**, Tanweer (1996): Der völkische Egoismus ist wirklich ein falscher Ratgeber. (Leserbrief). In: Frankfurter Rundschau vom 18.6.1996.
- JUST**, Wolf-Dieter (1989): Na, immer noch da? Ausländer schildern ihre Situation in den Betrieben. Frankfurt am Main.

- KALPAKA**, Annita und Nora **RÄTHZEL** (1990): Wirkungsweisen von Rassismus und Ethnozentrismus. In: KALPAKA, A., N. RÄTHZEL (Hrsg.): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. 2. Aufl., Leer. S. 12-80.
- KLEIN**, Hans-Joachim (1995): Kultur. In: SCHÄFERS, B. (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie. Opladen. S. 174-176.
- KOOLWIJK**, Jürgen van, Maria **WIEKEN-MAYSER** (Hrsg.) (1974): Techniken der empirischen Sozialforschung. Band 4: Erhebungsmethoden: Die Befragung; Band 6: Statistische Forschungsstrategien. München, Wien.
- KRAMER**, Heinz (1995): Die Assoziierungsabkommen der EU: Die Türkei und Mittelosteuropa in einem Boot? (=Eurokolleg; 32). Bonn.
- KROMREY**, Helmut (1995): Empirische Sozialforschung. (=UTB-Wissenschaft). 7.Aufl., Opladen.
- KÜHNE**, Peter, Nihat **ÖZTÜRK**, Klaus W. **WEST** (Hrsg.) (1994): Gewerkschaften und Einwanderung - eine kritische Zwischenbilanz. Köln.
- KUNZMANN**, Tobias (1996): Datenschutz - auch für AusländerInnen? In: Forum Recht. Jg. 14. H. 1. S. 21-22.
- LAJIOS**, Konstantin (1991): Familiäre Sozialisations-, soziale Integrations- und Identitätsprobleme ausländischer Kinder und Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland. In: LAJIOS, K. (Hrsg.): Die zweite und dritte Ausländergeneration. Opladen. S. 43-54.
- LEIPRECHT**, Rudolf (1993): Das Modell "unmittelbare und/oder direkte Konkurrenz": Erklärung von Rassismus oder Rechtfertigungsangebot? In: INSTITUT FÜR SOZIALPÄDAGOGISCHE FORSCHUNG MAINZ (Hrsg.): Rassismus - Fremdenfeindlichkeit - Rechtsextremismus. (=Kritische Texte: Materialien). Bielefeld. S. 68-86.
- LENSKI**, Gerhard (1973): Macht & Privileg: Eine Theorie der sozialen Schichtung. Frankfurt am Main.
- LIENERT**, G.A. (1973): Verteilungsfreie Methoden in der Biostatistik. Band I. Meisenheim am Glan.
- LINDNER**, Peter (1996): Die Kategorie "Raum" im Zivilisationsprozess von Norbert Elias. In: Anthropos. Jg. 91. H. 4/6. S. 513.
- LUTZ**, Georg (1995): Weltmarkt und neue Migration. In: BUKO-ARBEITSSCHWERPUNKT (Hrsg.): Zwischen Flucht und Arbeit. Hamburg. S. 155-169.
- MAURER**, Michael (1989): Der Prozess der Zivilisation: Bemerkungen eines Historikers zur Kritik des Ethnologen Hans Peter Duerr an der Theorie des Soziologen Norbert Elias. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Jg. 40. H. 4. S. 225-238.
- MEYERS GROSSES TASCHENLEXIKON** (1992): Lexikon in 24 Bänden. 4., vollst. überarb. Aufl., Mannheim u.a..
- NOLTE**, Georg (1987): Freizügigkeit nach dem Assoziierungsvertrag EWG-Türkei: Auslegungskompetenz, unmittelbare Anwendbarkeit und Familiennachzug. In: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht. S. 755-773.
- ÖZCAN**, Ertekin (1989): Türkische Immigrantorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Diss., Berlin.

- ÖZTÜRK, Nihat** (1994): Der Umgang mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Zwischen Bagatellisierung und hilflosem Aktionismus. In: KÜHNE, P, N. ÖZTÜRK, K.W. WEST (Hrsg.): Gewerkschaften und Einwanderung.. Köln. S. 93-122.
- PARSDORFER, Christine** (1995): Vom "Modell Deutschland" zur "Ethnisierung des Sozialen". In: BUKO-ARBEITSGRUPPE (Hrsg.): Zwischen Flucht und Arbeit. Hamburg. S. 171-182.
- RÄTHZEL, Nora** (1990): "Abgrenzung ist ein Zeichen von Schwäche." Interview von Bernd Siegler. In: taz - die tageszeitung vom 11.12.1990. S. 13.
- REDAKTIONSGRUPPE** (1995): Einleitung. In: BUKO-ARBEITSSCHWERPUNKT (Hg.): Zwischen Flucht und Arbeit. Hamburg. S. 7-17.
- REDMANN, Jutta** (1997): Im Blickpunkt: Zwei Pässe wären die Lösung. Studie zur Einwanderung. In: Frankfurter Rundschau vom 4.4.1997. S. 4.
- ROMMELSPACHER, Birgit** (1990): "Sie bedrohen unser Selbstbild." Interview von Andrea Böhm mit Birgit Rommelspacher. In: taz - die tageszeitung vom 7.5.1990. S. 11.
- ROMMELSPACHER, Birgit** (1992): Rechtsextremismus und Dominanzkultur. In: FOITZIK et. al (Hrsg.): "Ein Herrenvolk von Untertanen". Duisburg. S. 81-94.
- ROMMELSPACHER, Birgit** (1993a): Die Borniertheit der weißen Mittelschichtsfrau. In: taz - die tageszeitung vom 16.4.1993. S. 13.
- ROMMELSPACHER, Birgit** (1993b): Rassismus und Rechtsextremismus. Über den Zusammenhang von Patriarchat, Rassismus, Gewalt und rechten Jugendlichen. In: Analyse und Kritik. H. 361.
- ROMMELSPACHER, Birgit** (1995): Dominanzkultur: Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin.
- SCHÄFER, Hermann** (1994): Bei der Arbeit fast gleichgestellt? Zur Arbeitsmarktsituation eingewanderter Arbeitnehmer/innen. In: KÜHNE, P, N. ÖZTÜRK, K.W. WEST (Hrsg.): Gewerkschaften und Einwanderung.. Köln. S. 139-149.
- SCHÄFERS, Bernhard** (1995a): Gesellschaft. In: SCHÄFERS, B. (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie. Opladen. S. 95-101.
- SCHÄFERS, Bernhard** (1995b): Gesellschaftstheorien. In: SCHÄFERS, B. (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie. Opladen. S. 323-327.
- SCHÖNEBERG, Ulrike** (1985): Probleme der inhaltlichen und sprachlichen Gestaltung standardisierter Befragungsinstrumente und deren Übersetzung in Untersuchungen über Arbeitsmigranten. In: SIEVERING, U. (Hrsg.): Arbeitsmigrantenforschung in der Bundesrepublik Deutschland. (=Arnoldshainer Texte; 35). Frankfurt am Main. S. 128-156.
- SEN, Faruk** (1992): Die Zwei-Klassen-Gesellschaft in der EG. Der gemeinsame europäische Binnenmarkt und die Diskriminierungen der nichteuropäischen Ausländer ab 1. Januar 1993. In: taz - die tageszeitung vom 3.2.1992. S. 19.
- SENOCAK, Zafer** (1995): Der "Rückzug" der TürkInnen in Deutschland, 3. Versuch. Leben mit Widersprüchen. In: taz - die tageszeitung vom 23.5.1995. S. 10.
- SIEVERING, Ulrich O.** (Hrsg.) (1985): Arbeitsmigrantenforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Methodenprobleme der Datenerhebung. (=Arnoldshainer Texte; 35). Frankfurt am Main.

- STAMBULIS**, Dimitros (1994): ArbeitsmigrantInnen zwischen Isolation und Emanzipation. Analysen und Konzepte zur Lebenssituation der Einwanderer in der Bundesrepublik. (=Studien zu Migration und Minderheiten; 3). Münster, Hamburg.
- STATISTISCHES BUNDESAMT** (1994): Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 2: Ausländer. Wiesbaden.
- TREIBEL**, Annette (1990): Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung und Gastarbeit. Weinheim, München.
- TREIBEL**, Annette (1997): Einführung in die soziologischen Theorien der Gegenwart. 4. Aufl., Opladen.
- WALDHOFF**, Hans-Peter (1995): Fremde und Zivilisierung: wissenssoziologische Studien über das Verarbeiten von Gefühlen der Fremdheit. Probleme der modernen Peripherie-Zentrum-Migration am türkisch-deutschen Beispiel. Frankfurt am Main.
- WALDORF**, Brigitte (1997): Rückkehrabsichten und -verhalten von Ausländern in Deutschland. In: Geographische Rundschau. Jg. 49. H. 7/8. S. 423-427.
- WEITKAMP**, Rolf (1995): Spielball des deutschen Arbeitsmarktes. Zur rechtlichen Hierarchisierung von MigrantInnen. In: BUKO-Arbeitsschwerpunkt (Hrsg.): Zwischen Flucht und Arbeit. Hamburg. S. 93-118.
- WIEKEN**, Klaus (1974): Die schriftliche Befragung. In: KOOLWIJK, J. van, WIEKEN-MAYSER (Hrsg.): Techniken der empirischen Sozialforschung, Band 4. München, Wien. S. 146-161.
- ZAPTCIOGLU**, Dilek (1996a): Türkische Migranten und deutsche Parteien. Informelles Netz. In: taz - die tageszeitung vom 25.6.1996. S. 12.
- ZAPTCIOGLU**, Dilek (1996b): Auch Türken stehen auf Kohl. In: taz - die tageszeitung vom 25.6.1996. S. 12.
- ZENTRUM FÜR TÜRKEISTUDIEN** (1997): 35 Jahre türkische Migration. In: Die Brücke. H. 93. S. 16-17.

## Deutsche Version

Ich möchte Sie bitten, diesen Fragebogen so vollständig auszufüllen, wie es Ihnen möglich ist. Bei den meisten Fragen müssen sie die Antworten einfach nur ankreuzen. In manchen Fällen dürfen Sie pro Frage auch mehrere Antworten ankreuzen, das steht bei den Fragen dann dabei. Zum Teil haben Sie auch die Möglichkeit, noch eigene Ergänzungen bzw. Antworten aufzuschreiben.

Geben sie bei den Fragen, die in Form einer Tabelle gestellt sind, jeweils an, wie stark sie den einzelnen Aussagen zustimmen oder nicht (siehe folgendes **Beispiel**). Trifft eine Aussage für sie überhaupt nicht zu, so lassen Sie sie einfach unbeantwortet.

	stimme voll zu	stimme eher zu	teils teils	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu	weiß ich nicht
Aussage 1	X					
Aussage 2				X		

Um die Fragen genau beantworten zu können, lesen Sie bitte zunächst den folgenden Absatz sorgfältig durch:

Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989 sind eine Menge Menschen aus Osteuropa und Rußland nach Deutschland gekommen. Dazu gehören zum Beispiel Aussiedler, die automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen. Außerdem gibt es Menschen überwiegend aus Polen, die für einige Monate hierher kommen und vor allem auf den Baustellen und in der Landwirtschaft für wenig Lohn arbeiten. Viele Menschen kommen auch illegal nach Deutschland. Sie arbeiten oft schwarz, ebenfalls oft auf den Baustellen und in der Landwirtschaft. Alle diese Menschen werde ich in den folgenden Fragen *Neue Einwanderer* nennen, weil sie erst nach dem Zusammenbruch des Ostblocks ab 1989 nach Deutschland gekommen sind. Denken Sie also bitte bei Fragen, in denen diese *Neuen Einwanderer* erwähnt werden, **ausschließlich** an diese Menschen.

● **1. Wie ist Ihr Informationsstand über diese *Neuen Einwanderer*?**

- ich habe noch nie davon gehört
- ich habe schon davon gehört, weiß aber nichts genaueres
- ich habe schon davon gehört und weiß relativ gut Bescheid darüber
- ich weiß sehr gut Bescheid über das Thema
- weiß ich nicht

● **2. Wie stark würden Sie Ihren bisherigen Kontakt zu den *Neuen Einwanderern* bezeichnen?**

- sehr stark
- stark
- mittelmäßig
- schwach
- sehr schwach
- ich habe überhaupt keinen Kontakt zu denen
- weiß ich nicht

● **3. Sowohl Türken wie auch die *Neuen Einwanderer* sind Opfer fremdenfeindlicher Gewalttaten und von Rassismus. Wie wichtig sind Ihnen die folgenden Maßnahmen?**

	sehr wichtig	eher wichtig	teils teils	eher unwichtig	völlig unwichtig	weiß ich nicht
Türken und <i>Neue Einwanderer</i> sollten sich zusammenschließen und <b>gemeinsam</b> etwas dagegen unternehmen (z.B. über gemeinsame Vereine/Organisationen)						
Türken und <i>Neue Einwanderer</i> sollten jeweils <b>für sich</b> etwas dagegen tun (z.B. über Vereine / Organisationen für türkische Einwanderer)						
es müssen härtere Strafen gegen die Täter verhängt werden						
die Politik muß etwas unternehmen						

Sonstiges (bitte angeben): \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

● **4. Glauben Sie, daß die Fremdenfeindlichkeit gegen die Türken die gleichen Ursachen hat wie die Fremdenfeindlichkeit gegen die *Neuen Einwanderer*?**

- ganz klar ja
- eher ja
- teils teils
- eher nein
- ganz klar nein
- weiß ich nicht

Welche Gründe haben Sie für Ihre Antwort (bitte angeben): \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

● **5. Es gibt viele Menschen aus Osteuropa, die *illegal* nach Deutschland eingewandert sind und ohne Aufenthaltserlaubnis unerkannt hier leben. Wie denken Sie darüber?**

	stimme voll zu	stimme eher zu	teils teils	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu	weiß ich nicht
man sollte ihnen erlauben, in Deutschland zu bleiben, ihren Aufenthalt also legalisieren						
man sollte härter dagegen vorgehen						
Deutschland sollte in deren Herkunftsland helfen, damit diese Leute in ihrer Heimat bleiben können						
ich kann verstehen, daß sie nach Deutschland kommen						
dadurch wird die „ausländer“-feindliche Stimmung in Deutschland verstärkt						
ich fühle mich verunsichert						

Sonstiges (bitte angeben): \_\_\_\_\_

- **6. Viele Osteuropäer kommen für einige Monate nach Deutschland und arbeiten ganz legal zum Beispiel auf Baustellen für wenig Lohn. Wie denken Sie darüber?**

	stimme voll zu	stimme eher zu	teils teils	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu	weiß ich nicht
die sollten die gleichen Löhne bekommen wie alle anderen auch						
die nehmen den Einheimischen die Arbeitsplätze weg						
die sind in einer ähnlichen Situation wie die „Gastarbeiter“, die damals nach Deutschland kamen						
dadurch wird die „ausländer“-feindliche Stimmung in Deutschland verstärkt						
Deutschland sollte in deren Herkunftsland helfen, damit diese Leute in ihrer Heimat arbeiten können						

Sonstiges (bitte angeben): \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

- **7. Wann dürften Ihrer Meinung nach Arbeitskräfte aus Osteuropa nach Deutschland kommen und hier arbeiten?**

	stimme voll zu	stimme eher zu	teils teils	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu	weiß ich nicht
unter den gleichen Bedingungen, wie sie bisher gekommen sind						
wenn sie es wollen (sie sollen selbst entscheiden dürfen)						
wenn sie hier genauso behandelt werden wie die einheimischen Arbeitskräfte auch						
wenn die Wirtschaft/Industrie in Deutschland sie braucht						
nur, wenn die in Deutschland lebenden Menschen diese Arbeit nicht haben wollen						
gar nicht, man sollte das wieder verbieten						

Sonstiges (bitte angeben): \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

● **8. Glauben Sie, daß sich Ihre eigene Lebenssituation durch eine Einbürgerung in Deutschland (also durch den Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft) entscheidend verbessern würde?**

- ganz klar ja
- eher ja
- teils teils
- eher nein
- ganz klar nein
  
- ich habe schon die deutsche Staatsbürgerschaft
- weiß ich nicht

Falls sich etwas verbessern würde, worin würden diese Verbesserungen bestehen (bitte angeben):

---



---

● **9. Was halten Sie von einem Einwanderungsgesetz, das allen „Ausländern“ die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht (also eine mögliche Einbürgerung aller „Ausländer“ nach zum Beispiel 5 Jahren Aufenthalt in Deutschland)?**

- gar nichts
- eher weniger
- es gibt Vor- und Nachteile
- bin eher dafür
- bin voll dafür
  
- weiß ich nicht

Welche Gründe haben Sie für diese Antwort? \_\_\_\_\_

---

● **10. Wie stehen Sie zu einer möglichen Rückkehr in die Türkei?**

- kommt für mich nicht mehr in Frage, ich bleibe *auf alle Fälle* in Deutschland
- ich werde wohl eher in Deutschland bleiben
- ich bin noch unentschlossen
- ich werde wohl eher in die Türkei zurückgehen
- ich werde *auf alle Fälle* in die Türkei zurückgehen
  
- weiß ich nicht

● **11. Welche Gründe gibt es für Sie, in Deutschland zu bleiben?**

	stimme voll zu	stimme eher zu	teils teils	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu	weiß ich nicht
ich fühle mich hier zu Hause						
gesundheitliche Gründe						
aus Angst vor politischer Verfolgung						
weil meine Kinder hier aufgewachsen und zu Hause sind						
ich verdiene hier mehr Geld						
keine beruflichen Chancen in der Türkei						
ich kenne die Türkei kaum / gar nicht						

Weitere (bitte angeben): \_\_\_\_\_

● **12. Wer könnte Ihrer Meinung nach Ihre Interessen am besten vertreten, um Ihre Situation in Deutschland zu verbessern?**

*Sie können auch mehrere Antworten ankreuzen.*

- die Gewerkschaften
- die bestehenden politischen Parteien
- spezielle Parteien für türkische Einwanderer
- spezielle Parteien für alle Einwanderer
- spezielle Vereine für türkische Einwanderer
- spezielle Vereine für alle Einwanderer
- sonstige (bitte angeben): \_\_\_\_\_
- weiß ich nicht

● **13. Wie wird sich Ihrer Meinung nach die Situation der Türken auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland durch die momentane und weitere Einwanderung verändern?**

- wird sich deutlich verbessern
- wird sich etwas verbessern
- wird gleichbleiben
- wird sich etwas verschlechtern
- wird sich deutlich verschlechtern
- weiß ich nicht

Worin liegen Ihrer Meinung nach die **Ursachen** für diese Veränderung? (bitte angeben): \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

● **14. Wie wird sich Ihrer Meinung nach die Situation der Türken auf dem Wohnungsmarkt in Deutschland durch die momentane und weitere Einwanderung verändern?**

- wird sich deutlich verbessern
- wird sich etwas verbessern
- wird gleichbleiben
- wird sich etwas verschlechtern
- wird sich deutlich verschlechtern
- weiß ich nicht

Worin liegen Ihrer Meinung nach die **Ursachen** für diese Veränderung? (bitte angeben): \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

- **15. Deutschland war *bisher* ein Einwanderungsland, auch wenn dies oft bestritten wurde. In den letzten Jahren wurden die Einwanderung jedoch immer schwerer gemacht. Wie sollte das Ihrer Meinung nach *in Zukunft* aussehen?**

	stimme voll zu	stimme eher zu	teils teils	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu	weiß ich nicht
Deutschland muß auch weiterhin Einwanderungsland bleiben						
die momentane wirtschaftliche Situation in Deutschland läßt eine Einwanderung, wie sie bisher war, nicht mehr zu						
Deutschland sollte die Grenzen noch weiter öffnen und mehr Einwanderer hereinlassen						
es kommen zu viele „Ausländer“, daher sollte Deutschland kein Einwanderungsland mehr sein						
die schon lange hier lebenden Einwanderer sollten bevorzugt behandelt werden						
die Einwanderungspolitik sollte sich auch weiterhin am Arbeitsmarkt und dessen Bedürfnissen orientieren						

Sonstige (bitte angeben): \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

- **16. Wenn Sie Ihre Lebenssituation in der Zeit um 1989 mit der *heutigen* vergleichen, was hat sich geändert?**

- es hat sich nichts geändert  
 es hat sich Folgendes geändert:

das Einkommen ist seitdem

- deutlich gestiegen  
 etwas gestiegen  
 ungefähr gleichgeblieben  
 etwas gesunken  
 deutlich gesunken

ich habe mich seitdem beruflich

- deutlich verbessert  
 etwas verbessert  
 nicht verändert  
 etwas verschlechtert  
 deutlich verschlechtert

seitdem ist die Situation in der Familie

- deutlich besser geworden  
 etwas besser geworden  
 gleichgeblieben  
 etwas schlechter geworden  
 deutlich schlechter geworden

weitere Veränderungen (bitte angeben): \_\_\_\_\_

● **17. Wie hat sich seit 1989 Ihre eigene *Lebenssituation insgesamt* verändert?**

- ist deutlich besser geworden
- ist etwas besser geworden
- ist ungefähr gleich geblieben
- ist etwas schlechter geworden
- ist deutlich schlechter geworden
  
- weiß ich nicht

Warum sind Sie dieser Meinung? \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

● **18. Wie wird sich Ihrer Meinung nach Ihre eigene *berufliche Situation in Zukunft* verändern?**

- wird deutlich besser werden
- wird etwas besser werden
- wird ungefähr gleich bleiben
- wird etwas schlechter werden
- wird deutlich schlechter werden
  
- weiß ich nicht

Warum sind Sie dieser Meinung? \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

● **19. Wie wird sich Ihrer Meinung nach Ihre eigene *Lebenssituation insgesamt in Deutschland in Zukunft* verändern?**

- wird deutlich besser werden
- wird etwas besser werden
- wird ungefähr gleich bleiben
- wird etwas schlechter werden
- wird deutlich schlechter werden
  
- weiß ich nicht

Warum sind Sie dieser Meinung? \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

● **20. Wenn Sie an die Zukunft denken, haben Sie dann allgemein die Befürchtung, das bisher in Ihrem Leben Erreichte wieder zu verlieren?**

- ganz klar ja
- eher ja
- teils teils
- eher nein
- ganz klar nein
  
- weiß ich nicht

- **21. Wenn Sie Ihre momentane Situation mit der der Neuen Einwanderer vergleichen, in welchen der folgenden Punkte glauben Sie geht es Ihnen besser, und in welchen schlechter?**

	es geht mir deutlich besser	es geht mir etwas besser	ist ungefähr gleich	es geht mir etwas schlechter	es geht mir deutlich schlechter	weiß ich nicht
Wohnungsqualität						
Sicherheit des Arbeitsplatzes						
Chance auf einen Arbeitsplatz						
Beachtung durch die Politik						
Versorgung mit speziellen Vereinen/Organisationen						
Berücksichtigung durch Stadt und Landkreis						
Zusammenhalt unter den „eigenen“ Leuten						

Sonstiges (bitte angeben): \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

- **22. Glauben Sie, daß es Ihnen hier besser geht als den Menschen, die in den osteuropäischen Staaten leben?**

- ganz klar ja
- eher ja
- teils teils
- eher nein
- ganz klar nein
- weiß ich nicht

- **23. Falls Sie 1989 schon in Deutschland waren, welchen Status hatten sie?**

- berufstätig
- selbständig
- noch in der Ausbildung / Schüler / Student
- arbeitslos
- Sozialhilfeempfänger
- Hausfrau / Hausmann
- in Rente / Vorruhestand

- **24. Sie sind zur Zeit**

- berufstätig
- selbständig
- noch in der Ausbildung / Schüler / Student
- arbeitslos
- Sozialhilfeempfänger
- Hausfrau / Hausmann
- in Rente / Vorruhestand

● **25. Geben Sie bitte an, in welchen der folgenden Organisationen Sie Mitglied sind.**

- |   |                                  |                                   |  |
|---|----------------------------------|-----------------------------------|--|
| - Gewerkschaft:                               | <input type="checkbox"/> aktives | <input type="checkbox"/> passives | <input type="checkbox"/> kein Mitglied |
| - deutsche Partei:                            | <input type="checkbox"/> aktives | <input type="checkbox"/> passives | <input type="checkbox"/> kein Mitglied |
| - Verein für Einwan-<br>derer aus der Türkei: | <input type="checkbox"/> aktives | <input type="checkbox"/> passives | <input type="checkbox"/> kein Mitglied |
| - andere Organisationen<br>(bitte angeben):   |                                  |                                   |  |
| _____   | <input type="checkbox"/> aktives | <input type="checkbox"/> passives | <input type="checkbox"/> kein Mitglied |
| _____   | <input type="checkbox"/> aktives | <input type="checkbox"/> passives | <input type="checkbox"/> kein Mitglied |

● **26. Welche der folgenden Parteien würden Sie wählen, wenn Sie das Wahlrecht hätten?**

- CDU/CSU
- SPD
- FDP
- Bündnis 90/Grüne
- PDS
- Sonstige (bitte angeben): \_\_\_\_\_
- ich würde nicht wählen gehen, weil keine der Parteien meine Vorstellungen vertritt
- ich würde aus anderen Gründen nicht wählen gehen
- weiß ich nicht

● **27. Dürfen wir das monatliche Netto-Einkommen Ihres gesamten Haushaltes erfahren?**

- ja, es beträgt
  - bis 500 DM im Monat
  - bis 1000 DM im Monat
  - bis 1500 DM im Monat
  - bis 2000 DM im Monat
  - bis 2500 DM im Monat
  - bis 3000 DM im Monat
  - bis 3500 DM im Monat
  - bis 4000 DM im Monat
  - mehr als 4000 DM im Monat
- nein

● **28. Seit wann leben Sie in Deutschland?**

- ich bin hier geboren
- seit \_\_\_\_ Jahren (bitte angeben)

● **29. Sie sind**

- männlich
- weiblich

● **30. Wie alt sind Sie? \_\_\_\_ Jahre (bitte angeben)**

● **31. Wieviele Personen leben in Ihrem Haushalt? \_\_\_\_ Person(en) (bitte angeben)**

Falls Sie noch weitere Anmerkungen und Ergänzungen haben, nutzen Sie bitte einfach den freien Platz auf diesem Fragebogen.

Vielen Dank für die Beantwortung der Fragen!